

Paed.th.

2187

To
Paed. Ch.

Y
Janke

2187

Bayerische Staatsbibliothek



<36663438350017

S

Der
Beginn der Schulpflicht.

Ein Beitrag
zur Erörterung dieser Frage

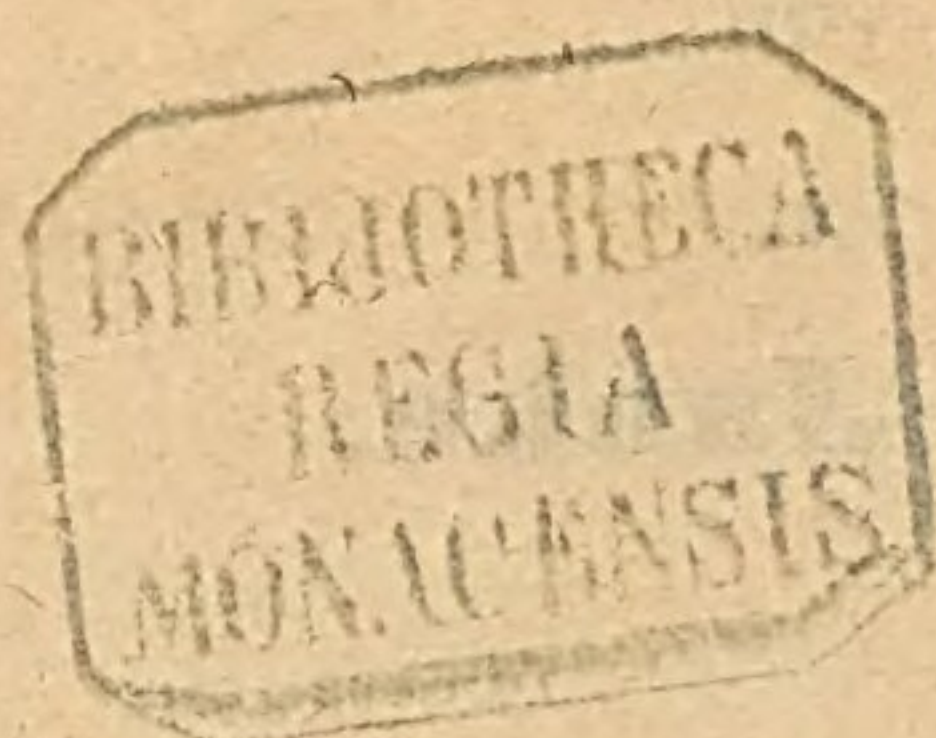
von

Otto Janke.

Mit acht Tabellen.



Bielefeld, 1891.
Verlag von Helmich's Buchhandlung.
(Hugo Anders.)



Vorwort.

Die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus 1889 über den Antrag Rickert: „Die königliche Regierung zu ersuchen, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der **Beginn und das Ende der Schulpflicht** für den preussischen Staat gleichmässig geregelt wird, und bei dieser Gelegenheit in Erwägung zu ziehen, ob nicht der **Anfangspunkt des obligatorischen Schulunterrichts** hinauszuschieben sei,“ erweckten in mir das Bedürfnis, mich über diese Frage genauer zu informieren. Aber in der gesamten pädagogischen Litteratur fand sich keine gründliche und umfassende Behandlung über die Zeit für den Beginn der Schulpflicht vor. Ich versuchte nun, das bezügliche Material zur allseitigen Betrachtung dieser Frage zusammenzutragen, um mir ein selbständiges Urteil zu bilden. Je länger ich mich aber mit diesem Thema beschäftigte, desto mehr wurde mir seine hohe Wichtigkeit klar. Meines Erachtens behandelt die Frage nach dem Beginn der Schulpflicht ein Gebiet der pädagogischen Wissenschaft, über das ein sachgemäßes Urteil zu fällen von jedem Lehrer erwartet werden muß.

Solche Erwägungen führten mich zu dem Entschluß, meine Arbeit zu veröffentlichen, um damit einen **Beitrag zur Erörterung des geeignetsten Zeitpunktes für den Beginn der Schulpflicht** zu bieten. Keineswegs beanspruche ich, daß die Resultate, die aus unparteiischer Betrachtung sich ergeben haben, als unanfechtbar angesehen werden; denn dazu fehlen, wie an verschiedenen Stellen der Abhandlung ausgeführt ist, die notwendigen Vorarbeiten in den grundlegenden Wissensgebieten. Ich denke aber doch, daß alle wichtigen Faktoren, die bei der Beurteilung dieser Frage in betracht kommen, berücksichtigt

worden sind, und hoffe darum, daß meine Arbeit dem Lehrer sowohl, wie auch jedem Andern, der über die Gesundheit unserer Schuljugend zu wachen sich verpflichtet fühlt, einige Dienste leisten kann.

Um ein Beispiel zu geben, daß ich ohne Voreingenommenheit mein Urteil gefällt habe, teile ich folgendes mit: Als ich an das Studium dieser Frage ging, wollte ich für das vollendete 7. Lebensjahr als den geeignetsten Zeitpunkt zum Beginn der Schulpflicht eintreten. Aber so viel ich auch nach irgend einem stichhaltigen Motive für diese Meinung suchte, ich fand keines. Alle angeführten Gründe erwiesen sich als Scheingründe. Und so gelangte ich bei der längeren Beschäftigung mit dieser Frage zu der Überzeugung, mich für den Beginn der Schulpflicht in einem anderen Alter zu entscheiden.

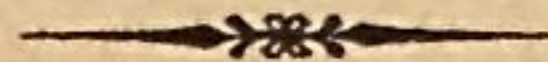
Da bei uns in Preußen die gesetzliche Regelung des Anfanges der Schulpflicht noch nicht erfolgt ist, dieselbe aber doch erwartet werden muß, so sollte die Lehrerschaft vorher ihre Meinungen und Wünsche in dieser Sache kundgeben. Ich möchte darum anheimgeben, ob das behandelte Thema sich nicht zur Beratung in den verschiedenen Vereinen und Versammlungen eigne.

Berlin, Oktober 1891.

O. Janke.

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort.	III
Inhaltsverzeichnis.	V
I. Einleitung.	7
II. Der Beginn der Schulpflicht.	
A. In hygienischer Beziehung.	7
B. In pädagogischer Beziehung.	36
C. In volkswirtschaftlicher Beziehung.	48
III. Forderungen, die sich aus dem Beginn der Schulpflicht mit vollendetem sechsten Le- bensjahre ergeben.	54
IV. Geschichtliches.	62
V. Litteratur-Verzeichnis.	69



Verzeichnis

Verzeichnis	1
Verzeichnis	2
Verzeichnis	3
Verzeichnis	4
Verzeichnis	5
Verzeichnis	6
Verzeichnis	7
Verzeichnis	8
Verzeichnis	9
Verzeichnis	10
Verzeichnis	11
Verzeichnis	12
Verzeichnis	13
Verzeichnis	14
Verzeichnis	15
Verzeichnis	16
Verzeichnis	17
Verzeichnis	18
Verzeichnis	19
Verzeichnis	20
Verzeichnis	21
Verzeichnis	22
Verzeichnis	23
Verzeichnis	24
Verzeichnis	25
Verzeichnis	26
Verzeichnis	27
Verzeichnis	28
Verzeichnis	29
Verzeichnis	30
Verzeichnis	31
Verzeichnis	32
Verzeichnis	33
Verzeichnis	34
Verzeichnis	35
Verzeichnis	36
Verzeichnis	37
Verzeichnis	38
Verzeichnis	39
Verzeichnis	40
Verzeichnis	41
Verzeichnis	42
Verzeichnis	43
Verzeichnis	44
Verzeichnis	45
Verzeichnis	46
Verzeichnis	47
Verzeichnis	48
Verzeichnis	49
Verzeichnis	50
Verzeichnis	51
Verzeichnis	52
Verzeichnis	53
Verzeichnis	54
Verzeichnis	55
Verzeichnis	56
Verzeichnis	57
Verzeichnis	58
Verzeichnis	59
Verzeichnis	60
Verzeichnis	61
Verzeichnis	62
Verzeichnis	63
Verzeichnis	64
Verzeichnis	65
Verzeichnis	66
Verzeichnis	67
Verzeichnis	68
Verzeichnis	69
Verzeichnis	70
Verzeichnis	71
Verzeichnis	72
Verzeichnis	73
Verzeichnis	74
Verzeichnis	75
Verzeichnis	76
Verzeichnis	77
Verzeichnis	78
Verzeichnis	79
Verzeichnis	80
Verzeichnis	81
Verzeichnis	82
Verzeichnis	83
Verzeichnis	84
Verzeichnis	85
Verzeichnis	86
Verzeichnis	87
Verzeichnis	88
Verzeichnis	89
Verzeichnis	90
Verzeichnis	91
Verzeichnis	92
Verzeichnis	93
Verzeichnis	94
Verzeichnis	95
Verzeichnis	96
Verzeichnis	97
Verzeichnis	98
Verzeichnis	99
Verzeichnis	100

I. Einleitung.

Die Notwendigkeit der Schulpflicht, des Zwanges, die Kinder in einem bestimmten Alter zur Schule zu schicken, ist aus Rücksicht auf die Erreichung der Kulturaufgabe, die einem jeden Volke gestellt ist, wohlbegründet und allgemein anerkannt.

Aber nicht so allgemeine Übereinstimmung herrscht über die Frage, ob die Zeit der Schulpflicht, ob das Alter, während dessen die Kinder dem Schulzwang unterliegen, gut gewählt ist. Die Meinungen sind namentlich über den Zeitpunkt des Beginnes der Schulpflicht geteilt; denn es streiten hier die verschiedenartigsten Gründe um das Recht einer entscheidenden Geltung. Die Hygiene fordert, daß der Anfang der Schulpflicht in diejenigen Lebensjahre verlegt wird, in welchen der kindliche Organismus ohne bedenkliche Gefährdung seiner Gesundheit die Schularbeit leisten kann. In Rücksicht auf die Pädagogik darf der Beginn des Schulunterrichts erst in dem Alter stattfinden, in welchem das Kind geistig und sprachlich so weit entwickelt ist, daß es dem ersten Schulunterricht mit Nutzen folgen kann. Die Volkswirtschaft fordert die Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse der Eltern, die es oft mit Notwendigkeit bedingen, daß das Kind nicht in einem zu frühen, aber auch nicht in einem zu späten Alter in die Schule aufgenommen wird.

Unsere Aufgabe soll es sein, den Anfang der Schulpflicht nach den in betracht kommenden Gründen, die wir in hygienische, pädagogische und volkswirtschaftliche gruppieren können, ausführlich zu betrachten.

II. Der Beginn der Schulpflicht.

A. In hygienischer Beziehung.

Um beurteilen zu können, inwieweit der Beginn der Schulpflicht den Gesetzen der Gesundheitslehre entspricht, müssen wir zunächst den Standpunkt der körperlichen Entwicklung des Kindes in den Jahren, die für den Anfang des Schulbesuches landesüblich sind, festzustellen suchen. Wissen wir, wieweit die

Entwicklung in diesen Jahren vorgeschritten ist und sein muß, so wird dadurch die richtige Beurteilung unserer Frage vom hygienischen Standpunkte aus ermöglicht werden.

Um über die Entwicklung des kindlichen Körpers, die wir für unsere Zwecke von der Geburt an verfolgen müssen, richtige Resultate zu erhalten, sind die Mittel der exakten Naturforschung, Wage und Maß, von wesentlicher Bedeutung.

Die Methode zur Feststellung der durchschnittlichen Entwicklungsfortschritte des Kindes ist die sog. generalisierende oder statistische, bei welcher es nur auf die Zahl der Untersuchten ankommt. Aus den gefundenen Einzelresultaten wird das Durchschnittsmaß berechnet, das um so mehr der absoluten Richtigkeit sich nähert, je größer die Zahl der Untersuchten ist.

Am besten ist die Entwicklung des Kindes im ersten Lebensjahre beobachtet. Für die folgende Zeit, namentlich für das Alter vom 2. bis 6. Jahre, sind die Untersuchungen noch nicht so umfassend, als wünschenswert und nötig ist. Die Zeit des schulpflichtigen Alters weist in einzelnen Ländern schon recht wertvolle und umfangreiche Untersuchungen auf; nur Deutschland ist weit, sehr weit zurückgeblieben. Infolge dieser ungenügenden Bearbeitung der grundlegenden Wissensgebiete für unsere Frage kann es uns nicht wunder nehmen, daß die Urteile über den richtigen Zeitpunkt für den Anfang der Schulpflicht in unserm Lande fast durchweg der wissenschaftlichen Begründung entbehren, dagegen, wie in solchen Fällen überhaupt, reich an apodiktischen Behauptungen sind.

Durch Anwendung der generalisierenden Methode gab Quetelet in Brüssel zum ersten Male in epochemachender Weise Ausschlag für diese Art von Untersuchungen, doch benützte er eine zu kleine Anzahl von Individuen aus jeder Jahresklasse, weil er der Meinung war, daß die Messung von je 10 als „regulär zu betrachtenden“ Individuen zur Ermittlung des richtigen Durchschnittsmaßes ausreichend sei. Da Quetelet seine Messungen nur an möglichst gleichentwickelten Individuen jeder Jahresklasse vornahm, so kann die Regelmäßigkeit seiner Resultate uns nicht befremden. (Litteratur siehe unter Nr. 1, 2, 3, 4 im Litteratur-Verzeichnis.)

Wirkliche Massenuntersuchungen über die Entwicklung von Kindern in verschiedenem Alter führte zuerst Bowditch in Boston aus, welcher Messungen und Wägungen von 13691 Knaben und 10904 Mädchen aus verschiedenen dortigen Schulen vornahm. (Litt. Nr. 2, 3, 4.)

In geringerem Umfange hat Pagliani, Professor der Hygiene in Turin derartige Untersuchungen ausgeführt. (Litt. Nr. 5, 2, 3, 4.)

Im Jahre 1882 wurden in Dänemark und in Schweden offizielle Kommissionen eingesetzt, deren Aufgabe es war, verschiedene auf die Entwicklung der Kinder bezügliche Fragen der Schulhygiene zu prüfen.

Bei der Kommission in Dänemark kamen zur Untersuchung 17 595 Knaben und 11 646 Mädchen, die teils aus den höheren Schulen, teils aus den Volksschulen in den Städten und auf dem Lande waren. (Litt. Nr. 6, 2, 4.)

Von der Kommission in Schweden wurden 14 590 Schüler und zwar nur solche aus den höheren Knabenschulen geprüft. Um jedoch zu sehen, wie die jüngeren Altersklassen sich entwickelten, kamen auch einige Vorbereitungsschulen mit 458 Schülern und außerdem mehrere höhere Mädchenschulen in Stockholm mit 3209 Schülerinnen zur Untersuchung. (Litt. Nr. 2, 4.)

Von Roberts sind Untersuchungen an ärmeren und wohlhabenderen Schulkindern in England angestellt. Die von uns benützten Zahlen beziehen sich auf die Kinder ärmerer Volksschichten, die also etwa den Schülern unserer Volksschulen entsprechen. Die Kinder aus wohlhabenderen Familien zeigen in ihren Maßen durchweg höhere Zahlen. (Litt. Nr. 3, 4.)

In Deutschland sind, soviel mir bekannt geworden, folgende Untersuchungen vorgenommen:

Dr. Landsberger in Posen maß von 1880 bis 1886 alljährlich eine Anzahl von Posener Schulkindern, ärmeren und wohlhabenderen, und zwar immer dieselben. Es waren ursprünglich 104, zuletzt der verschiedensten Umstände halber nur noch 37. (Litt. Nr. 3.)

Rektor Carstädt in Breslau hat die etwa 600 Schüler der von ihm geleiteten höheren Bürgerschule wiederholt gemessen, so daß seine Resultate sich als die Ergebnisse von 4274 Einzelmessungen darstellen. Diese Ermittlungen berücksichtigen aber nur das Längenwachstum. Die Schüler entstammen den mittleren Volksschichten. (Litt. Nr. 7.)

Die Untersuchungen von einigen anderen Autoren (Kotelmann, Liharzik, Zeising, Oppenheimer, Russow u. a.) haben, da sie für unsere Zwecke verschiedener Umstände halber nicht verwendet werden können, keine Berücksichtigung gefunden.

Da sich alle diese Untersuchungen insgesamt auf mehr als 70 000 Individuen in der Entwicklungsperiode erstreckten, so muß meines Erachtens den Ergebnissen ein hoher Grad von Richtigkeit beigemessen werden.

Um ein Bild von der Gesamtentwicklung des kindlichen Körpers zu gewinnen, müssen wir dessen einzelne Maße und womöglich auch den derzeitigen Standpunkt in der Bildung der einzelnen Körperelemente und Körperteile zu bestimmen suchen. Leider versagt in dieser Beziehung die medizinische Litteratur — trotz der scheinbaren Fülle — nur zu häufig ihre Unterstützung; denn die grundlegenden Wissens-

gebiete, aus denen wir das diesbezügliche Erkenntnismaterial schöpfen müssen, bieten nur wenige und größtenteils unzweckmäßige Messungen, bezw. Untersuchungen, namentlich so weit das vorschulpflichtige Alter in betracht kommt; ebenso ist auch die Feststellung der Entwicklungszustände in den Jahren des Wachstums noch immer eine nur lückenhafte.

Mittlere Länge.

a) Männliche Individuen.*)

Tab. 1.

Lebensjahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Vollendete Jahre	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Quetelet	50,0	69,8	79,1	86,4	92,7	98,7	104,6	110,4	116,2	121,8	127,3
Pagliani	—	—	—	86,0	92,0	97,0	103,5	112,6	118,3	123,9	126,4
Bowditch	—	—	—	—	—	105,6	111,1	116,2	121,3	126,3	131,3
Dänemark	—	—	—	—	—	—	112,0	115,0	120,0	125,0	130,0
Schweden	—	—	—	—	—	110,0	116,0	121,0	126,0	131,0	133,0
Roberts	—	—	—	—	—	—	—	114,3	119,3	125,0	128,3
Landsberger	—	—	—	—	—	—	106,9	112,2	117,3	122,1	125,4
Carstadt	—	—	—	—	—	—	109,3	113,8	118,9	123,7	128,5

b) Weibliche Individuen.

Quetelet	49,4	69,0	78,1	85,4	91,5	97,4	103,1	108,7	114,2	119,6	124,9
Pagliani	—	—	—	84,7	91,4	96,5	102,2	109,2	115,6	120,8	127,3
Bowditch	—	—	—	—	—	104,9	110,1	115,6	120,9	125,4	130,4
Dänemark	—	—	—	—	—	—	112,0	115,0	120,0	125,0	130,0
Schweden	—	—	—	—	—	—	113,0	116,0	123,0	127,0	132,0

*) Diejenigen Untersuchungen, bei denen die Geschlechter nicht voneinander geschieden sind, finden sich bei den männlichen Individuen aufgeführt; es trifft dies nur zu für Roberts und Landsberger.

Bei der Betrachtung der Gesamtentwicklung des kindlichen Körpers berücksichtigen wir zuerst die **Länge** desselben. Tab. 1 giebt die mittlere Länge der männlichen und weiblichen Individuen für die einzelnen Jahresklassen an. Man versteht die Zahlen der Tabelle am besten, wenn man annimmt, daß die angegebene Länge immer am Anfang jedes bezeichneten Lebensjahres vorhanden ist. Wir sehen, wie das Längenwachstum im ersten Lebensjahre am größten, in den nächsten Jahren zwar auch noch ein bedeutendes ist, wie es sich dann aber von Jahr zu Jahr verringert und zwar in ziemlich regelmässiger Weise. Die Tab. lehrt uns, daß die Kinder in Nordamerika, Dänemark und Schweden an Grösse den Kindern der übrigen Länder überlegen sind. In ihrem 6. und 7. Lebensjahre sind sie 6—10 cm grösser als ihre gleichaltrigen Genossen anderer Länder; zwar verringert sich diese Differenz im Laufe der Schulzeit bedeutend, aber schon im 14. Lebensjahre nimmt das Längenwachstum wieder schneller zu, so daß im nachschulpflichtigen Alter der bezeichnete Grössenunterschied wieder bemerkbar wird. Im 7. Lebensjahre zeigt sich die merkwürdige Übereinstimmung, daß bei den Knaben und Mädchen in Dänemark, sowie bei den Mädchen in Schweden gleichmässig eine geringe Längenzunahme konstatiert worden ist.

Einen Durchschnitt aller mitgeteilten Untersuchungsergebnisse zu geben, ist wegen der bei den einzelnen Untersuchungen konstatierten Verschiedenheit der absoluten Grösse nicht angängig. Derselbe würde ein sehr bedeutendes, in Wirklichkeit nur bei den Kindern einzelner Länder vorhandenes Ansteigen des Längenwachstums im 6. und 7. Lebensjahre aufweisen.

Die Zunahme des Längenwachstums ist also eine stetige und ziemlich regelmässige. Daher zeigt weder das 6., noch das 7. oder 8. Lebensjahr irgend eine auch nur einigermaßen hervortretende Eigentümlichkeit, die uns den Zeitpunkt für den Beginn der Schulpflicht erkennen liefse.

Die jährliche Zunahme an Länge ist in Tab. 2 angegeben. Der Längenzuwachs, der im ersten Lebensjahre ein sehr bedeutender ist, beträgt im zweiten Jahre nur noch etwa die Hälfte der vorjährigen Zunahme. Von nun an ist das Längenwachstum ein allmählich langsamer werdendes, indem die jährliche Zunahme in Werten erfolgt, die mit jedem Jahre etwas geringer werden. Die Ergebnisse Quetelets stellen eine gleichmässig abnehmende Reihe dar, während die Mehrzahl der Untersuchungsergebnisse geringe Schwankungen aufweist. Grössere Unterschiede in der jährlichen Längenzunahme finden wir bei Pagliani (Knaben) und in Schweden (Knaben und Mädchen). Das Wachstum in der Zeit des 6., 7. und 8. Lebensjahres ist ein völlig gleichmässiges; denn alle Untersuchungen haben annähernd dieselben Grössen ergeben, auch ist im Verhältnis zu den übrigen Jahren weder eine grössere, noch eine geringere Längen-

Jährliche Längenzunahme.

a) Männliche Individuen.

Tab. 2.

Lebensjahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Quetelet	19,8	9,3	7,3	6,3	6,0	5,9	5,8	5,7	5,6	5,4	5,2
Pagliani	—	—	—	6,0	5,0	6,5	9,1	5,7	5,6	2,5	3,0
Bowditch	—	—	—	—	—	5,5	5,1	5,1	4,9	5,1	4,1
Dänemark	—	—	—	—	—	—	3,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Schweden	—	—	—	—	—	6,0	5,0	5,0	5,0	2,0	3,0
Roberts	—	—	—	—	—	—	—	5,0	5,7	3,3	2,5
Landsberger	—	—	—	—	—	—	5,3	5,1	4,8	3,3	4,6
Carstadt	—	—	—	—	—	—	4,5	5,1	4,8	4,8	4,8

b) Weibliche Individuen.

Quetelet	19,6	9,1	7,3	6,1	5,9	5,7	5,6	5,5	5,4	5,3	5,2
Pagliani	—	—	—	6,7	5,1	5,7	7,0	6,4	5,2	6,5	4,2
Bowditch	—	—	—	—	—	5,2	5,5	5,3	4,5	5,0	5,3
Dänemark	—	—	—	—	—	—	3,0	5,0	5,0	5,0	3,0
Schweden	—	—	—	—	—	—	3,0	7,0	4,0	5,0	5,0

zunahme in der bezeichneten Periode bemerkbar. Nur in Dänemark (Knaben und Mädchen) und in Schweden (Mädchen) finden wir für das 7. Lebensjahr insofern ungünstige Resultate, als diese mit einer Zunahme von 3 cm weit hinter den von den andern Untersuchern konstatierten Verhältnissen zurückbleiben. Auch bei Pagliani (Knaben) ist eine Ausnahme zu bemerken, indem dieser für das 7. Lebensjahr ein sehr bedeutendes Wachstum gefunden hat.

Bezüglich der jährlichen Längenzunahme möge die Berechnung eines Durchschnittsresultates gestattet sein.

Wenn auch das Ergebnis wegen der Verschiedenartigkeit des Materials kein unanfechtbares ist, so vermag es uns doch ein annäherndes, die Unterschiede ausgleichendes Bild zu geben, das den Vorzug der leichten Übersichtlichkeit hat. Tab. 3 zeigt die jährliche Längenzunahme, wie sie sich als Durchschnitt aus allen Untersuchungen (in Tab. 2) berechnet. Der Längenzuwachs in den einzelnen Jahren vollzieht sich bei den Knaben in größter Regelmäßigkeit, indem die Zahlen, von einzelnen unbedeutenden Schwankungen abgesehen, eine gleichmäßig absteigende Reihe bilden. Bei den Mädchen ist das Längenwachstum nur bis zum 6. Lebensjahre ein regelmäßiges. Von diesem Zeitpunkte an aber

Jährliche Längenzunahme.

(Durchschnitt aller Untersuchungsergebnisse.)

Vergleich zwischen beiden Geschlechtern. *Tab. 3.*

Lebensjahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Männl. Individ.	19,8	9,3	7,3	6,2	5,5	6,0	5,4	5,2	5,2	4,0	4,1
Weibl. Individ.	19,6	9,1	7,3	6,4	5,5	5,6	4,9	5,9	4,9	5,4	4,6

zeigen sich regelmäßige Schwankungen, indem immer auf ein Jahr mit größerer Zunahme ein solches mit geringerer folgt. Die Jahre, die für den Beginn der Schulpflicht von Bedeutung sind, also das 6., 7. und 8., bieten inbezug auf die Längenzunahme keine bemerkenswerten Momente. Der Zuwachs beträgt bei den Knaben 6,0, 5,4, bzw. 5,2 cm, bei den Mädchen 5,6, 4,9, bzw. 5,9 cm. Die geringe Zunahme an Länge bei den Mädchen im 7. Lebensjahre findet in der Durchschnittsberechnung durch die niedrigen Ergebnisse aus Schweden und aus Dänemark ihre Erklärung. Das 8. Jahr zeigt demgegenüber wieder eine recht bedeutsame Zunahme.

Berücksichtigen wir das Längenwachstum während der für den Beginn der Schulpflicht bis jetzt gebräuchlichen Lebensjahre, so läßt sich wegen der regelmäßigen Zunahme bei den Knaben nicht festsetzen, welches das geeignetste Jahr für den Anfang des Schulbesuches ist. Betrachten wir die für das weibliche Geschlecht gefundenen Resultate an sich, so müßten uns dieselben mahnen, bei den Mädchen mit der Festsetzung des Alters für den Beginn der Schulpflicht auf das vollendete 6. Lebensjahr vorsichtig zu sein; denn das 7. Jahr hat nur eine geringe Zunahme, und hierin liegt eben die Mahnung, zu dieser Zeit der Leistungsfähigkeit der Kinder nicht eine größere An-

strengung, wie sie das ganze Schulleben mit seinen gesundheitlichen Nachteilen mit sich bringt, zuzumuten. Anders aber stellt sich das Ergebnis bei einem Vergleich des Längenwachstums der Knaben und Mädchen. (Vgl. Tab. 3.) Hier findet man in der Zeit bis zum 14. Lebensjahre keine wesentliche Verschiedenheit zwischen beiden Geschlechtern. Im ersten Kindesalter fast völlig gleich, zeigen sich vom 6. Lebensjahre an bemerkbare Differenzen, indem die Knaben in diesem und im nächsten Jahre eine gröfsere Längenzunahme aufweisen. Da aber im 8. Jahre das Wachstum der Mädchen ein schnelleres ist, so wird der Unterschied wieder ausgeglichen u. s. w. Halten wir uns an die genauen Zahlen, so ergibt sich, dafs die Knaben in den ersten fünf Lebensjahren eine gesamte Zunahme an Länge (Gröfse bei der Geburt bleibt hierbei aufser betracht!) von 48,1 cm, die Mädchen eine solche von 47,9 cm, also nur 0,2 cm weniger haben. Im 6. Lebensjahre sind die Mädchen um 0,6 cm, im 7. um 1,1 cm, im 8. um 0,4 cm weniger gewachsen als die Knaben. Vom 10. Lebensjahre an ist die gesamte Zunahme an Länge bei den Mädchen gröfser als bei den Knaben. Tab. 4 veranschaulicht dies Verhältnis des Wachstums bei beiden Geschlechtern in klarster Weise. Spalte 2 enthält die Gesamtzunahme an Länge für die einzelnen Lebensjahre bei dem männlichen Geschlecht, Spalte 3 bei dem weiblichen. Spalte 4 und 5 zeigen, welches Geschlecht einen Vorsprung im

Gesamte Längenzunahme.

Tab. 4.

Lebens- jahr.	männl.	weibl.	mehr männl	mehr weibl.
1	19,8	19,6	0,2	—
2	29,1	28,7	0,4	—
3	36,4	36,0	0,4	—
4	42,6	42,4	0,2	—
5	48,1	47,9	0,2	—
6	54,1	53,5	0,6	—
7	59,5	58,4	1,1	—
8	64,7	64,3	0,4	—
9	69,9	69,2	0,7	—
10	73,9	74,6	—	0,7
11	78,0	79,2	—	1,2

Wachstum hat und wieviel dieser beträgt. Da somit die Mädchen an absoluter Gröfse den Knaben nur wenig nachstehen, so gilt auch für sie das bei den Knaben gefundene Resultat, dafs nämlich kein Merkmal vorhanden ist, ein bestimmtes Jahr als das geeignetste für den Beginn der Schulpflicht festzusetzen.

Um das Bild der Körperentwicklung des Kindes zu vervollständigen, kommt aufser der Länge auch das **Körpergewicht** als wesentliches Moment in betracht.

Tab. 5 giebt das mittlere Gewicht in den einzelnen Jahren für die männlichen und weiblichen Individuen an. Die Resultate lassen allgemein zwei Gruppen unterscheiden, indem in Nordamerika, Dänemark und Schweden wesentlich gröfsere

Mittleres Gewicht.

a) Männliche Individuen.

Tab. 5.

Lebensjahre	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Vollendete Jahre	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Quetelet	3,1	9,9	11,0	12,5	14,0	15,9	17,8	19,7	21,6	23,5	25,2
Pagliani	—	—	—	12,4	13,5	15,2	16,7	19,4	20,7	22,4	24,8
Bowditch	—	—	—	—	—	18,6	20,5	22,3	24,5	26,9	29,6
Dänemark	—	—	—	—	—	—	21,0	22,5	24,0	26,0	28,5
Schweden	—	—	—	—	—	—	20,5	22,8	26,2	29,3	30,3

b) Weibliche Individuen.

Quetelet	3,0	8,6	11,0	12,4	13,9	15,3	16,7	17,8	19,0	21,0	23,1
Pagliani	—	—	—	11,2	13,1	15,0	16,4	17,7	19,0	21,9	24,7
Bowditch	—	—	—	—	—	17,6	19,6	21,5	23,4	25,9	28,3
Dänemark	—	—	—	—	—	—	20,0	21,5	23,5	25,5	28,0
Schweden	—	—	—	—	—	—	20,7	21,6	25,0	26,9	29,4

Mittelgewichte (um 2—5 kg größer) gefunden wurden als in Belgien, Italien und Deutschland. Neben den die größte Regelmäßigkeit zeigenden Ergebnissen Quetelets sind in den Resultaten Paglianis und der schwedischen Kommission einige Schwankungen bemerkbar. Die Zahlen der einzelnen Untersuchungen bilden Reihen, die in ziemlicher Gleichmäßigkeit verlaufen, ein Umstand, aus dem man auf eine fast gleichmäßige Entwicklung der Kinder in den verschiedenen Ländern, soweit das Körpergewicht in betracht kommt, schließen kann. Wie auch schon bezüglich der Längenzunahme konstatiert wurde, zeigen die Ergebnisse aus Dänemark, namentlich aber aus Schweden übereinstimmend eine sehr geringe Gewichtszunahme der Mädchen im 7. Lebensjahre, welche Thatsache auch durch die Untersuchungen von Quetelet und Pagliani ihre Bestätigung gefunden hat.

Nach der bedeutenden Gewichtszunahme im ersten Lebensjahre folgt eine Periode langsamen Wachstums, in der die jährlichen Werte der Zunahme an Gewicht annähernd gleich sind. Erst mit dem 12. und 13. Lebensjahre beginnt wieder eine Zeit

Jährliche Gewichtszunahme.

a) Männliche Individuen.

Tab. 6.

Lebensjahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Quetelet	6,8	1,1	1,5	1,5	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,7	1,8
Pagliani	—	—	—	1,1	1,7	1,5	2,7	1,3	1,7	2,4	1,8
Bowditch	—	—	—	—	—	1,9	1,8	2,2	2,4	2,7	2,2
Dänemark	—	—	—	—	—	—	1,5	1,5	2,0	2,5	2,5
Schweden	—	—	—	—	—	—	2,3	3,4	3,1	1,0	1,9

b) Weibliche Individuen.

Quetelet	5,6	2,4	1,4	1,5	1,4	1,4	1,1	1,2	2,0	2,1	2,4
Pagliani	—	—	—	1,9	1,9	1,4	1,3	1,3	2,9	2,8	2,2
Bowditch	—	—	—	—	—	2,0	1,9	1,9	2,5	2,4	2,9
Dänemark	—	—	—	—	—	—	1,5	2,0	2,0	2,5	2,5
Schweden	—	—	—	—	—	—	0,9	3,4	1,9	2,5	2,5

bedeutender Gewichtszunahme. Das Alter vom 6. bis 8. Jahre zeigt in bezug auf die Vergrößerung des Körpergewichts keine charakteristischen Erscheinungen.

Die Gewichtszunahme für Knaben und Mädchen in den einzelnen Lebensjahren findet sich in Tab. 6. Bei den männlichen Individuen ist nach Quetelet die Zeit vom 5. bis 12. Jahre eine Periode des gleichmäßigsten Wachstums, indem die jährliche Gewichtszunahme immer annähernd 2 kg beträgt. Nach den Untersuchungen von Bowditch und der dänischen Kommission weist die Zunahme an Gewicht ein fast regelmäßiges Ansteigen auf. Ein ungleichmäßiges Wachstum haben die Untersuchungen von Pagliani und in Schweden ergeben. Bei den weiblichen Individuen haben nur die Untersuchungen in Dänemark ein stetiges, gleichmäßiges Anwachsen der Gewichtszunahme ergeben. Einzelne Schwankungen zeigen sich bei Pagliani und Bowditch. Die Ergebnisse Quetelets lassen nicht die Gleichmäßigkeit erkennen, die wir sonst bei diesem Autor gewöhnt sind. Sehr ungleich in den einzelnen Jahren ist die Gewichtsvermehrung in Schweden. Alle an Mädchen vorgenommenen Untersuchungen stimmen aber darin überein, daß während der Zeit bis zum 16. und 17. Jahre die Zunahme an Gewicht im 6., 7. und 8. Lebensjahre eine sehr geringe ist.

Jährliche Gewichtszunahme.

(Durchschnitt aller Untersuchungsergebnisse.)

Vergleich zwischen beiden Geschlechtern. *Tab. 7.*

Lebensjahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Männl. Individ.	6,8	1,1	1,5	1,3	1,8	1,8	2,1	2,1	2,3	2,1	2,1
Weibl. Individ.	5,6	2,4	1,4	1,7	1,7	1,6	1,4	2,0	2,3	2,5	2,5

Zu welch verschiedenen Resultaten aber die einzelnen Untersucher kommen, zeigt uns beispielsweise das 8. Lebensjahr, in dem die Gewichtszunahme bei den Knaben (Pagliani, Schweden) um 2,1 kg, bei den Mädchen (Quetelet, Schweden) um 2,2 kg differiert. Mag man diese Verschiedenheit auch noch durch nationale Verhältnisse oder durch besondere Eigentümlichkeiten der von Pagliani und Quetelet zur Untersuchung herangezogenen Kinder erklären wollen, so ist doch kaum begreiflich, wie in Schweden und Dänemark, wo doch die Lebensbedingungen als ähnliche bezeichnet werden können, z. B. im 10. Lebensjahre die Gewichtszunahme der Knaben um 1,5 kg verschieden ist. Und doch müssen wir die aus so zahlreichen Einzeluntersuchungen gewonnenen Resultate als den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend anerkennen. Diese Beobachtungen führen uns zu der Erkenntnis, daß die Kinder in den verschiedenen Ländern sich in durchaus nicht übereinstimmender Weise entwickeln, und daß wir die Untersuchungsergebnisse anderer Landesteile, in denen andere Lebensbedingungen als bei uns vorhanden sind, für unsere Kinder nicht als absolut maßgebend ansehen dürfen.

Der Durchschnitt aller Untersuchungsergebnisse, wie er auf Tab. 7 dargestellt ist, gleicht die Unterschiede aus und kann, natürlich mit den oben ausgeführten Einschränkungen, als annäherndes Bild der Gewichtszunahme während des Alters der Entwicklung angesehen werden. Die Zunahme an Gewicht ist bei den Knaben im 1. Lebensjahre, wo sie fast 7 kg beträgt, bei weitem am bedeutendsten und sinkt im nächsten Jahre mit 1,1 kg auf ihren geringsten Wert herab, d. h. soweit die Entwicklung während des schulpflichtigen Alters in betracht kommt. Die nächsten Jahre zeigen ein langsames Ansteigen und darauf ziemliches Gleichbleiben in der Zunahme des Körpergewichts bis zum 11. Lebensjahre. Von diesem Zeitpunkte an wird das Wachstum ein sehr lebhaftes. Bei den Mädchen sinkt nach der beträchtlichen Gewichtszunahme im ersten Lebensjahre diese im 2. Jahre sehr schnell und erreicht im folgenden Jahre mit 1,4 kg fast den niedrigsten Wert in der ganzen Entwicklungsreihe. In den nächsten drei Jahren ist die Gewichtszunahme gleichmäßig, um im

7. Lebensjahre mit 1,4 kg wieder auf ihr Minimum herabzugehen. Der geringe Wert für dieses Jahr wird hauptsächlich durch die niedrigen Ergebnisse Quetelets und aus Schweden verursacht. Von diesem Zeitpunkte an findet ein in stetig steigenden Werten sich vollziehendes, regelmässiges Zunehmen des Körpergewichts statt, das mit dem 14. Lebensjahr seinen Höhepunkt erreicht. — Die Gewichtszunahme der Knaben beträgt im 6., 7. und 8. Lebensjahre 1,8, 2,1 bzw. 2,1 kg. Sie enthält kein Merkmal, eins dieser Jahre als das allein richtige für den Beginn der Schulpflicht festzusetzen. Die Gewichtszunahme der Mädchen beträgt in dieser Zeit 1,6, 1,4 bzw. 2,0 kg. Diese Resultate würden ein gewichtiger Grund sein, die Schulpflicht für die Mädchen nicht mit dem vollendeten 6. Lebensjahre beginnen zu lassen, wenn wir die Gewichtsverhältnisse für sich allein betrachteten. Anders aber stellt sich unser Urteil bei einem Vergleich der jährlichen Gewichtszunahme beider Geschlechter, wie er in Tab. 8 durchgeführt ist. Dieser zeigt im ersten Lebensjahre ein um 1,2 kg geringeres Wachstum der Mädchen. Durch die bei dem weiblichen Geschlecht nun folgende schnellere Gewichtszunahme schwindet dieser Unterschied fast vollständig, so daß vom 2. bis 6. Jahre bei beiden Geschlechtern ein annähernd gleiches Wachstum vorhanden ist. Die nächste, vier Jahre umfassende Periode zeigt infolge der gröfseren Gewichtszunahme der Knaben im 7. Lebensjahre ein

minimales Zurückbleiben des weiblichen Geschlechts. Hierauf folgt vom 11. Jahre ab eine lebhaftere Entwicklung der Mädchen, so daß nicht blofs die zu ihren Ungunsten vorhandene Differenz ausgeglichen bleibt, sondern auch ein bedeutendes Überwiegen in der Gewichtszunahme sich zeigt. — Das plötzliche Zurückbleiben der Mädchen in der Gewichtszunahme im 7. Lebensjahre, also in der Zeit, wo gegenwärtig der Beginn der Schulpflicht üblich ist, könnte Bedenken entstehen lassen, ob der Anfang des Schulbesuches für die Mädchen der Entwicklung derselben gemäfs festgesetzt ist. Da dieselben aber in dieser Zeit an absolutem Gewicht den Knaben wenig nachstehen, so ist kein Grund vorhanden,

Gesamte Gewichtszunahme.

Tab. 8.

Lebens- jahr.	männl.	weibl.	mehr männl.	mehr weibl.
1	6,8	5,6	1,2	—
2	7,9	8,0	—	0,1
3	9,4	9,4	—	—
4	10,7	11,1	—	0,4
5	12,5	12,8	—	0,3
6	14,3	14,4	—	0,1
7	16,4	15,8	0,6	—
8	18,5	17,8	0,7	—
9	20,8	20,1	0,7	—
10	22,9	22,6	0,3	—
11	25,0	25,1	—	0,1

für die Mädchen einen andern Zeitpunkt zum Beginn der Schulpflicht anzusetzen als für die **K n a b e n**.

Von besonderem Werte zur Beurteilung des richtigen Zeitpunktes für den Beginn der Schulpflicht wäre es, zu erfahren, wie sich das **Wachstum der Knochen und Muskeln** in den einzelnen Perioden der Entwicklung verhält, um damit einen Anhalt für die **Zunahme der körperlichen Kraft** zu gewinnen; denn Skelett und Muskulatur sind die wesentlichen Träger der Körperkraft. Die medizinische Sachverständigen-Kommission zur Beurteilung des Schulwesens Elsaß-Lothringens macht im Hinblick auf den Umstand, daß die Ermittlung der eigentlichen Körperkraft für die Beurteilung schulhygienischer Fragen wertvoller ist als die Bestimmung des Körpergewichts, folgenden beachtenswerten Vorschlag (Litt. 8): „Es würde sich sehr lohnen, genaue vergleichende Messungen der Körperkraft in den verschiedenen Jahren des schulpflichtigen Alters anzustellen. Die dynamometrischen Instrumente (Kraftmesser), die in den Kliniken gebraucht werden, ließen sich mit einigen, den kindlichen Verhältnissen entsprechenden Abänderungen gut dazu verwenden. Die auf solche Weise gewonnenen Maße hätten einen ungleich höheren Wert für alle zur körperlichen Entwicklung in Beziehung stehenden Fragen als die durch Gewichtsbestimmung gewonnenen.“ Leider besitzen wir über die Größe der Körperkraft bisher noch keine besonderen Ermittlungen. Wir kennen eben nur die oben mitgeteilten Wachstumszahlen des ganzen Körpergewichts, welche zwar kein genaues, aber doch ein ungefähres Maß für den Entwicklungsgang der Körperkraft geben. Uns sind ferner einige Verhältniszahlen bekannt, die die Bedeutung der Knochen und Muskeln einigermaßen veranschaulichen können. Das Gewicht des Skeletts beim Neugeborenen verhält sich zu dem des Erwachsenen wie 1:26, die Muskulatur wie 1 : 48. Knochen und Muskeln nehmen also in bedeutendem Maße zu, und zwar soll diese Zunahme, wie Oppenheimer (L. 9) nach den Untersuchungen von Bischoff mitteilt, in regelmäßiger Weise bis zum 16. Lebensjahre erfolgen. Auch in dem Verhältnis zum Gewicht der ganzen Körpermasse findet eine Verschiebung in der Weise statt, daß das Gewicht der Knochen und Muskeln beim Neugeborenen 40,1 %, beim Erwachsenen 55,4 % des Gewichts der ganzen Körpermasse ausmacht. Knochen und Muskeln und damit die Körperkraft nehmen also etwas schneller zu, als dies bei dem Gesamtgewicht des Körpers der Fall ist.

Die histogenetischen Verhältnisse der Knochen und Muskeln können, weil sie nicht für die einzelnen Lebensjahre festgestellt sind, zur Entscheidung unserer Frage nur geringe Verwertung finden. Das Skelett ist auch nach dem 7. Lebensjahre noch längere Zeit sehr unvollkommen ausgebildet, aber es hat doch mit diesem Jahre in seinen Hauptteilen eine gewisse Festigkeit gewonnen. Auch die Ausbildung der Weichteile

ist in paralleler Weise fortgeschritten. — Es ist ferner noch zu beachten, daß im 7. Lebensjahre gewöhnlich der Durchbruch der ersten bleibenden Zähne beginnt, und daß sich die Bestandteile auch derjenigen, welche nach und nach im Laufe der folgenden Jahre hervortreten, formieren. Diese Thatsache u. a. führt die Kgl. Preuss. Wissenschaftl. Deput. f. d. Medizinalwesen (L. 10) als Grund für einen späteren Beginn der Schulpflicht an. Aber was im 7. Lebensjahre sich vollzieht, geschieht auch in den darauffolgenden, nämlich: Bildung und Durchbruch der bleibenden Zähne. Als Zeit des Hervorbrechens der einzelnen bleibenden Zähne giebt Parreidt (L. 11) folgende an: 1. großer Backenzahn im Alter von 6 Jahren; 1. Schneidez. (7. J.); 2. Schneidez. (8. J.); 1. kleiner Backenz. (9. J.); Eckz. (10. J.); 2. kleiner Backenz. (11. J.); 2. großer Backenz. (12. J.). Wie wenig aber die zweite Zahnung die Entwicklung des kindlichen Körpers beeinflusst, ist allgemein bekannt, da bei gesunden Kindern dieser Vorgang kaum eine Störung im Allgemeinbefinden hervorruft.

Obwohl unsere Kenntnis von dem Fortschreiten der Körperkraft, der Ausbildung der Knochen und Muskeln in der jetzt üblichen Zeit des Anfanges der Schulpflicht eine sehr mangelhafte ist, so läßt sich doch erkennen, daß das 7. und 8. Lebensjahr gleich wenig bevorzugt sind. Die Entwicklung des kindlichen Körpers ist in beiden Jahren noch wenig vorgeschritten. Da die körperliche Kraft im 8. Lebensjahre der im 7. nicht bedeutend überlegen ist, so ist in dieser Beziehung keine Entscheidung zu treffen, ob die Schulpflicht erst mit dem vollendeten 7. oder schon mit Ablauf des 6. Lebensjahres beginnen soll.

Von hohem Werte für die Beurteilung unserer Frage wäre auch die Ermittlung des **Brustumfanges** und der Größe der **Brustausdehnung** in dem Alter des Beginnes der Schulpflicht. Je größer die Brustweite, je kräftiger die Lungenausdehnung und die davon abhängige Erweiterung des Brustkorbes ist, desto weniger werden die Schädlichkeiten des unrichtigen und zu langen Schulstuhls die Entwicklung des Gesamtorganismus zu beeinträchtigen imstande sein. Leider sind die diesbezüglichen Untersuchungen aber von dürftigem Umfange und geringer Anzahl. Für unsere Zwecke sind nur die Ermittlungen von Quetelet und Landsberger (L. 1, 3, 9) verwendbar. Der Brustumfang beträgt nach Quetelet im 6. Lebensjahr 54,3, im 7. 56,4, im 8. 58,5, im 9. 60,6, im 10. 63,0, im 11. (fehlt), im 12. 67,5 cm; nach Landsberger im 6. 54,8, im 7. 55,4, im 8. 58,0, im 9. 60,2, im 10. 61,9, im 11. 63,7, im 12. 65,0 cm. Bei Quetelet finden wir wieder die sehr gleichmäßigen Resultate, während in den Ergebnissen Landsbergers einige Schwankungen zu bemerken sind. Es zeigt sich ein stetiges, gleichmäßiges Zunehmen des Brustumfanges. Weder das 7. noch das 8. Lebensjahr lassen irgend welchen Abschnitt in der Entwicklung erkennen. Noch will

ich bemerken, daß alle Messungen folgende Verhältnisse für den Brustumfang festgestellt haben: 1. Vom ersten Lebensjahre bis zum vollendeten Wachstum steigt der Brustumfang durchschnittlich um 2 cm pro Jahr. 2. Bei normal gewachsenen Menschen ist der Brustumfang fast genau gleich der halben Körperlänge. 3. Wird das Gewicht der Lunge beim Neugeborenen gleich 1 gesetzt, so ist es beim Erwachsenen gleich 20. — Inbezug auf den Brustumfang und die Ausdehnung des Brustkorbes hat unsere Betrachtung gezeigt, daß in dieser Beziehung kein Merkmal vorhanden ist, den Beginn der Schulpflicht auf ein bestimmtes Jahr festzusetzen.

Die Hauptwerkstätte im kindlichen Organismus, welche für die mit dem Unterrichte verbundenen Thätigkeiten direkt in anspruch genommen wird, ist das **Gehirn**. Über das Wachstum desselben geben die Zahlen, die Robert Boyd (L. 8) bei den Wägungen von mehr als 2000 Gehirnen gefunden hat, Aufklärung. Es beträgt das Gehirngewicht

bei lebend geborenen Kindern	im Max.	624,	im Min.	163,	im Mittel	338 g,
b. Kindern im Alt. v. 6—12 Mon.	„	1109,	„	464,	„	763 g,
„ „ „ „ 1—2 Jahr.	„	1169,	„	510,	„	895 g,
„ „ „ „ 3—4 „	„	1431,	„	778,	„	1044 g,
„ „ „ „ 5—7 „	„	1403,	„	979,	„	1168 g,
„ „ „ „ 8—14 „	„	1623,	„	964,	„	1229 g,
„ „ „ „ 15—20 „	„	1658,	„	1035,	„	1311 g,

Diese Untersuchungen lassen zunächst erkennen, wie die Gehirne ein außerordentlich verschiedenes Gewicht aufweisen, so daß z. B. das größte Gehirngewicht eines einjährigen Kindes noch größer ist als das Mindestgewicht eines Individuums aus der Gruppe der 15—20-jährigen. Auch innerhalb der einzelnen Altersstufen schwankt die Gewichtsgröße sehr bedeutend, indem die Differenz zwischen 424 bis 659 g beträgt. Das Durchschnittsgewicht des Gehirns steigt in regelmäßiger Weise, jedoch so, daß die Werte des Zuwachses innerhalb jeden Jahres sich mit zunehmendem Alter gleichmäßig vermindern.

Achten wir auf die Zunahme des Gehirns während der einzelnen Lebensjahre, so finden wir, daß das Gehirn in der frühesten Kindheit am mächtigsten wächst. Im ersten Lebensjahre, wo sein Gewicht sich mehr als verdoppelt, nimmt es am meisten zu. Beträchtlich wächst es auch, obwohl in abnehmenden Werten, bis zum 7. Jahre, in dem sein Gewicht sich mehr als verdreifacht hat. Da das Gewicht des Gehirns eines Neugeborenen sich zu dem eines ausgewachsenen Menschen wie 1 zu 3,7 verhält, so ist aus dem bedeutenden Wachstum, das bis zum 7. Lebensjahre erfolgt ist, zu erkennen, wie nahe schon das Gehirn zu dieser Zeit seiner vollendeten Entwicklung gekommen ist. Während die Gewichtszunahme in den ersten 6 Lebensjahren ca. 830 g ausmacht, beträgt sie in den nächsten 6 Jahren nur noch

etwa 70—80 g. Mit 14 Jahren ist das Wachstum nahezu, mit 20 Jahren — nach den meisten Autoren — ganz vollendet. Die Zunahme des Gehirns im 6., 7. und 8. Lebensjahre läßt sich aus Boyds Ergebnissen annähernd feststellen. In der Periode vom 5.—7. Lebensjahre, also im Verlauf von 3 Jahren, nimmt das Gehirn um 124 g zu; es entfallen dann, gemäß der alljährlich geringer werdenden Zunahme, auf das 5. Lebensjahr etwa 54—60 g, auf das 6. 36—42 g, auf das 7. 25—30 g. Vergleicht man die Zunahme des Gehirngewichtes während des 7. Lebensjahres und die während des 8., die etwa 20 g beträgt, so wird sogleich ersichtlich, wie diese Zahlen sicher keinen Anhalt geben, den Beginn der Schulpflicht nicht schon mit Vollendung des 6. Lebensjahres eintreten zu lassen. Vor Ablauf des 6. Lebensjahres ist der Eintritt der Schulpflicht nicht empfehlenswert, weil in dieser Zeit das Gehirn noch in lebhaftem Wachstum begriffen ist.

Betrachten wir ferner noch die Gewichtsverhältnisse des wachsenden und des völlig ausgewachsenen Gehirns! Als durchschnittliches Gewicht des letzteren berechnet Boyd 1300 g, während Bischoff (L. 9, 12) für den deutschen Mann 1362 g, für das deutsche Weib 1219 g, für beide Geschlechter im Durchschnitt 1290 g gefunden hat. Das Gehirngewicht eines Sechsjährigen mit durchschnittlich 1140 g und das eines Siebenjährigen mit etwa 1170 g weicht verhältnismäßig nicht bedeutender von dem Gewicht des völlig ausgewachsenen Gehirns ab als das Gehirngewicht eines Vierzehnjährigen mit seinen ca. 1230 g. Also auch bei dem Vergleich des in der Entwicklung begriffenen Gehirns mit dem völlig ausgewachsenen findet sich kein Grund, der für den Beginn der Schulpflicht mit dem 6. oder dem 7. Lebensjahre entscheidend wäre.

Außer dem Gehirn ist das **Auge** das wichtigste Organ, das durch die Thätigkeiten des Schulunterrichts in Anspruch genommen wird. Es entsteht nun die Frage, ob dasselbe im 7. und 8. Lebensjahre schon bis zu solchem Grade der Entwicklung vorgeschritten ist, daß es die ihm durch den Unterrichtsbetrieb zugemuteten Anstrengungen ohne Schädigung seines Sehvermögens ertragen kann.

Von allen Organen des Neugeborenen hat das Auge die weitestgehende Ausbildung. Sein Gewicht verhält sich zu dem Gewicht des Auges eines Erwachsenen schon wie 1 zu 1,7. Über die weitere Entwicklung dieses Organs schreibt die Kgl. Pr. Wiss. Deput. f. d. Medizinalwesen (L. 10): „Gerade die Zeit bis zum 10. oder 11. Lebensjahre ist es auch, wo jene Veränderung des Augapfels, welche die Kurzsichtigkeit hervorbringt, am häufigsten angelegt und entwickelt werde.“ Aber über das Stadium der Ausbildung des Auges im 7. und 8. Lebensjahre fehlen m. W. genauere Untersuchungen. Auch die in so

reicher Anzahl vorgenommenen Erhebungen über das Vorkommen, den Grad und die Ursachen der Kurzsichtigkeit können für unsere Zwecke nicht benützt werden, weil Kinder der ersten Schuljahre nur in sehr geringer Anzahl untersucht worden sind.

Dr. Kirchner und Prof. Schmidt-Rimpler haben ihre Augenuntersuchungen auch nach der Richtung hin ausgedehnt, wie die Kurzsichtigkeit in den einzelnen Lebensjahren anwächst. Kirchner (L. 13) zieht aus seinen Untersuchungen folgende Ergebnisse: „Erst vom 14.—15. Jahre ab, dem Beginn der Pubertätsentwicklung, steigt die Zahl der Myopen steiler als vorher. In den jungen Jahren scheinen es wesentlich äussere Verhältnisse zu sein, durch welche die Entstehung der Myopie begünstigt wird, schlechte Beleuchtung, schlechte Subsellien, daher stärkere Konvergenz u. s. w., während sich von dem Eintritt der Pubertät ab im Wachstum bedingte, innere Momente geltend machen. Daher in den unteren Klassen des gut beleuchteten (Leibnitz-) Gymnasiums weniger Myopen als in den entsprechenden Klassen des dunkleren (Friedrichs-) Gymnasiums, während in den höheren Klassen beide Gymnasien gleich ungünstig gestellt sind.“ — Auch nach den Untersuchungen Schmidt-Rimplers (L. 14) zeigt sich ein bedeutendes Ansteigen der Zahl der Myopen im 13. und 14. Lebensjahre; es hat sich ferner ergeben, daß auch nach dem 15. oder 16. Jahre noch Myopie entsteht. — Ohne daß ich mir eine Kritik des oben angeführten Gutachtens der Wiss. Dep. f. d. Medizinalwesen in irgend einer Weise gestatten könnte, will ich nur die Thatsache konstatieren, daß die Ergebnisse Kirchners und Schmidt-Rimplers wenig mit der Ansicht der Wiss. Dep. übereinstimmen, nach welcher bis zum 10. oder 11. Lebensjahre die Veränderungen des Augapfels, welche die Kurzsichtigkeit hervorbringt, am häufigsten angelegt und entwickelt werden.

Wegen der Gefahren für das Auge, die in dem Schulbesuche ihre Ursache haben, müssen wir noch etwas auf das Wesen der Kurzsichtigkeit eingehen. Man unterscheidet nach Verlauf und Auftreten zwei Arten der Kurzsichtigkeit. Die erste ist die sogen. progressive oder perniciöse Myopie, welche in der Regel mit anatomischen Veränderungen des Sehapparates (Glaskörpertrübungen, Entzündung der Gefäßhaut u. s. w.) verbunden ist, sich meistens vererbt, gewöhnlich entsteht, ohne daß eine übermäßige Naharbeit zu beschuldigen wäre, stetig fortschreitet und häufig mit völliger Zerstörung der Sehkraft endet. Sie muß als eine wirkliche und schwere Krankheit des Auges angesehen werden. Glücklicherweise ist diese Art der Kurzsichtigkeit sehr selten. Die medizinische Sachverständigen-Kommission in Elsaß-Lothringen meint (L. 8): „Auf Grund unserer ärztlichen Erfahrungen dürfen wir behaupten, daß sie bei 6- oder 7-jährigen Kindern unter 1000 kaum einmal vorkommt.“ Cohn-Breslau (L. 15) behauptet, daß die angeborene perniciöse Myopie noch nicht zwei Prozent ausmacht. Für Kinder, die mit dieser Kurzsichtigkeit

behaftet sind, ist jede Naharbeit gefährlich. Bei Beurteilung unserer Frage können wir auf diese Art der Myopie nicht Rücksicht nehmen. — Die zweite Art der Kurzsichtigkeit ist die sogen. Schul- oder Arbeitsmyopie, die sich infolge von andauernder und übermäßiger Naharbeit entwickelt; sie erreicht gewöhnlich nur niedere und mittlere Grade und wird mit völliger Entwicklung des Körpers stationär; innere Augenkrankheiten stehen mit ihr nicht in ursächlichem Zusammenhange. Diese Art der Myopie ist nicht als wirkliche Krankheit anzusehen. Während Stilling (L. 16) und v. Hippel (L. 17) beide Formen der Kurzsichtigkeit als völlig getrennte auffassen, von denen die letztere niemals zur ersteren sich weiterbilden kann, behauptet Schmidt-Rimpler (L. 14), daß die Arbeitsmyopie ausnahmsweise auch zu höheren Graden der Kurzsichtigkeit und zu inneren Erkrankungen des Auges führen und somit in die perniciöse Form übergehen kann; auch Cohn (L. 15) schließt sich dieser Ansicht an.

Über die Entstehung der Arbeitsmyopie gehen die Meinungen noch weit auseinander. Eine Theorie nimmt an, daß die Akkomodation eine Verstärkung des Druckes im Auge und damit die Verlängerung des Augapfels hervorbringe. Eine zweite Theorie meint, daß die zum Nahesehen erforderliche Konvergenz der Augenachsen, die durch Kontraktion des Rectus internus und Dehnung des Rectus externus verursacht wird, eine eiförmige Gestaltung des Augapfels und Veränderungen der Choroidea in der Umgebung des Sehnerveneintritts erzeuge. Eine dritte Theorie stellt die Ansicht auf, daß die Myopie durch Zerrungen an einem an und für sich zu kurzen Sehnerven entstehe, wodurch der Zusammenhang zwischen Scheide und Sehnerv gelockert und schließlich die Scheide vom Nerven abgehoben werde. Da gleichzeitig eine Steigerung des Druckes im Auge und Glaskörperablösung stattfinden soll, so wäre damit die Längenausdehnung des Auges erklärlich. Eine vierte Theorie sucht das Wesen der Myopie in einer Entzündung einzelner Teile des Sehapparats. Eine fünfte Theorie (Stilling) schreibt die Abhängigkeit der Form des Auges den auf dasselbe einen Druck ausübenden Augenmuskeln zu. Namentlich soll die Kontraktion des Obliquus superior eine Verlängerung des Augapfels hervorbringen. Auch der niedrige Bau der Augenhöhle kann teils als mithelfender, teils als allein verursachender Faktor zur Entstehung der Kurzsichtigkeit angesehen werden.

Mag man nun aber als richtige Theorie annehmen, welche man will, immer ist es die geringe Widerstandsfähigkeit des Auges oder einzelner Teile desselben, durch deren Veränderung die Bedingungen für die Entstehung der Kurzsichtigkeit gegeben werden. Eine Ausnahme bildet es vielleicht, wenn ein zu kurzer Sehnerv oder ein zu niedriger Bau der Augenhöhle von Geburt an vorhanden ist. Die Thatsache aber, daß eine um so leichtere Umgestaltung

des Augapfels möglich ist, je geringer seine Widerstandskraft ist, erheischt größte Vorsicht in der Festsetzung des Zeitpunktes, mit welchem man infolge des Schulbesuches dem kindlichen Auge andauernde und anstrengende Arbeit zumutet. Leider fehlen wieder bezügliche Untersuchungen, indem die Ausbildung des Auges während des Alters vom 6. bis 8. Jahre noch nicht genügend klargelegt ist. Daher sind wir bei Berücksichtigung der Entwicklung des Auges nicht in der Lage, eine Entscheidung zu treffen, ob das 7. oder 8. Lebensjahr das günstigste für den Beginn des Schulbesuches ist.

Nachdem wir Körperlänge, Körpergewicht, Körperkraft, Brustumfang, Entwicklung des Gehirns und des Auges in ihren Beziehungen zu dem Zeitpunkt für den Beginn der Schulpflicht betrachtet haben, ergibt sich folgendes (nach unserer Meinung) ausreichend begründetes und daher wohlberechtigtes Resultat:

Soweit die Entwicklung des kindlichen Körpers bekannt ist, können vom hygienischen Standpunkte aus keine wichtigen Bedenken gegen die Festsetzung des Beginnes der Schulpflicht auf das vollendete sechste Lebensjahr erhoben werden. Ein früherer Termin ist nicht zulässig.

Indem wir noch in Kürze auf die **Bedenken** hinweisen, die seitens der Ärzte gegen den Beginn der Schulpflicht mit Abschlufs des 6. Lebensjahres erhoben sind, ist zu bemerken, daß alle dieselben in nur wenig verringertem Maße so gut für das 8. wie für das 7. Lebensjahr gelten; denn der Übergang von diesem zum 8. Jahre vollzieht sich kaum merklich und mit so vielen Schwankungen im Einzelnen, daß die Verschiedenheiten zwischen beiden fast vollständig verwischen. Wollte man mit dem Beginn des Schulbesuches warten, bis keine Bedenken von gesundheitlicher Seite mehr erhoben werden könnten, so würde man diesen Termin wohl fast bis zur Vollendung der körperlichen Entwicklung hinausschieben müssen. Das „Ärztliche Gutachten über das Schulwesen Elsaßs-Lothringens“ (L. 8) sagt daher in dieser Hinsicht mit Recht: „Wenn die Ergebnisse unserer ärztlichen Untersuchungen auf nichts hinauslaufen würden, als auf den ganz allgemeinen Satz, daß für die körperliche Entwicklung der Kinder um so besser gesorgt ist, je später die Aufnahme in die Volksschule erfolgt, so könnte mit einer so weit gehaltenen Erklärung, auch wenn sie an sich richtig wäre, der Sache in der Wirklichkeit nicht gedient sein. Denn alle die Bedenken, die aus diesem Satze sich gegen die Aufnahme im 6. oder 7. Jahre geltend machen lassen, gelten auch für das 8. Jahr gegenüber dem 9. und so weiter.“

Die den Beginn der Schulpflicht betreffenden **Äußerungen** der Ärzte, resp. der medizinischen Kommissionen teilen wir wörtlich mit, um nicht parteiisch zu erscheinen. Inwieweit die angeführten Gründe das Recht einer entscheidenden

Geltung beanspruchen können, wird nach unseren Erörterungen leicht zu beurteilen sein. Andererseits wird die Mitteilung der bezüglichen Urteile und ihrer Gründe uns auch zeigen, wie häufig die Ärzte in ihren Ansichten auseinandergehen.

Gutachten der Königlich Preussischen Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen, betreffend die Überbürdung der Schüler in den höheren Lehranstalten, erstattet am 19. Dez. 1883. (L. 10): „Es sprechen recht gewichtige Gründe dafür, daß die Aufnahme in die Elementarschule erst nach vollendetem 7. Lebensjahre erfolgt. Im 7. Lebensjahre beginnt gewöhnlich der Durchbruch der ersten bleibenden Zähne, und es formieren sich die Bestandteile auch derjenigen, welche nach und nach im Laufe der folgenden Jahre hervortreten. Das Skelett ist auch nach dem 7. Lebensjahre noch längere Zeit sehr unvollkommen, aber es hat doch mit diesem Jahre in seinen Hauptteilen eine gewisse Festigkeit gewonnen. Damit steht in einem Parallelismus der Ausbildungsgang der Weichteile. Insbesondere auch das Gehirn und die Augen werden mit jedem Jahre vorwärts leistungs- und widerstandsfähiger. Alle schwächenden Einwirkungen, welche gerade in der früheren Entwicklungsperiode den kindlichen Körper treffen, haben daher eine weit mehr nachhaltige Bedeutung: sie treffen die Organe in der Zeit, wo sie erst ihre spätere Gestalt erlangen oder gar erst vorbereiten, und sie bedingen daher Störungen, welche den Aufbau und die Einrichtung der Organe selbst betreffen. Gerade die Zeit bis zum 10. oder 11. Lebensjahre ist es auch, wo jene Veränderung des Augapfels, welche die Kurzsichtigkeit hervorbringt, am häufigsten angelegt oder entwickelt wird.“

Ärztliches Gutachten über das Elementarschulwesen Elsaßs-Lothringens. Im Auftrage des Kaiserl. Statthalters erstattet von einer medizinischen Sachverständigen-Kommission (L. 8): „Aus den Erfahrungen der Ärzte über den Einfluß der Volksschule auf die Gesundheit der Kinder läßt sich nichts entnehmen, was das 7. Lebensjahr als ungeeignet für den Eintritt in die Volksschule erkennen liesse. Man wäre zu dieser Behauptung nur dann berechtigt, wenn sich herausgestellt hätte, daß die Jugend in den weitaus zahlreichsten Teilen Deutschlands, in welchen seit vielen Jahrzehnten die Schulpflicht mit dem 7. Lebensjahre beginnt, dadurch Schaden an ihrer Gesundheit genommen hätte. Davon ist aber, gewisse Ausnahmefälle abgerechnet, nichts bekannt. — Ebensowenig wie die allgemeine Erfahrung von Fehlern, Gebrechen oder dauernden Schwächezuständen zu berichten weiß, die der Volksschule zur Last zu legen wären, sind die Mitglieder unserer Kommission in der Lage, eine solche Anklage gegen dieselbe zu erheben, die den gesetzlichen Beginn der Schulpflicht im 7. Lebensjahre als bedenk-

lich erscheinen ließen. — Das Wachstum des Gehirns ist im 7. Jahre schon sehr weit vorgeschritten, was zusammenstimmt mit der vorgeschrittenen Entwicklung der seelischen Fähigkeiten in dieser Zeit.“

Der „Ärztliche Verein zu Bochum“ in der „Denkschrift über die Schulüberbürdungsfrage“ (L. 18): „Für den Eintritt in die Elementarschule muß eine entsprechende Reife des Körpers wie des Geistes vorausgesetzt werden. Diese Reife finden wir für die systematische Beschäftigung mit den Elementarfächern nicht beim vollendeten 6. Lebensjahre, sondern in den meisten Fällen ist erst das vollendete 7. Lebensjahr als das geeignete Alter anzusehen. — Durch diese Forderung wird dem großen Nachteile der körperlichen und geistigen Schädigung durch zu frühe systematische Schulzucht und zu frühe geistige Anstrengung vorgebeugt. Wir Ärzte sind zu häufig in die Lage gekommen, die Klagen, namentlich der Mütter, über geistige und körperliche Erschöpfung der kleinen Kinder infolge von Anstrengungen in der Schule und durch die häuslichen Arbeiten hören und bestätigen zu müssen. Der Ehrgeiz junger Lehrer, die jüngste Schulklasse möglichst weit zu fördern, namentlich aber das übertriebene Forzieren des Rechnens für dieses Alter bedingt unserer Erfahrung gemäß am häufigsten die Gebrechen der Schüler unterster Stufe. Übrigens stimmen auch bedeutende Pädagogen mit unserer ärztlichen Ansicht überein und auch sie geben zu, daß das kindliche Gehirn eine hinlängliche Reife für die geistigen Anstrengungen in der Schule erst nach vollendetem 7. Jahre erlangt habe.“

Oberamtsarzt Dr. Engelhorn in Göppingen (L. 19): „Vom ärztlichen Gesichtspunkte eine allgemein giltige Regel für die Zeit der Schulpflicht aufzustellen, sind wir nicht in der Lage. Bei der körperlichen Entwicklung giebt es nur zwei Perioden, welche sich durch besondere Merkmale auszeichnen: die Zeit der zweiten Zahnung und die der geschlechtlichen Entwicklung. Beide fallen in ein Alter, das aus praktischen Rücksichten der Schule unmöglich entzogen werden kann. Andere Merkmale der Reife für den Schulunterricht sind in der Art der körperlichen Entwicklung ebenfalls nicht zu finden. Denn es ist vollkommen unmöglich, in dem Prozesse des körperlichen Wachstums und der geistigen Entwicklung, welcher ein stetig zunehmender ist, gerade den Augenblick zu bestimmen, in welchem der Beginn des Schulbesuches ohne Nachteil für die Gesundheit stattfinden soll.“

Medizinalrat Dr. Rembold in Stuttgart (L. 20) hält die von der Wiss. Dep. f. d. Medizinalwesen vorgebrachten Gründe für „gewiß richtige“, fährt dann aber fort: „Für die besondere Frage, ob der Beginn der Schulpflicht in das 7. oder 8. Lebensjahr zu verlegen sei, sind sie deswegen nicht entscheidend, weil die gleichen Verhältnisse nicht bloß im 7., sondern auch noch im 8., 9. und 10. Lebensjahre vorliegen. Auch hier sind die Organe und

das Gehirn insbesondere in einer Entwicklung begriffen, welche eine gewisse Schonung verlangt. Aber ebenso verlangt diese Entwicklung eine Leitung, welche — einzelne Fälle ausgenommen — eben nur die Schule zu geben berufen und befähigt ist. Die Frage ist einfach die: ist das Kind durchschnittlich nach Vollendung des 6. Lebensjahres geistig und körperlich genügend vorbereitet und entwickelt, um den ersten Unterricht ohne Schaden zu ertragen? und da muß zugestanden werden, daß — Ausnahmen giebt es wie überall — keine Thatfachen vorliegen, die eine Verneinung dieser Frage rechtfertigen würden. Es ist im Gegenteil auf die anatomische Erfahrung hinzuweisen, daß mit dem Abschluß des 6. Lebensjahres das Wachstum des Gehirns schon sehr weit vorgeschritten ist, was zusammenstimmt mit der vorgeschrittenen Entwicklung der geistigen Fähigkeiten in dieser Zeit, und daß dessen Zunahme von da an im Verhältnis zu der rapiden Gewichtszunahme in den ersten Lebensjahren nur noch eine geringe ist. Demgemäß weiß denn die allgemeine Erfahrung nichts von geistigen oder körperlichen Gesundheitsstörungen, die bei in der durchschnittlichen normalen Entwicklung begriffenen Kindern nachweislich durch den im 7. Lebensjahre stattgehabten Eintritt in die Schule eingetreten wären.“

Dr. A. Baginsky, der bekannte Schulhygieniker in Berlin (L. 21): „Soviel wir den kindlichen Organismus auch studieren mögen: wir finden weder an dem lebenden, noch auch an dem toten, rein anatomisch betrachteten, irgend welche wahrhaft wissenschaftliche Handhabe, welche uns den Grenzpunkt markiert, von welchem an die energische Förderung geistiger Kräfte durch uns in der Schule zu gestatten sei. — Der Staat kann alles in allem genommen seitens der medizinischen Wissenschaft nicht beschränkt werden in der allgemeinen Bestimmung, daß mit dem Ende des 6. Lebensjahres die Schulpflicht beginne; der Wissenschaft steht zum mindesten nicht das Recht zu, einen andern allgemeinen Termin festzusetzen, einfach, weil sie denselben ebensowenig begründen kann, wie der Staat den seinigen. — Wo lehrt die Erfahrung, daß, ganz allgemein genommen, der Beginn des Unterrichts vor dem 7. Lebensjahre bei der großen Mehrzahl der Schulkinder an und für sich schädlich gewesen sei und dauernd schlimme Folgen gehabt habe?“

Prof. Dr. W. Löwenthal (L. 22): „Die Frage, in welchem Alter die Schulpflicht am besten zu beginnen habe, ist in einer Art und einem Umfange erörtert worden, welche ihrer hygienischen Bedeutung wenig entsprechen. Erstens sind die Individualitäten der Kinder so verschieden, daß sich eine wissenschaftlich allgemein gültige Altersgrenze nicht festsetzen läßt; dann aber ist es in der That für die Gesundheit des Kindes ziemlich gleichgültig, ob es zu 6 oder zu 7 Jahren in die Schule kommt, wenn nur in beiden Fällen durch die häusliche Erziehung und durch die Schuleinrichtung dafür gesorgt ist, daß der Übergang für das Kind weder in körper-

licher noch in geistiger Beziehung ein zu schroffer ist. — Der Hygieniker wird zu dem Schlusse gelangen, daß die mit dem vollendeten 6. Lebensjahre eintretende Schulpflicht die wünschenswerteste ist, aber mit dem Zusatze, daß der eigentliche systematische Schulunterricht erst mit dem vollendeten 8. Jahre zu beginnen habe. Diese zwei Jahre sollen ganz und voll als Übergangszeit von der ersten Kindheit zur Schulzeit verwendet werden.“

Dr. Gast (L. 23): „Viele Kinder sind im Alter von 5½ Jahren schon schulfähig und schulreif, indes andere Kinder es zu sein scheinen, aber es doch noch nicht sind.“

Dr. Hornemann (L. 24): „Die zweite Zahnung ist derjenige Zeitpunkt, in welchem die Kinder schulreif erscheinen.“

Dr. C. Pelmann, Direktor der Provinzial-Irrenanstalt zu Grafenberg (L. 25): „Das Kind arbeitet zu früh. Nach den gesetzlichen Bestimmungen beginnt der Schulbesuch schon zu einer Zeit, wo die Schule noch gar kein zweckmäßiger Aufenthaltsort für das Kind ist, dem die dort verlangte Unbeweglichkeit, das Stillsitzen und die Aufmerksamkeit durch die Beschaffenheit seiner Organe geradezu untersagt sind. Die Schule mit ihrem Zwange ist das genaue Gegenteil von dem, was zur naturgemäßen Entwicklung der Kinder passend und förderlich ist, und jedenfalls nicht diejenige Art der Erziehungsform, die den Anforderungen der Gesundheitspflege in diesem Alter entspricht. Die natürliche Forderung wäre folgerichtig ein Hinausschieben des schulpflichtigen Alters. Wollten wir diese Frage einseitig und ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse und Erfahrungen der Schulmänner in die Hand nehmen, so würden wir uns eines Übergriffes in das Gebiet der Pädagogen schuldig machen. Dadurch aber, daß diese durch ihre Erfahrung mehr und mehr auf das 7. Jahr als das geeignetste hingeführt wurden, wird es sich für uns in der Hauptsache nur darum handeln, festzustellen, ob die Erfahrungen, welche uns einerseits die Entwicklungsgeschichte, andererseits die ärztliche Beobachtung der Schulkinder gewährt, sich mit denen der Schulmänner decken oder nicht“. Pelmann schließt sich dann der Meinung an, daß „die gesetzliche Bestimmung, wodurch die Schulpflicht nach vollendetem 6. Lebensjahre beginnt, den wissenschaftlichen Erhebungen und den Forderungen der Gesundheitspflege entspricht.“

Dr. Schreiber in Leipzig: „Die ärztliche Beobachtung lehrt, daß das Gehirn durchschnittlich mit Ablauf des 7. Lebensjahres seine, wenigstens dem Umfange nach, volle, bleibende Ausbildung erreicht. Hiermit ganz übereinstimmend ist die bekannte Wahrnehmung, daß um diese Zeit die geistige Entwicklung einen entschiedenen Wendepunkt zeigt. Jetzt also erst, zu Anfang des 8. Lebensjahres ist der rechte Zeitpunkt für den Beginn des Unterrichts gekommen. Jetzt erst kann man in jeder Beziehung erfreuliche Früchte davon erwarten. Das Schulgesetz sollte die Auf-

nahme vor dieser Zeit, zum mindesten vor dem letzten Viertel des 7. Jahres entschieden verweigern. Erst für dieses Alter ist der Schulzwang gerechtfertigt. — So also sollte es sein laut Naturgesetz.“ Demgegenüber bemerkt Baginsky: „Die Natur giebt ganz gewiß keine Handhaben zur Bestimmung des richtigen Termins für eine wenn auch noch so wichtige, doch immerhin menschliche Einrichtung, und es ist geradezu unerklärlich, wie Schreiber den Beginn der Schulzeit „„laut Naturgesetz““ glaubte bestimmen zu können; als ob die Natur von vornherein bei der Gestaltung der Organismen des Menschen denselben auf die menschliche Schuleinrichtung eingerichtet und zugeschnitten hätte. Wäre dem so, sie hätte manche andere Kultureinrichtung in weit ernstere Erwägung gezogen.“

Aus allen angeführten Urteilen geht hervor, daß die einzelnen anatomischen und physiologischen Thatsachen in der allgemeinen Form, wie sie in den mitgeteilten Äußerungen enthalten sind, je nach Bedürfnis zur Begründung oder Bekämpfung derselben Forderung gebraucht worden sind, und daß ferner auf seiten der Mediziner keine Einigkeit über den richtigen Zeitpunkt des Beginnes der Schulpflicht vorhanden ist. Baginsky sagt darum auch: „Man kann in gewisser Beziehung mit den Ärzten übereinstimmen, welche meinen, daß dieselben nicht mehr kompetent sind, einen allgemein giltigen Termin für den Schulbesuch einzusetzen, als die Pädagogen.“

Was aber für das normal entwickelte Kind als richtig und wenig gesundheitsschädlich gilt, ist unter Umständen nicht ebenso unschädlich bei Kindern, die in der natürlichen Entwicklung zurückgeblieben sind, bzw. unter dem Einflusse gewisser Krankheitsverhältnisse stehen. Das für die Allgemeinheit geltende Gesetz von dem Beginn der Schulpflicht mit dem vollendeten 6. Lebensjahre muß daher auch **Ausnahmen** zulassen. Den Eltern, resp. den Ärzten muß das Recht zugestanden werden, in besonderen Fällen die Kinder noch auf einige Zeit vom Schulbesuch fernzuhalten; denn es giebt gewisse Erscheinungen am kindlichen Organismus, welche den Anfang des Schulbesuches im gesetzmäßigen Alter verbieten und so dem allgemeinen Staatsgesetz bestimmte Schranken auflegen, von seinen Forderungen auf eine gewisse Zeit abzusehen. In den meisten derartigen Fällen wird eine auf $\frac{1}{2}$ bis 1 Jahr ausgedehnte Befreiung vom Schulbesuch ausreichend sein, das Kind in seiner Entwicklung soweit zu fördern, bzw. vorhandene Krankheitserscheinungen zu beseitigen, daß es nun ohne Gefährdung seiner Gesundheit am Schulunterrichte teilnehmen kann.

Die größte Gruppe der Kinder, welche noch auf einige Zeit vom Schulbesuch befreit bleiben müssen, wird von denjenigen gebildet werden, die in ihrer gesamten körperlichen Entwicklung weit hinter den Durchschnittsmassen zurückstehen. Daß Körperlänge, Körpergewicht, Körperkraft und Brust-

umfang einen richtigen Maßstab für die Entwicklung des menschlichen Körpers bilden, ist eine von der medizinischen Wissenschaft allgemein geteilte Anschauung. Zur Beurteilung der Frage, wie weit in diesen Beziehungen der Körper des Individuums den Durchschnittsmassen entspricht, ist es erst notwendig, letztere aufzusuchen. Zwar ist schon eine ganze Reihe diesbezüglicher Ermittlungen vorhanden, aber da nicht nur in den einzelnen Ländern, sondern auch in jeder Gemeinde, die sich durch veränderte Lebensverhältnisse von den nachbarlichen unterscheidet, die Kinder an Länge, Gewicht, Kraft und Brustumfang sich verschieden entwickeln, so können wir jene allgemeinen Resultate nicht zur Bestimmung des Entwicklungsfortschrittes eines jeden Individuums verwenden. Daher kommt es also zunächst darauf an, durch umfangreiche Messungen und Wägungen diese Durchschnittsmasse für jede Gemeinde zu gewinnen. Sind diese Masse einmal bekannt, so können sie auf lange Zeit hinaus als Norm gelten. Ändern sich aber die Lebensverhältnisse der Bewohner sehr wesentlich, z. B. wenn in einer bis dahin ausschließlich ackerbautreibenden Gemeinde ein Teil der Bewohner sich der Industriearbeit zuwendet, so ändern sich (aller Wahrscheinlichkeit nach) auch die Durchschnittsmasse. Daher ist es wünschenswert, ja notwendig, daß solche Ermittlungen fortgesetzt zur Kontrolle der Normalmasse vorgenommen werden. — Da die Menschen nun aber in ihrer Konstitution so außerordentlich verschieden sind, so werden auch innerhalb der Einzelmasse Schwankungen von erheblichem Umfange vorkommen. Durch die Messungen und Wägungen müßte daher nicht nur das Durchschnittsmaß, sondern auch die unterste Grenze für die einzelnen Körpermasse, bis zu welcher herab die Aufnahme der betreffenden Kinder in die Schule noch zu gestatten sei, ermittelt werden. — Durch solche Untersuchungen, die aber weit umfangreicher sein müßten, als die bisher bekannten, ließe sich vielleicht auch ein bestimmtes Verhältnis zwischen den Werten für die einzelnen Körpermasse feststellen, um dadurch ein der tatsächlichen Körperentwicklung entsprechendes Urteil bezüglich des Anfanges der Schulpflicht fällen zu können. Es könnte in diesem Falle nicht vorkommen, daß z. B. ein Kind, welches zwar von unternormaler Größe ist, dagegen aber an Gewicht, Körperkraft und Brustumfang wenigstens dem Durchschnittsmaß entspricht, von der Schulpflicht befreit werde.

Sind erst die richtigen Normalmasse festgesetzt, so hat es keine Schwierigkeiten, die schwächlichen, in ihrer Entwicklung zurückgebliebenen Kinder herauszufinden. Diese Kleinen, die ganz besonders der Schonung bedürfen, sind häufig rege und geistig geweckt. Bei ihnen hat sich das Gehirn auf Kosten des Gesamtorganismus entwickelt. Solche Einseitigkeit muß durch geringe Inanspruchnahme der geistigen Fähigkeiten und durch besondere Berücksichtigung der körperlichen

Ausbildung beseitigt werden, und dies ist am besten möglich, wenn das Kind noch einige Zeit der ausschliesslichen Einwirkung des elterlichen Hauses überlassen bleibt.

Für das Zurückbleiben in der Entwicklung ist nur in seltenen Fällen die Ursache in einer allgemeinen körperlichen Schwäche bei sonst völliger Gesundheit zu suchen. In der Mehrzahl der Fälle ist es vielmehr als Folge gewisser Entwicklungskrankheiten anzusehen.

Es giebt eine ganze Reihe von Krankheiten, die den Gesundheitszustand der Kinder so schädigend beeinflussen, daß den damit Behafteten oder an deren Folgen Leidenden die Anstrengungen des Schulbesuches in frühen Jahren nicht zugemutet werden dürfen. Von diesen Leiden ist es ganz besonders die Lungen-schwind-sucht (Phthisis), die eine außerordentlich weite Verbreitung auch unter den Kindern gefunden hat. Die Folgen dieser Krankheit zeigen sich darin, daß der Brustumfang stark zurückbleibt, die Brustausdehnung eine geringe ist und daß das Körpergewicht meistens das Durchschnittsmaß nicht erreicht. Solche Kinder müssen auf einige Zeit der Schule ferngehalten werden, weil der Aufenthalt in der schlechten Schulluft und das andauernde Sitzen in häufig unrichtiger Haltung den zu ihrem Gesundwerden notwendigen Bedingungen durchaus widerspricht. Auch würde der Schulbesuch an Tuberkulose leidender Kinder schon um deswillen nicht zu gestatten sein, weil das Zusammenleben mit den gesunden Mitschülern in den häufig überfüllten Schulklassen die große Gefahr in sich birgt, daß auch die Gesunden angesteckt werden, wenn nicht seitens der Schule ganz energische prophylaktische Maßregeln ergriffen werden.

Eine andere sehr verbreitete Kinderkrankheit ist die Rhachitis, gewöhnlich „englische Krankheit“ genannt. Schon das Laienauge vermag zu erkennen, daß jene namentlich in den Großstädten so häufig anzutreffenden, blaßgesichtigen und oft verkrüppelten Geschöpfe von diesem Leiden befallen sind. Alle Untersuchungen über den Einfluß der Rhachitis auf die körperliche Entwicklung haben ohne Unterschied ergeben, daß die Kinder, die an dieser Krankheit leiden, an Körpergröße und Körpergewicht beträchtlich zurückbleiben. Solche Kinder werden grösstenteils schon infolge ihrer geringen Körperentwicklung von der Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre entbunden werden, andernfalls würden die deutlich erkennbaren Anzeichen der Rhachitis-Erkrankung hierzu unbedingt nötigen.

Die schlimmste aller Entwicklungskrankheiten ist die Scrophulosis. Bezüglich derselben können wir aus den Zahlen für Körperlänge, Gewicht u. s. w. keinen Anhalt zur Beurteilung des Krankheitszustandes gewinnen, weil scrophulöse Kinder sowohl in der Körpergröße als auch im Gewicht häufig den Durchschnittsmaßen entsprechen. Andererseits ist aber dringend notwendig, daß diejenigen Kinder, welche mit den schweren Formen der

Skropheln behaftet sind oder unter deren Folgen zu leiden haben, noch solange vom Schulbesuch befreit bleiben, bis vollständige Besserung eingetreten ist oder doch wenigstens Anzeichen derselben vorhanden sind.

Da aber der Lehrer zu einer richtigen Beurteilung des Gesundheitszustandes der Kinder nicht ausreichend befähigt ist, so ist die Mithilfe des Arztes bei der Aufnahme der Kinder in die Schule sehr erwünscht. Solange aber Schulärzte mit derartiger Befugnis noch nicht vorhanden sind, liegt es den Eltern ob, ihre Kinder beim Schuleintritt ärztlich untersuchen zu lassen und zu etwaiger Befreiung derselben von der Schulpflicht ärztliche (bezw. Physikats-) Atteste beizubringen.

Neben diesen den Kindern selbst anhaftenden Eigenschaften, die zur Entscheidung über die Befähigung für den Eintritt in die Schule von größter Wichtigkeit sind, kommen hierbei auch etwaige Krankheitserscheinungen der Eltern oder der nächsten Anverwandten in betracht. Besondere Vorsicht ist gegenüber solchen Kindern nötig, die schwindsüchtige, geistes- oder nervenkranke Eltern haben oder aus Familien stammen, in denen zwar die Eltern gesund sind, aber Geschwister oder andere nahe Blutsverwandte mit Tuberkulose oder schweren Formen von Geistes- und Nervenkrankheiten behaftet sind.

„Kinder schwindsüchtiger Eltern,“ so schreibt Baginsky, „müssen, selbst wenn sie anscheinend gut genährt und gut gediehen sind, später zur Schule gebracht werden als mit Beendigung des 6. Lebensjahres. Die Motive für diese Einschränkung sind in dem leider so häufig wiederkehrenden Verlaufe der Ereignisse begründet. Die Lungenschwindsucht der Eltern zeigt sich in nur seltenen Fällen offenbar an den körperlichen Eigenschaften der Kinder, und gerade am wenigsten zu jener Zeit, mit welcher die Schulpflicht beginnen sollte; die Kinder sehen vielmehr oft gesund und blühend aus und sind es auch vorläufig, da ja die große Mehrzahl derjenigen Kinder, welche die Erbschaft der Eltern sofort angetreten haben, längst dahin gesiecht ist, noch bevor sie das Schulalter erreicht haben; aber über den gesund aussehenden Kindern schwebt das Damoklesschwert einer böartigen Veranlagung, welche gewöhnlich zur Zeit der Pubertät, bei rasch eintretendem, sich fast überstürzendem Wachstum zur Entwicklung kommt. Die Fehler in der Erziehung, die zu frühe und straffe Ausbildung der geistigen Kräfte rächen sich bei diesen Kindern nicht sogleich, führen aber später zu einem Siechtum, welchem in einer großen Anzahl von Fällen mit Vorsicht auszuweichen war. — Man wird mit Recht fragen, mit welchem Alter bei solchen Kindern die Schulpflicht beginnen solle. Eine allgemeine bestimmte Antwort läßt sich aber auf diese Frage nicht geben; es kommt sehr auf den einzelnen Fall an und in der Hand des Arztes muß die Entscheidung bleiben.“

Eine noch grössere Bedeutung als bei der Schwindsucht hat die Vererbung bei der Verbreitung der Geistes- und Nervenkrankheiten. Es ist bekannt, daß dieselbe Krankheit zuweilen in derselben Form von den Eltern auf die Kinder übergeht. „Weit häufiger als in einer solchen Übertragung übt die Erkrankung der Eltern insofern einen nachteiligen Einfluß auf die Nachkommen aus, als sie bei ihnen nicht sowohl eine eigentliche Krankheit, sondern mehr eine angeborene Schwäche des Nervensystems und damit eine Verminderung des Widerstandes herbeiführt, den der normale Mensch gegen die Schädlichkeiten des Lebens mit sich bringt. Der gesunde Mensch hält eine große Menge von Schädlichkeiten aus, ohne krank zu werden. Ganz anders aber gestaltet sich die Sache, wenn diese Schädlichkeiten auf einen von Geburt aus Invaliden treffen. Was jener schadlos überwand, gereicht diesem zum sicheren Verderben, und hierin haben wir die Wirkung der erblichen Belastung zu suchen, die im Leben der Menschen eine so große Rolle spielt.“ (Pelman). Die Erziehung der erblich belasteten Kinder erfordert ganz besondere Sorgfalt und Vorsicht, und es ist sicherlich zu empfehlen, wenn für solche Kinder die Schulpflicht später beginnt. Auch hier muß dem Urteil des Arztes das Weitere für den Einzelfall überlassen bleiben.

Bei der Befreiung des sechsjährigen Kindes vom Schulbesuch der genannten Verhältnisse wegen muß aber die Gewissheit vorhanden sein, daß die Eltern die gesundheitliche Entwicklung des Kindes zu fördern geneigt und imstande sind. Wo aber Armut und Elend die Kleinen in dumpfe und enge Wohnungen bannt, wo Not und Sorgen zu ungenügender Nahrung und Körperpflege zwingt, wo Unverstand, Lieblosigkeit und Gleichgültigkeit die Gesundheit des Kindes mehr schädigt als fördert, da wird die nach richtigen hygienischen Grundsätzen eingerichtete und geleitete Schule der beste Platz für das betreffende Kind sein, vorausgesetzt, daß die übrigen Schüler durch das kranke Kind nicht belästigt oder gefährdet werden.

Bei der Bestimmung der Schulpflicht ist aber auch noch auf diejenigen Kinder Rücksicht zu nehmen, bei denen ein dauernder oder zeitweiser Ausschluss vom Besuch der Volksschule notwendig ist.

Blinde und Taubstumme müssen in besonderen Anstalten unterrichtet werden. Wo dies für sechsjährige Kinder nicht möglich ist, ist ihnen der Besuch der Volksschule zu gestatten, solange als ein Erfolg vom Unterricht wahrgenommen wird.

Idiotische Kinder sind unbedingt vom Besuch der öffentlichen Volksschule auszuschließen. Sind besondere Schulen für dieselben vorhanden, so kann der Beginn der Schulpflicht auch für sie auf das vollendete 6. Lebensjahr angesetzt werden.

Gelähmte Kinder oder solche, die mit körperlichen Leiden behaftet sind, welche den Schulbesuch unmöglich machen, können vom Schulzwange nicht betroffen werden.

Mit den schweren Formen des Veitstanzes behaftete Kinder sind von dem Besuche öffentlicher Schulen auszuschließen, weil diese Krankheit durch willkürliche oder unwillkürliche Nachahmung der krankhaften Bewegungen seitens der Mitschüler sich leicht verbreiten soll und weil die von diesem Leiden befallenen Kinder störend auf den Unterricht einwirken.

Epileptische Kinder, die nur unter seltenen Anfällen und vielleicht gar nur zur Nachtzeit zu leiden haben, aber von guter geistiger Begabung sind, sollen nicht vom Schulunterricht befreit werden; jedoch muß für sie die Schulpflicht erst in einem reiferen Alter beginnen. Diejenigen mit Epilepsie behafteten Schüler, welche wenig begabt sind und daher dem gewöhnlichen Unterricht nicht folgen können, und solche, bei denen die Anfälle häufig auftreten, sind geschlossenen Anstalten zu überweisen, die bei gleichzeitiger Fürsorge für Schulunterricht und für körperliche Beschäftigung der Zöglinge unter pädagogisch-ärztlicher Leitung stehen.

Alle Kinder mit solchen Krankheiten, die eine Gefahr für die übrigen Schüler in sich schließen (ansteckende Krankheiten u. a.) oder die durch ihr Aussehen oder ihren Geruch die Sinnesorgane der Mitschüler beleidigen (Hautausschläge, Geschwüre, Nasen- und Ohrenflüsse u. s. w.) oder die eine Störung des Unterrichts veranlassen, sind bis zur Hebung des Leidens von der Schule fernzuhalten.

So giebt es eine ganze Reihe von Kindern, auf welche die Bestimmung, daß die Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre beginnen soll, nicht unumschränkte Anwendung finden darf. Die Ausnahmen lassen sich zusammenfassend und in Kürze in folgender Weise charakterisieren:

1. Kinder, welche in ihrer gesamten körperlichen Entwicklung weit hinter den Durchschnittsmassen zurückstehen;

2. Kinder, die mit Tuberkulose oder den schweren Formen von Rhachitis und Scrophulosis behaftet sind oder noch unter deren Folgen zu leiden haben;

3. Kinder solcher Eltern, die mit Lungenschwindsucht oder schweren Formen von Geistes- und Nervenkrankheiten behaftet sind;

4. Kinder, bei denen wegen Gebrechen oder gewissen Krankheiten ein dauernder oder zeitweiser Ausschluss vom Besuch der öffentlichen Schule notwendig ist.

Vom hygienischen Standpunkte aus kann also der Beginn der Schulpflicht mit vollendetem 6. Jahre gutgeheißen werden, vorbehaltlich der Ausnahmen, die im Einzelnen hier angeführt sind.

B. In pädagogischer Beziehung.

Bei seinem Eintritt in die Schule soll das Kind „unterrichtsfähig“ sein, unter welchem Ausdruck im allgemeinen die Fähigkeit des Kindes verstanden wird, dem von der Lehrperson erteilten ersten Unterricht zu folgen und die infolge des Unterrichts und des Schulbetriebes erforderlichen Thätigkeiten auszuführen. Unterrichtsfähig wird demnach das Kind sein, wenn es 1. eine Summe relativ richtiger Vorstellungen und Begriffe besitzt, wenn es 2. in einem gewissen Grade befähigt ist, seine Sprache zum Ausdruck der eigenen Gedanken zu gebrauchen, und wenn 3. die Sinnes- und Bewegungsorgane soweit geübt sind, daß sie die ihnen aufgetragenen Thätigkeiten auszuführen imstande sind.

Daß zum vollen Verständnis eines Naturwesens das Studium seiner Entwicklung von den ersten Anfängen an erforderlich sei, ist ein Grundsatz, der jetzt für alle Naturwissenschaften maßgebend ist. Nicht bloß unvollständig, auch unverständlich bleibt die Naturgeschichte eines Wesens ohne die Kenntnis seiner Uranfänge; denn nur durch die Anschauung dieser einfachen Formen und Verhältnisse lernt man den verwickelten Bau und die mit- und durcheinander wirkenden vielfachen Kräfte verstehen, welche das ausgebildete Wesen zeigt. Wenn nun aber zum Verständnis der Pflanzen, der Tiere u. s. w. die Kenntnis ihrer Entwicklungsgeschichte notwendig und förderlich ist, wievielmehr müßte dann dieselbe zur besseren Einsicht in die ungemein verwickelten geistigen Lebensthätigkeiten des Menschen von Nutzen sein. Würde die allmähliche Entwicklung des seelischen Lebens beobachtet, Knospe für Knospe in ihrer Entfaltung belauscht, und diese Beobachtung bis zum Beginn des Schulunterrichts fortgesetzt, würde festgestellt, welchen Schatz von Vorstellungen und Begriffen das Kind in dem vorschulpflichtigen Alter erworben hat, dann wäre damit die beste, die naturgemäße Grundlage geschaffen, auf welcher der erziehende Unterricht weiterbauen kann. Aber diese die allmähliche Entfaltung des geistigen Lebens berücksichtigenden Beobachtungen sind noch sehr mangelhafte, und auch die Feststellungen, die sich auf den dem Kinde zu Beginn der Schulpflicht eigenen Schatz von Vorstellungen beziehen, können nur als äußerst dürftige bezeichnet werden.

Bisher hat das Studium der psychologischen Werke, die für den Erzieher bestimmt sind, diesen nur in den Stand gesetzt, im allgemeinen angeben zu können, wie der Gedankenkreis, d. h. die Summe der Vorstellungen und Begriffe im Geistesschatze der neu in die Schule eintretenden Kinder beschaffen ist.

Nach unserm bisherigen psychologischen Wissen vermögen wir aber nicht anzugeben, welche einzelnen Vorstellungen und Begriffe jedes Kind als verwertbares Eigentum für den Unterricht besitzt. Dieses Kenntniss kann nur von dem Psychologen gewonnen werden, der das Kind und die Umgebung, und zwar sowohl die örtliche als auch die gesellschaftliche, in der dasselbe aufgewachsen ist, kennt. Nur durch Beachtung dieser Momente ist ein annähernd richtiger Schluss auf den kindlichen Gedankenkreis zu machen gestattet.

Der Vorstellungskreis ist, wie bekannt, bei den verschiedenen Kindern verschieden. Der Grund dieser Tatsache liegt zunächst in der individuellen Verschiedenheit. Kein Kind gleicht völlig einem andern, weder in körperlicher noch in geistiger Beziehung. Durch diese als Individualität bezeichneten besonderen Leibes- oder Geisteseseigentümlichkeiten erfährt der Gedankenkreis eine verschiedene Ausgestaltung. Jedoch verdient dieser Punkt für die Schulthätigkeit nicht solcher Beachtung wie der zweite Faktor, nämlich: die Umgebung, in der das Kind aufwächst. Hierbei kommen zunächst die Örtlichkeit und die Objekte derselben in betracht. Diese beeinflussen die Vorstellungen bezüglich ihrer Art aufs wesentlichste. Das Kind der Großstadt hat am Schluss der ersten 6 Lebensjahre einen Schatz anderer Vorstellungen als das Kind vom Dorfe. Das Gebirge stattet seine Bewohner mit andern Vorstellungen aus als die See. — Auch die Beschaffenheit der Vorstellungen ist je nach der Örtlichkeit verschieden. Die Stadt mit ihren mannigfaltigen, wechselnden Eindrücken macht das Kind zwar mit vielen Gegenständen bekannt, aber infolge des raschen Wechsels der Eindrücke vermag die Aufmerksamkeit nicht längere Zeit bei dem Einzelnen zu verweilen; die Vorstellungen werden nur sehr mangelhafte, unvollkommen ausgebildete sein. Das Dorfkind, in dessen Sinneskreis die Erscheinungen der Außenwelt nicht einem so häufigen Wechsel unterworfen sind, tritt zwar mit wenigeren, dafür aber meistens vollkommeneren Vorstellungen in die Schule. — Einen bedeutenden Einfluss auf die Ausbildung der Verschiedenheit im Gedankenkreise hat auch die gesellschaftliche Umgebung des Kindes, die soziale Stellung der Eltern. Das Kind des Kaufmanns hat eine Menge anderer Vorstellungen als das des Handwerkers oder des Arbeiters, das Kind gebildeter und gesitteter Eltern andere als das des Ungebildeten und des Verbrechers.

Sehen wir nun von den durch die Individualität und die gesellschaftlichen Verhältnisse hervorgerufenen Verschiedenheiten ab, so werden sich doch bei der Untersuchung des Gedankenkreises von Kindern eines Ortes oder einer Gegend gewisse konstante Erscheinungen zeigen. Eine Menge von Vorstellungen ist bei fast allen Kindern vorhanden, eine Anzahl anderer fehlt bei fast allen. Diese konstanten Erscheinungen für jeden Ort, bzw. für jedes Gebiet, in dem die Lebensverhält-

nisse gleich sind, zu ermitteln, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Pädagogik. Die bei allen Kindern vorkommenden Vorstellungen bilden dann die naturgemäße Grundlage für die Anfänge des Schulunterrichts. Wo dem Kinde aber die notwendigsten, bei dem Schulunterricht vorauszusetzenden Vorstellungen fehlen, da wird die Schule gezwungen, entweder bloß mit Worten zu operieren, oder die lebensvolle Natur durch die tote Abbildung zu ersetzen, oder endlich zur Naturanschauung zurückzukehren. Nur mit der letzteren Möglichkeit ist bei einem bildenden Unterrichte zu rechnen; denn nur solche Begriffe, die sich aus der Naturanschauung entwickeln und auf eine reiche Erfahrung sich gründen, sind der Bildung dienstbar.

Untersuchungen über den Vorstellungsschatz der in die Schule eintretenden Kleinen haben ergeben, daß die Naturanschauungen, namentlich der Stadtkinder, sehr viel zu wünschen übrig ließen. So hatte z. B. in Plauen i. V. noch nicht einmal der vierte Teil der Kinder die Sonne untergehen sehen, nur die Hälfte war an einem Teiche gewesen und hatte einen Berg bestiegen u. s. w. Von Schuldirektor Dr. Hartmann zu Annaberg i. Erzgeb. sind 1312 Kinder bei ihrer Aufnahme in die Schule in dieser Hinsicht untersucht worden. Die Gegenstände, auf welche sich die Fragen richteten, waren Naturobjekte und Ereignisse, Plätze, Straßen und Gebäude der Stadt, Gegenstände in der Umgebung, Verhältnisse des Menschenlebens u. s. w. Einige Untersuchungsergebnisse mögen hier mitgeteilt werden. Objekt: Im Freien laufender Hase. Brauchbare Vorstellungen davon hatten 207 Kinder. — Eichhorn auf dem Baume: 168 Kinder. — Weidende Schafherde: 433 K. — Star vor dem Kasten: 153 K. — Schwimmende Gans: 522 K. — Henne mit ihren Küchlein: 373 K. — Rufen des Kuckucks: 157 K. — Gesang der Lerche im Freien: 159 K. — Im Freien hüpfender Frosch: 314 K. — Im Flusse schwimmender Fisch: 263 K. — Bienenstand: 121 K. — Schmetterling auf der Blume: 649 K. — Im Freien kriechende Schnecke: 411 K. — Ablesen der Zeit von der Uhr: 45 K. — Wochentage: 146 K. — Jahreszeiten: 101 K. — Thal: 110 K. — Fluß: 307 K. — Brücke: 540 K. — Wassermühle: 303 K. — Wiese: 468 K. — Dorf: 333 K. u. s. w.

Die Bedeutung der Vorstellungen für den Unterricht wird jedem klar, der sich ihren Nutzen für die wahre Bildung vergegenwärtigt. Wo die Vorstellungen im Unterrichte fehlen, da herrscht der Verbalismus an stelle der auf Anschauung basierten wahren Bildung.

Wir sind aber nicht in der Lage, für einen größeren Landesteil angeben zu können, welche Vorstellungen das Kind haben muß, um unterrichtsfähig zu sein. Wir vermöchten dies aber für den einzelnen Ort und für einen kleineren Be-

zirk, wenn hier Ermittlungen über den Schatz der konstanten Vorstellungen vorhanden wären. Leider sind diesbezügliche Untersuchungen nur in verschwindend kleiner Zahl vorhanden.

Soviel aber haben die wenigen Ermittlungen ergeben, soviel aber lehrt auch die Erfahrung jedes Pädagogen, daß das Kind äußerst arm an brauchbaren Vorstellungen, an Naturanschauungen ist, wenn es zur Schule kommt. Nun giebt es zwei Möglichkeiten, die hieraus sich ergebenden Übelstände zu beseitigen: Entweder beginnt die Schulpflicht erst in einem späteren Alter, in dem das Kind schon einen größeren Schatz von richtigen Vorstellungen sich erworben hat, oder aber der erste Schulunterricht muß nach dem Grundsatz umgestaltet werden: Fort mit dem leeren Wortwissen aus der Schule, dagegen größere Berücksichtigung der Naturanschauung! Da aber auch mit dem Beginn der Schulpflicht in einem späteren Alter nicht die Sicherheit gegeben wird, daß das Kind nun entsprechend reicher an Vorstellungen ist, so bleibt allein die letztere Möglichkeit als die den Zwecken des Schulunterrichts am besten dienende übrig. Zielt der erste Unterricht darauf ab, dem Kinde erst einen Schatz brauchbarer, auf Naturanschauung gegründeter Vorstellungen, wie sie für den späteren Erwerb wahrer Bildung notwendig sind, zu übermitteln, so ist es gleich, mit welchen richtigen Vorstellungen das Kind zur Schule kommt. Dann sind wir aber in dieser Beziehung auch nicht in der Lage, Bedenken gegen das vollendete 6. Lebensjahr als Beginn der Schulpflicht zu erheben. Für den jetzt üblichen ersten Unterricht ist das Kind in diesem Alter noch zu arm an Vorstellungen. Aber auch das vollendete 7. Lebensjahr erfüllt keineswegs die Vorbedingung, die für einen wahrhaft bildenden Unterricht notwendig ist. Betrachten wir also die Summe der brauchbaren Vorstellungen des 6- und 7-jährigen Kindes, so läßt sich in dieser Beziehung keine Entscheidung treffen, ob das vollendete 6. oder 7. Lebensjahr das richtige Alter für den Beginn der Schulpflicht ist.

In pädagogischer Beziehung forderten wir ferner, daß das Kind beim Beginn des Schulbesuches in einem gewissen Grade die Fähigkeit besitze, seine Sprache zum Ausdruck der eigenen Gedanken zu gebrauchen. In seinem zur Schule mitzubringenden Sprachschätze müssen mithin die Bezeichnungen für die bekanntesten, in seinem Sinneskreise liegenden Gegenstände, Eigenschaften und Thätigkeiten vorhanden sein. Aber neben den gebräuchlichsten Begriffswörtern ist auch die Kenntnis und Anwendung der notwendigsten Formwörter erforderlich. Dieser Forderung wird in den meisten Fällen genügt werden. Die Sprachkraft entwickelt sich in den ersten Lebensjahren so schnell, daß die meisten Kinder schon im vierten Lebensjahre befähigt sind, ein Urteil zu bilden und in einem vollständigen Satze auszudrücken. Ist das Kind aus einer Familie,

die seinen Geist einigermaßen angeregt und beschäftigt hat, so wird es bei Beginn des Schulunterrichts wohl befähigt sein, seine Urtheile aus seinem Sprachschatze heraus in Worte zu kleiden. Häufig aber wird es seine Antworten und seine Wünsche nur in dem in seiner Heimat gebräuchlichen Dialekte ausdrücken können; aber auch damit muß sich der Erzieher genügen lassen. Direktor Dr. Hartmann in Annaberg i. Erzgeb. prüfte die Sprachfähigkeit der neu in die Schule aufgenommenen Kleinen, indem er von ihnen das lautrichtige Nachsprechen vorgespochener Worte forderte. Mit nur wenigen Ausnahmen vermochten alle Kinder diese Forderung in genügender Weise zu erfüllen.

Die Schule fordert also in sprachlicher Beziehung von dem sechsjährigen Kinde, daß es die allgemein gebrauchten Begriffs- und Formwörter kennt und anzuwenden weiß, daß es einfache Urtheile bilden und in Worte einkleiden kann, daß es die leicht verständliche Rede eines Erwachsenen aufzufassen vermag und daß es vorgespochene Worte und kleine Sätze lautrichtig nachsprechen kann. Diese Fähigkeit besitzt das sechsjährige Kind in den meisten Fällen. Wo sie noch nicht vorhanden ist, liegt die Schuld wohl einzig und allein an den Eltern, die sich nicht genötigt gefühlt haben, sich mit ihrem Kinde in sprachlicher Beziehung zu beschäftigen. Unter solchen Umständen wäre es völlig zwecklos, das Kind noch bis zu einem späteren Alter vom Schulbesuch fernzuhalten.

Aus pädagogischen Gründen forderten wir zuletzt, daß zu Beginn der Schulpflicht die Sinnes- und Bewegungsorgane des Kindes soweit geübt sind, daß sie die ihnen vom Willen aufgetragenen Thätigkeiten auszuführen imstande sind.

Das Gehör liefert mit fortschreitendem Alter immer deutlichere Eindrücke. Das Kind kennt Menschen und Tiere an ihrer Stimme. Es vermag die feineren Unterschiede in der Tonhöhe und Tonstärke aufzufassen, hat Wohlgefallen an der Musik, wie am Rhythmischen (Reime) überhaupt.

Das Auge beobachtet schärfer, genauer und umfassender. Der Blick wird durchgeistigt, das Auge seelenvoll. Es merkt die Unterschiede der Farben, kennt auch die wichtigsten und hat Wohlgefallen an ihnen. (Bilder.) Die wichtigen Vorstellungen vom Raum und von den Entfernungen sind meistens ausreichend ausgebildet, so daß das Auge beim Lesen und Schreiben bald die Formen zu unterscheiden und in der richtigen GröÙe abzumessen versteht.

Die Bewegungsorgane sind durch wiederholte Bethätigung ausreichend geübt, daß sie zu Beginn des Schulunterrichts wohl imstande sind, die ihnen in der Schule zugemuteten Thätigkeiten in zweckentsprechender Weise auszuführen. Zwar sind die kleinen Hände noch recht ungeschickt, wenn es gilt, die ersten Buchstaben-

formen nachzuzeichnen; denn Schieferstift und Federhalter sind für die zarten Fingerchen ungewohnte Gegenstände, zumal wenn solche kleinen Formen, wie es die Buchstaben sind, in größter Genauigkeit ausgeführt werden sollen. Doch Belehrung und Übung und vor allen Dingen eine Lehrer-Geduld werden auch hier zum erstrebten Ziele führen. Vom Hause darf man nicht erwarten, daß es dem Schulunterrichte speziell dienende Vorübungen mit dem Kinde vornimmt. Diese Pflicht liegt einzig und allein der Schule ob. — Das 6. und 7. Lebensjahr zeigen somit in bezug auf die von der Schule geforderte Ausbildung der Sinnes- und Bewegungsorgane wenig Unterschied, und es ist daher in dieser Hinsicht kein Grund vorhanden, eins dieser Jahre als das beste für den Beginn der Schulpflicht festzusetzen.

Das Kind ist also mit vollendetem 6. Lebensjahre ausreichend unterrichtsfähig, um dem methodisch richtigen ersten Schulunterricht mit Nutzen folgen zu können.

Aus der Thatsache, daß das Kind mit diesem Alter unterrichtsfähig ist, folgt aber die Notwendigkeit, daß ihm zu dieser Zeit auch die erforderliche geistige Nahrung dargeboten werde; denn es sind allgemein anerkannte Wahrheiten, daß jede Kraft, die nicht geübt wird, verkümmert, und daß jede Kraft nur durch Übung wächst. Läßt man aber dies Alter, in dem die Lernfähigkeit schon vorhanden ist, unbenützt vorübergehen, so schadet man naturgemäß der allgemeinen Bildung, und zwar einesteils nach der formalen Seite hin, weil die geistigen Kräfte nicht die zu ihrem Wachsen erforderliche Nahrung bzw. Übung erhalten, anderenteils auch in materialer Hinsicht, indem das erreichbare Wissen und Können nicht des Kindes Eigentum wird. — So legt der Standpunkt der geistigen Entwicklung unserer sechsjährigen Kinder uns sogar die Pflicht auf, in diesem Alter den Schulunterricht beginnen zu lassen.

Einige andere pädagogische Gründe, die aber von geringerer Bedeutung für die Beurteilung des richtigen Alters der Schulpflicht sind, mögen hier der Vollständigkeit halber angeführt werden.

Seitens der Lehrer werden gegen einen zu frühen Schulunterricht Bedenken erhoben, indem sie behaupten, daß der reguläre Unterricht mit vollendetem 6. Lebensjahre die Nerven überreize und den Geist der Kinder abstumpfe, und daß, wenn man ein Kind später in die Schule schicke, es nachher um so leichter lerne, ein früher Schulunterricht mithin die Entwicklung des Geistes beeinträchtige. Zum Beweise für diese Meinung wurde bei Gelegenheit der Verhandlungen im Preussischen Landtage (20. Februar 1889) über den Beginn der Schulpflicht folgender Fall mitgeteilt: Ein Unterstaats-

sekretär, der ein Kind zwischen dem 4. und 5. Lebensjahre zu lernen anfangen liefs, und, durch die schlimmen Folgen abgeschreckt, das andere erst zwischen dem 7. und 8. Jahre, konstatierte einen so bedeutenden Unterschied in der Lernfähigkeit, dafs das zweite Kind in 6 Wochen das lernte, was das erste in drei Jahren nicht lernen konnte. Auch das Beispiel von den Wunderkindern, die in den ersten Jahren so unendlich viel leisten und nachher so sehr zurückgehen, soll als Beweis für jene Ansicht gelten.

Betrachten wir die angeführten Beispiele und Gründe genauer! Die Wunderkinder, die, soweit die Unterrichtsgegenstände der Schule in betracht kommen, wohl nur auf dem Gebiete des Rechnens eine aufsergewöhnliche Fertigkeit zeigen, haben diese Fähigkeit nicht durch einen bildenden Unterricht, sondern durch Dressur erlangt. Das Können ist nur ein rein mechanisches. Dafs hierbei der Geist abgestumpft wird, ist ebenso klar, als dafs bei den Schaustellungen solcher Kleinen das Nervensystem überreizt wird. Die Entwicklung der Wunderkinder kann also für unsere Frage gar nichts beweisen.

Was den Fall mit den Kindern des Unterstaatssekretärs anbetrifft, so widerspricht es völlig den Gesetzen der kindlichen Entwicklung, den regulären Schulunterricht schon mit dem vollendeten 4. Lebensjahre beginnen zu lassen. Es ist mehr als wahrscheinlich, dafs der ordnungsmässige Unterricht und damit die stetige, anstrengende Arbeit des Geistes in dem Alter, wo das kindliche Gehirn noch in lebhaftem Wachstum begriffen ist, eher schadet als nützt. Dafs daher ein Unterricht bei Vier- und Fünfjährigen nicht die Erfolge haben kann, wie sie bei einem gleichbefähigten Kinde von 7 und 8 Jahren erzielt werden, wird jedem Gebildeten klar sein. Der bedeutende Unterschied in der Lernfähigkeit bei den beiden erwähnten Kindern mag für diesen einzelnen Fall zutreffen; aber allgemeine Geltung wird er nicht beanspruchen dürfen. Jeder Pädagoge wird bestätigen können, dafs ein noch so gut beanlagtes Kind bei gleichem Unterrichte niemals in 6 Wochen das lernen kann, was ein auch nur recht schwach begabtes Kind in drei Jahren gelernt hat; denn das letztere hat in dieser Zeit wenigstens das Pensum des ersten Schuljahres bewältigt, und dies vermag kein Kind ohne Überanstrengung in 6 Wochen zu erreichen. Dies aufsergewöhnliche Beispiel kann also für uns keine Beweiskraft haben. Ja, wir könnten auch — und zwar nicht wenige — Beispiele mitteilen, wo bedeutende Persönlichkeiten der Litteratur, der Wissenschaften u. s. w. in frühem Alter Unterricht empfangen und doch ihren Lerntrieb bewahrt haben.

Die Ansicht, dafs ein Kind um so leichter lernt, je später es zur Schule kommt, wird wohl allgemein geteilt. Es ist dies nicht zu verwundern, da doch die Summe der brauchbaren Vorstellungen und Begriffe mit dem Alter sich vermehrt, die Fertigkeit im Gebrauch der Sprache sich vergrößert u. s. w.

Jene Ansicht hat aber nur Geltung bei der bisher gebräuchlichen Art des ersten Unterrichts. Würde aber, wie unten weiter ausgeführt werden wird, der erste Schulunterricht mehr den Gedankenkreis der neu eintretenden Kleinen berücksichtigen, ihn durch die zum Verständnis des Unterrichts erforderlichen Vorstellungen ergänzen, durch einen auf die Naturanschauung gegründeten Sach- und Sprachunterricht in naturgemäßer Weise die Sprache des Kindes bilden, so wäre es gleich, ob das Kind mit Vollendung des 6. Lebensjahres oder etwa ein Jahr später zur Schule kommt.

Nicht einverstanden können wir uns aber mit der Meinung erklären, daß der Schulunterricht mit vollendetem 6. Lebensjahre den Geist des Kindes abstumpfe. Wäre es wahr, so würde es vor allem auf die jetzt lebende Generation zutreffen, von der wohl der größte Teil in diesem Alter zur Schule gekommen ist. Gegenwärtig zwingt leider das für das erste Schuljahr bestimmte, überaus große Pensum den Lehrer zu einem raschen Vorwärtsgen, viel zu schnell, als daß es sich jemals mit den Forderungen der Pädagogik vereinbaren ließe. Außer dem zu schnellen Fortschreiten, das zu einer gründlichen Klarlegung des Lehrstoffes häufig nicht die Zeit läßt, sind es namentlich die vielfach gleichmäßigen Übungen im Lesen, Rechnen und Schreiben, durch welche das Kind gelangweilt und sein Geist abgestumpft werden kann. Traurig wäre es aber mit der methodischen Gewandtheit der Lehrer bestellt, wenn sie trotz alledem den Unterricht nicht so zu gestalten wüßten, daß das Interesse der Kinder an demselben geweckt würde und der kindliche Geist lebendig bliebe. Würde das Pensum der ersten Schulzeit beschränkt, bezw. nach den Grundsätzen eines erziehenden Unterrichts umgestaltet, würde der Lehrer-Persönlichkeit mehr Raum zur Entfaltung gelassen, so, glaube ich, würde aus Lehrerkreisen nie die Klage erhoben werden, daß der Schulunterricht mit Anfang des 7. Lebensjahres den Geist abstumpfe. Geschähe es doch, so würde dieser Vorwurf nur auf seinen Urheber zurückfallen und dessen methodisches Geschick als ungeeignet für den Unterricht der Kleinen hinstellen. Ein pädagogisch richtiger Schulunterricht mit vollendetem 6. Lebensjahre kann niemals die Nerven überreizen und den kindlichen Geist abstumpfen.

Ein weiteres Bedenken gegen den Beginn der Schulpflicht mit Ablauf des 6. Lebensjahres wird in der schwierigen Arbeit der Lehrer an einzelnen Schulkategorien gefunden. „In der einklassigen Dorfschule muß der Lehrer sechsjährige Kinder, welche noch nicht einmal gelernt haben, ihre Augen auf die nächsten Gegenstände zu richten, beschäftigen und zur geistigen Arbeit anregen, zusammen mit 13-jährigen Kindern, welche ins Leben treten sollen. Will man dem Lehrer diese hohe und schwere Arbeit nicht erleichtern, so muß man sich im Interesse der Kinder verstehen, wenigstens weitere Ausnahmen von der in der Praxis geltenden Bestimmung zu machen.“ — Jeder, der die Arbeit in

einklassigen Schulen kennt, wird der Ansicht zustimmen, daß ihre Lehrer unter allen wohl die schwerste Arbeit haben. Die Zurückstellung der Sechsjährigen vom Schulbesuch auf ein Jahr würde zwar die Zahl der Schüler und damit auch die Arbeit des Lehrers etwas vermindern; doch bei dem späteren Eintritt der nun zwar siebenjährigen, aber in geistiger Beziehung kaum etwas mehr entwickelten Kinder steht der Lehrer vor derselben Aufgabe. Die Arbeit, die er dann mit diesen Schülern hat, ist dieselbe, als wenn die Kinder im Alter von 6 Jahren zur Schule gekommen wären. Während des einen Jahres, in dem die Sechsjährigen schon Unterricht empfangen haben, sind diese in ihrer geistigen Entwicklung schon so bedeutend gefördert worden, daß trotz des gleichen Alters mit den aufgenommenen siebenjährigen Kindern der Unterschied in der geistigen Entwicklung ein sehr beträchtlicher ist. — Die Rücksicht auf die schwere Arbeit des Lehrers an einzelnen Schulkategorien kann also nicht entscheidend sein, die Schulpflicht mit einem späteren Alter beginnen zu lassen.

In pädagogischer Beziehung können also keine wichtigen Bedenken gegen den Beginn der Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre erhoben werden. Der Standpunkt der geistigen Entwicklung des sechsjährigen Kindes legt uns sogar die Pflicht auf, in diesem Alter den Schulunterricht beginnen zu lassen.

Die Bedenken der Pädagogen gegen den Anfang der Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre sind in den vorstehenden Darlegungen schon berücksichtigt worden und können wir daher von der Anführung im einzelnen absehen. Fast alle pädagogischen Bedenken lassen sich auf eine einzige Ursache zurückführen. Wenn nämlich von einzelnen Lehrern der dringende Wunsch ausgesprochen wird, die Kinder erst in einem späteren Alter zu bekommen, so ist dies nur zu erklärlich. Bei der Überbürdung mit Stoff, die sich auch in der Volksschule geltend macht, namentlich aber bei dem Charakter, den gegenwärtig der erste Schulunterricht hat, muß jeder Lehrer, will er nur annähernd das Ziel erreichen, das Hauptgewicht auf den Unterricht legen. Natürlich ist da ein gut entwickeltes Kind aus gebildeter Familie, welches schon einen gewissen Grad geistiger Bildung mit zur Schule bringt, im häuslichen Leben und im häuslichen Fleiße beaufsichtigt wird, bei seinen Arbeiten allseitige Förderung findet, dem Lehrer angenehmer und für den Unterricht, namentlich für den der ersten Schulzeit geeigneter, als ein Kind aus armer Familie, dem keine geistige Anregung seitens der Eltern geworden ist, das bei dem häuslichen Fleiße nur sich selbst überlassen ist, bei seinen häuslichen Arbeiten nicht nur keine Förderung, sondern häufig Hinderung — unabsichtliche und absichtliche — erfährt. Würde aber der Lehrstoff beschränkt, so daß der Lehrer die ganze

Arbeit in der Schule allein leisten könnte und nicht auf die Hilfe des Hauses angewiesen wäre, würde vor allen Dingen auch das Pensum für das erste Schuljahr herabgesetzt und der erste Schulunterricht den Forderungen der Pädagogik entsprechend umgestaltet, so wäre der Lehrer in der glücklichen Lage, nicht mehr seine Arbeit hauptsächlich der Bewältigung des Lehrstoffes zuzuwenden, sondern sich auch dem ebenso wichtigen Werke der Erziehung der Schuljugend in gleicher Weise zu widmen. Es würde dann seitens der Lehrerschaft wohl kaum der Wunsch ausgesprochen werden, die Schulpflicht erst in einem späteren Alter eintreten zu lassen.

Die Urteile der Pädagogen über den Beginn der Schulpflicht lauten verschieden. Da sie nur Bekanntes enthalten, sehen wir von ihrer Mitteilung ab.

Wenn aus pädagogischen Gründen die Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre für die Allgemeinheit gutgeheißen werden kann, so vermögen wir dies aber nicht gegenüber den Kindern, die irgend welche Mängel der geistigen Entwicklung aufweisen. Für solche Kinder muß das allgemein giltige Gesetz *Ausnahmen* zulassen. Aber es ist schwer, hier die Ausnahmen scharf zu charakterisieren; denn überall hat man sich bisher mit dem allgemein gehaltenen Grunde begnügt, daß Kinder, „die nach ihrer geistigen Entwicklung nicht für den Schulunterricht reif sind,“ noch einige Zeit vom Schulbesuch befreit bleiben müssen.

Wann sind nun die Kinder in geistiger Beziehung nicht reif für den Schulunterricht?

1. Wenn der Schatz ihrer brauchbaren Vorstellungen und Begriffe weit hinter dem Durchschnittsverhältnis zurückbleibt, wenn sich wesentliche Lücken in der Reihe der sogenannten „konstanten Vorstellungen“ zeigen. Die Kinder, auf welche diese Charakteristik zutrifft, werden in der Schule häufig als „schwachbeanlagte,“ „wenig befähigte“ erscheinen. Ihnen fehlen die notwendigsten Vorstellungen, die der erste Unterricht als naturgemäße Grundlage voraussetzen muß. Infolgedessen bleibt ihnen vieles von dem Gelehrten unverständlich, wodurch wiederum das Interesse am Unterricht getötet wird. Das Kind fühlt immer weniger Trieb in sich, dem Unterrichte zu folgen, es „paßt nicht auf“; seine Leistungen sind nur äußerst dürftige. Wir haben dann das in der Schule als „faul“ oder als „schwachbeanlagt“ bezeichnete Kind.

Bei den Kindern, die bezüglich ihres Vorstellungsschatzes weit hinter dem Durchschnittsverhältnis zurückbleiben, liegt die Ursache dieses Umstandes teils in körperlichen Fehlern, teils in langwierigen Krankheiten, teils in einer zu geringen Anregung und Beschäftigung des kindlichen Geistes seitens der dazu Verpflichteten. — Haben

körperliche Fehler (Mängel des Gehörs, des Gesichtes etc.) den Erwerb einer ausreichenden Menge von Vorstellungen gehemmt, so wird die zeitweilige Befreiung des betreffenden Kindes vom Besuch der öffentlichen Volksschule schon aus hygienischen Rücksichten erforderlich geworden sein. Wäre es nicht geschehen, z. B. bei geringen Fehlern oder bei Leiden, welche den körperlichen Zustand nur wenig oder garnicht ungünstig beeinflusst haben, so müßte ein solches Kind aus pädagogischen Gründen auf einige Zeit vom Schulbesuch befreit werden. — Ist der Mangel an Vorstellungen durch langwierige Krankheiten verursacht, so wird, um neben der geistigen Entwicklung auch die körperliche zu fördern, das zweckmäßigste Mittel das sein, die Kinder noch auf $\frac{1}{2}$ bis 1 Jahr dem elterlichen Hause allein zu überlassen. Sind die Eltern ihrer Pflicht den Kindern gegenüber eingedenk, so ist hier nicht nur die beste Möglichkeit, sondern in den meisten Fällen auch die Gewißheit vorhanden, daß der Defekt in der geistigen und körperlichen Entwicklung durch vernünftige liebevolle Maßnahmen ausgeglichen werden wird. — Bedauernswerte Geschöpfe sind aber diejenigen, die in ihrer geistigen Entwicklung deshalb zurückgeblieben sind, weil die Eltern sich nicht verpflichtet gefühlt haben, den so lebhaften und lernbegierigen kindlichen Geist zu beschäftigen. Da die geistigen Kräfte keine Gelegenheit zur Bethätigung gefunden haben, so verkümmern sie allmählich; das Kind wird völlig teilnahmslos den Reizen der Außenwelt gegenüber. Solche Kinder noch auf längere Zeit dem Elternhause allein zu überlassen, wäre eine Sünde gegen die Menschenwürde. Der beste Platz für diese Wesen, deren Erzeuger — den Ehrennamen „Eltern“ verdienen sie nicht — es als ihre einzige Aufgabe ansehen, für des Leibes Nahrung zu sorgen, ist die Schule oder eine ähnliche Einrichtung. Für tausende solcher Kinder ist es eine wahre Wohlthat, wenn sie aus der Leib und Geist verkümmernenden Atmosphäre des Elternhauses einige Stunden in helle freundliche Räume gebracht werden, wo sie geistig angeregt, mit Liebe behandelt und nicht als eine überflüssige Last behandelt werden. Wie manche gute Frucht ist aus dieser Arbeit der Schule hervorgegangen, emporgewachsen auf einem Boden, der der wahren Menschenwürde wieder zurückgegeben wurde.

2. Ein Kind ist in geistiger Beziehung nicht reif für den Unterricht, wenn es die Fähigkeit, seine Sprache zum Ausdruck der eigenen Gedanken zu gebrauchen, nur in wenig genügendem Grade besitzt. Unsere Anforderungen an die sprachliche Bildung des Kindes bei der Aufnahme in die Schule haben wir auf ein sehr bescheidenes Maß gestellt. Wo dies nun noch nicht erfüllt ist, haben wir die Ursachen theils in einem Mangel richtiger Vorstellungen und Begriffe, theils in Krankheiten der Sprachorgane zu suchen. — Begriff und Wort gehören zusammen wie der Körper und sein

Kleid. Wo Vorstellungen und Begriffe sind, da sind auch ihre sprachlichen Bezeichnungen vorhanden. Je vorgeschrittener die geistige Entwicklung eines Kindes ist, desto reicher ist auch sein Sprachschatz. Ein Kind mit mangelhaftem Geisteszinhalt dagegen wird auch nur in unvollkommener Weise die Sprache gebrauchen können. Wer deshalb dem Geiste erst Inhalt, Gedanken giebt, der bildet auch des Kindes Sprache. Wie in diesem Falle, wo die mangelhafte Sprachfähigkeit eines Kindes seine Ursache in der Armut des Vorstellungsschatzes hat, die Urtheile über den Beginn der Schulpflicht zu gestalten sind, ist aus den Darlegungen des Vorangehenden zu ersehen. — Sind aber Krankheiten der Sprachorgane die Ursache der mangelhaften Sprachfähigkeit, so werden auch die Bestimmungen über den Anfang der Schulpflicht verschieden sein müssen. Kinder, die an einem Sprachgebrechen leiden, durch welches der Unterricht gestört wird, bleiben am besten gänzlich aus der Schule fort, bis ihr Leiden gebessert ist. Dies trifft namentlich für schwerstotternde Individuen zu. Kinder mit leichten Sprachfehlern, namentlich zeitweise stotternde und stammelnde, sind vom Schulbesuch nicht auszuschließen. Ist das Sprachleiden ein solches, das baldige Heilung erwarten läßt, und werden seitens der Eltern die erforderlichen Maßnahmen gethan, so kann das Kind auf entsprechende Zeit vom Schulbesuch befreit werden. Geschieht aber von den Eltern nichts zur Beseitigung des Leidens, so tritt die Schulpflicht nach den Bestimmungen für die Allgemeinheit ein, und der Schule liegt es dann ob, zu Anfang oder während der Schulzeit für die Heilung der Sprachfehler zu sorgen.

3. Ein Kind ist in geistiger Beziehung für den Schulunterricht nicht reif, wenn die wichtigsten Sinnes- und Bewegungsorgane nicht soweit geübt sind, daß sie die ihnen vom Willen aufgetragenen Thätigkeiten ausführen können. In dieser Hinsicht werden seitens der Schule wohl die wenigsten Ausnahmen gemacht werden müssen, weil die Anforderungen an die Sinne und an die Bewegungsorgane so einfache sind, daß sie jedes normal entwickelte Kind wohl auszuführen befähigt ist. Die Ausnahmen sind so deutlich erkennbar, daß eine Charakteristik derselben überflüssig erscheint; anderenfalls gewähren die in hygienischer Beziehung angeführten Gründe und Ausnahmen ausreichendes Material zur Beurteilung des einzelnen Falles.

Die Betrachtung des Anfanges der Schulpflicht vom pädagogischen Standpunkte aus hat uns also zu folgendem Ergebnis geführt:

In pädagogischer Beziehung sind keine wichtigen Bedenken gegen den Beginn der Schulpflicht mit Vollendung des 6. Lebensjahres zu erheben, vorbehaltlich der Ausnahmen, die im Einzelnen ausgeführt

sind. Der Standpunkt der geistigen Entwicklung des sechsjährigen Kindes legt uns sogar die Pflicht auf, in diesem Alter den Schulunterricht beginnen zu lassen.

Litt. 27, 28, 29, 30, 31, 32.

C. In volkswirtschaftlicher Beziehung.

Für die Festsetzung des Beginnes der Schulpflicht kommen aufer den hygienischen und pädagogischen Gründen auch volkswirtschaftliche Rücksichten in betracht. Während jene hauptsächlich auf die Kinder bezugnehmen, werden durch diese wesentlich die sozialen Verhältnisse der Eltern in betracht gezogen.

Die Volkswirtschaft verlangt bei der Festsetzung der Schulpflicht eine besondere Rücksichtnahme auf lokale Verhältnisse, auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden und auf die soziale Stellung der Eltern.

Für einen regelmässigen Schulbesuch ist eine der wesentlichsten Bedingungen die, daß der Weg bis zur Schule nicht ein zu weiter ist. Man hat sich allgemein dahin geeinigt, daß die Kinder auf dem platten Lande nicht weiter als 4 km, im Gebirge höchstens 2 km zur Schule zu gehen haben. Ist diese Entfernung schon das Maximum für grössere Schüler, so muß sie als unbedingt zu groß für sechsjährige Kinder angesehen werden. Für diese kann das Maximum nur auf 3 bzw. 1½ km festgesetzt werden. Ist die Schule 3 km vom Wohnorte entfernt, so hat ein sechsjähriges Kind immerhin eine Stunde zu laufen. Wenn man bedenkt, daß dieser Weg täglich zweimal von häufig mangelhaft bekleideten Kindern und zu jeder Jahreszeit zurückgelegt werden muß, so ist es sicher das höchste Maß der Anstrengungen, das man den Sechsjährigen zumuten kann. Wer aber nicht dieser Meinung ist, den werden die mit einem so weiten Schulwege verbundenen Übelstände hoffentlich auch zu unserer Ansicht bekehren. Beginnt der Schulunterricht des Morgens um 8 Uhr, so muß das Kind schon um 7 Uhr von zu Hause fortgehen, also bald nach 6 Uhr aufstehen. Daß dies für sechsjährige Kinder besonders im Winter viel zu früh ist, wird allen Eltern ohne weiteres klar sein. Würde der Schulanfang am Morgen aber auf eine spätere Stunde verlegt, so würde der Unterricht auch dementsprechend später beendet werden. Die Kinder, die vielleicht um 1 Uhr die Schule verlassen, kommen erst um 2 Uhr nach Hause, können somit an der gemeinschaftlichen Mittagsmahlzeit nicht teilnehmen, sondern müssen sich regelmässig mit einem

warmgestellten Essen begnügen. — Wir müssen daher auf unserer Forderung bestehen bleiben, daß ein Schulweg von 3 km auf dem platten Lande, von $1\frac{1}{2}$ km im Gebirge, die größte Entfernung ist, die man einem sechsjährigen Kinde zumuten kann. In den Städten und in dicht bevölkerten Landesteilen können die Schulhäuser so angeordnet werden, daß dieser Forderung genügt wird. Ungünstiger dagegen liegen die Verhältnisse in den spärlich bevölkerten Gegenden Ost- und Westpreussens, Posen und Westfalens. Hier wird oft die Notwendigkeit eintreten, daß die Kinder weitere Wege zum Besuch einer Schule zurückzulegen haben. Sechsjährige Kinder müssen dann aber hiervon ausgenommen werden. Der Beginn der Schulpflicht ist unter solchen Verhältnissen auf das vollendete 7. Lebensjahr, bei zu weiten Schulwegen wohl noch auf ein späteres Alter festzusetzen.

Sieht man von den übergroßen Entfernungen ab, so hat ein Schulweg von angemessener Ausdehnung aber auch seine großen Vorteile für die Gesundheit der Schulkinder. Sanitätsrat Dr. Graf in Elberfeld äußert sich in dieser Hinsicht: „Nach meiner Erfahrung kann ich, während die Pädagogen behaupten, die Kinder sähen nach dem ersten Schuljahre schlecht aus, (Diese Ansicht wird weniger von Lehrern, als von Ärzten und Eltern geäußert. D. Verf.) das Gegenteil aussprechen, namentlich wenn die Schule nicht zu nahe bei der Wohnung liegt. Sie sind dann nach dem ersten Jahre kräftiger und widerstandsfähiger geworden. Wenn eine Schädigung der Gesundheit eintritt, so sind andere Ursachen daran schuld, wie Überbürdung seitens einzelner Lehrer, schlechte Schulräume u. s. w. In manchen Fällen mag allerdings das 6. Lebensjahr zu früh sein. Ich gebe auch zu, daß besonders in den östlichen Provinzen infolge der zu großen Entfernungen Gesundheitsschädigungen der Kinder vorkommen können, und daß für schwächliche Kinder große Vorsicht geboten ist.“ Dieser Ansicht schließen wir uns ohne jede Einschränkung an. — In Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse kann also der Beginn der Schulpflicht auf das vollendete 6. Lebensjahr festgesetzt werden, wenn der Schulweg auf dem platten Lande nicht über 3 km, im Gebirge nicht über $1\frac{1}{2}$ km lang ist.

In volkswirtschaftlicher Beziehung haben wir auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden ins Auge zu fassen, wenn wir den Anfang der Schulpflicht bestimmen. Die übergroße Entfernung der Schulen liesse sich sehr einfach durch eine Vermehrung der Schulen in den betreffenden Gegenden beseitigen. Wo die Zahl der Kinder eine ausreichende ist, da wird auch die Gründung einer neuen Schule erstrebt werden müssen. Anders aber ist es, wenn trotz der weiten Schulwege doch nur eine geringe Zahl schulpflichtiger Kinder vorhanden ist. Für diese nun etwa zwei Schulen zu unterhalten, übersteigt zu-

meist die Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Es muß unter diesen Umständen sein Bewenden bei dem weiten Schulwege haben, wenn nicht der Staat mit seiner Hülfe eintritt. — Der Beginn der Schulpflicht hat aber noch nach einer andern Seite hin finanzielle Bedeutung. Fängt die Schulpflicht mit dem vollendeten 6. Lebensjahre an und dauert bis zum Ende des 14., so haben wir 8 Jahresklassen in der Schule. Wird das schulpflichtige Alter aber auf die Zeit vom 7. bis zum 14. Jahre beschränkt, so haben wir nur 7 Jahresklassen. Bei 7 Jahrgängen ist natürlich die Zahl der Kinder geringer als bei 8; es sind also auch weniger Schulen, weniger Lehrer nötig. Die Ausgaben für das Schulwesen könnten auf diese Weise um einen ansehnlichen Bruchteil vermindert werden. Keineswegs aber soll mit der Verkürzung der Schulzeit das Ziel der Schule herabgesetzt werden. Die Vertreter dieser Ansicht meinen, daß durch die grössere geistige Reife, mit welcher die siebenjährigen Kinder zur Schule kommen, bald wieder ausgeglichen wird, was durch den späteren Beginn der Schulpflicht versäumt ist. — Wird der Anfang der Schulpflicht auf das vollendete 7. Lebensjahr festgesetzt, so nimmt man keine Rücksicht auf die geistige Entwicklung der Kinder, welche mit dem 6. Jahre soweit vorgeschritten ist, daß wir sie als ausreichend unterrichtsfähig bezeichnen können. Diese Fähigkeit legt uns die Pflicht auf, für eine angemessene Bethätigung der entwickelten Geisteskräfte zu sorgen, weil dieselben verkümmern, wenn sie nicht entsprechend geübt werden. Die sechsjährigen Kinder von normaler körperlicher und geistiger Entwicklung ohne Unterricht zu lassen, ist ein Vergehen gegen die Idee der Menschheit. Die Rücksicht auf die finanzielle Seite sollte hier nicht allein bestimmend sein. Traurig ist es ja schon, wenn hierdurch in Einzelfällen unüberwindliche Hindernisse geschaffen werden, die Sechsjährigen mit dem nötigen Unterricht zu versorgen. Für die Allgemeinheit können wir diese Rücksicht nicht gelten lassen. Wie es aber mit der grösseren geistigen Reife der siebenjährigen Kinder für den Schulunterricht bestellt ist, haben wir schon ausgeführt. — Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden kann also nicht als Grund angesehen werden, den Beginn der Schulpflicht auf ein bestimmtes Jahr festzusetzen.

In volkswirtschaftlicher Beziehung haben wir zuletzt die soziale Lage der Eltern zu berücksichtigen. Von einer Seite wird behauptet, daß bei den heutigen sozialen Verhältnissen die Eltern häufig gar nicht in der Lage sind, ihren Kindern die notwendige geistige Nahrung zu geben; die Eltern sind in der Fabrik und die Kinder ohne Aufsicht. Die Forderung, die Kinder in die Schule zu schicken, ist eine so allgemeine, ja einstimmige, daß man ihr Beachtung zu teil werden lassen muß; denn viele der Kinder, denen die notwendige Aufsicht fehlt, verwahrlosen zu Hause, und es ist daher wünschenswert, dieselben in einem möglichst frühen Alter der Schule zuzuführen, damit die

geregelter Schulzucht, der ethische Gehalt des Unterrichts und die vorbildliche Persönlichkeit des Lehrers diese Kinder vor dem sittlichen Verfall bewahre. Andererseits wird behauptet, daß die Eltern die sechsjährigen Kinder noch gern zu Hause behalten, weil diese schon anfangen, sich in der Häuslichkeit nützlich zu machen. — Diesen Ausführungen gegenüber ist zunächst zu bemerken, daß die Schule keineswegs als Kinderbewahranstalt angesehen werden darf, die also dort einzutreten hat, wo die Einwirkung des elterlichen Hauses nicht mehr ausreicht. Die Schule ist im wesentlichen Unterrichtsanstalt; darum sind ihr die Kinder erst in einem Alter zuzuweisen, wo dieselben einigermaßen unterrichtsfähig sind. Es ist sicher nicht das zweckmäßigste Mittel, die aufsichtslosen Kinder etwa ein Jahr früher auf täglich 3 oder 4 Stunden zur Schule zu schicken, um sie vor Verwahrlosung zu schützen. Diejenigen, die infolge unglücklicher Verhältnisse zu sittlichem Untergange bestimmt sind, wird es nicht retten; denn was können 3 und 4 Stunden geregelten Lebens gegenüber der übrigen Zeit des Tages bedeuten, in der das Kind sich selbst überlassen ist! Für solche Kinder sind aber auch jetzt schon in den Krippen, Kinderbewahranstalten und Kindergärten Einrichtungen geschaffen, welche durch stete Beaufsichtigung und zweckmäßige Beschäftigung der Kleinen während des ganzen Tages den besten Schutz gegen Verwahrlosung gewähren und dadurch zum Segen für diese Kleinen werden. — Wieweit aber die vielgebrauchte Behauptung, daß die Eltern ihre Kinder möglichst früh zur Schule schicken wollen, den thatsächlichen Verhältnissen entspricht, möge hier einmal genauer betrachtet werden. Zu diesem Zwecke ist zu unterscheiden zwischen den Familien, deren erwachsene Glieder alle dem Erwerb außer dem Hause nachgehen, sei es während des ganzen Tages oder sei es nur während einiger Stunden, und diejenigen, wo einer der Erwachsenen zu Hause bleibt. Von letzteren Familien sollte eigentlich der Wunsch, die Kinder in einem möglichst frühen Alter zur Schule zu schicken, nur um der Pflicht, sie zu beaufsichtigen und zu beschäftigen, enthoben zu sein, niemals geäußert werden. Wenn es doch geschieht, so kann es wohl niemals in den Zwecken der Schule gefunden werden, solche Pflichtvergessenheit der Eltern zu unterstützen und die Kinder in einem Alter aufzunehmen, in dem diese keinen Nutzen vom Schulunterricht haben. — Aber auch bei den Familien, von denen kein Erwachsener zu Hause bleibt, ist nicht allgemein der Wunsch vorhanden, die Sechsjährigen der Schule zuzuweisen. Diese Absicht könnte nur zutreffen in den Fällen, wo das sechsjährige Kind das einzige oder das jüngste in der Familie ist. Wenn die Eltern und die größeren Geschwister das Haus verlassen, so ergiebt sich die Notwendigkeit, das sechsjährige Kind irgendwo beaufsichtigt zu sehen. Hier tritt nun die Schule helfend ein, aber nur auf verhältnismäßig wenige Stunden am Tage. Da während der übrigen Zeit

des Tages doch andere Aufsicht vorhanden sein muß, so wird es den Eltern wohl meistens gleichgültig sein, ob das Kind schon mit 6 Jahren oder erst später auf einige Stunden täglich zur Schule geschickt wird. Sind aber außer dem sechsjährigen Kinde noch jüngere Geschwister vorhanden, so wird ersteres sich schon in mancher Beziehung nützlich erweisen müssen, zur Beaufsichtigung der Kleinen, Verrichtung leichter Dienste in der Häuslichkeit u. s. w. In diesem Falle werden die Eltern es ungern sehen, wenn die Schulpflicht mit dem vollendeten 6. Jahre beginnt. Was aber für diesen Zeitpunkt gilt, wird vielfach ebenso für das 7., das 8. Jahr u. s. f. in Geltung bleiben. Hierauf können wir aber bei Bestimmungen für die Allgemeinheit nicht Rücksicht nehmen. — Die Betrachtung der sozialen Verhältnisse der Eltern hat uns gezeigt, daß in dieser Beziehung kein Grund vorhanden ist, für den Beginn des Schulbesuches ein bestimmtes Jahr als das geeignetste zu bezeichnen.

Die Erörterung des Anfanges der Schulpflicht nach der volkswirtschaftlichen Seite hin hat uns zu folgendem Ergebnis geführt:

In volkswirtschaftlicher Beziehung können keine beachtenswerten Gründe gegen den Beginn der Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre erhoben werden.

Die seitens der Volkswirtschaft gegen den Beginn der Schulpflicht in diesem Alter erhobenen **Bedenken** sind in den vorstehenden Ausführungen schon erwähnt und zurückgewiesen worden. Wir können darum an dieser Stelle auf eine nochmalige Betrachtung derselben verzichten.

Die **Urteile**, die unter Berücksichtigung der Volkswirtschaft über den Anfang der Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre abgegeben sind, lauten verschieden, teils für, teils gegen diesen Zeitpunkt. Da sie keine neuen Gesichtspunkte enthalten, so ist ihre Anführung hier unterblieben.

Notwendig ist es aber noch, die **Ausnahmen** von der für die Allgemeinheit geltenden Bestimmung, daß die Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre beginnen soll, zu bezeichnen. Diese Ausnahmen, die wir im Interesse der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinden und der Eltern zu machen verpflichtet sind, fasse ich in zwei Gruppen zusammen.

Von der Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre bleiben 1. diejenigen Kinder befreit, deren Schulweg auf dem platten Lande über 3 km, im Gebirge über 1½ km weit ist. Hierbei wird eine geringe Leistungsfähigkeit der Gemeinden vorausgesetzt, welche es nicht ermöglicht, daß für diese Kinder besondere Schulen eingerichtet und unterhalten werden. — Nicht eine kleine Anzahl von Kindern ist es, auf welche dieser Ausnahmezustand zutrifft. Nach einer vom Kultus-Ministerium herausgegebenen Statistik kommen nach 17019 Schulen

die Kinder 1 km weit von auswärts, nach 6113 Schulen bis zu 2 km, nach 4503 Schulen bis zu 3 km, nach 2539 Schulen bis zu 4 km, nach 179 Schulen bis zu 5 km und nach 121 Schulen sogar über 7 km weit. Wenn wir den Schulweg für sechsjährige Kinder auf höchstens 3 km bemessen haben, so ist ein Schulweg bis zu 4 km wohl die weiteste Entfernung für Siebenjährige. Bei weiteren Entfernungen müßte die Schulpflicht noch später eintreten. Die Gesundheitsschädigungen und die Übelstände, die mit den zu weiten Schulwegen verbunden sind, haben wir teils schon erwähnt, teils sind sie allgemein bekannt.

Von der Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre bleiben 2. diejenigen Kinder befreit, welche in dem Falle, daß die Eltern dem Erwerb außer dem Hause nachgehen müssen, zu häuslichen Verrichtungen (Beaufsichtigung jüngerer Geschwister u. s. w.) dringend gebraucht werden. Es ist dies, wie schon nachgewiesen, nur eine kleine Anzahl von Kindern. Die Befreiung vom Schulbesuch auf $\frac{1}{2}$ bis 1 Jahr dürfte nur nach gewissenhafter Klarlegung und allseitiger Prüfung der Bedürftigkeit der Eltern erfolgen. Sechsjährige Kinder zum Zwecke gewerblicher Arbeit im Hause von der Schulpflicht zu entbinden, ist unter keinen Umständen zu gestatten.

Indem wir den Beginn der Schulpflicht in hygienischer, pädagogischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht betrachtet haben, sind wir zu folgenden Resultaten gekommen, die wir hier in sachlicher Anordnung zusammenstellen:

Der Standpunkt der geistigen Entwicklung des Kindes mit vollendetem 6. Lebensjahre fordert, in diesem Alter den Schulunterricht beginnen zu lassen. — In hygienischer, pädagogischer und volkswirtschaftlicher Beziehung sind keine wichtigen Bedenken gegen diesen Zeitpunkt zu erheben. — Ein früherer Beginn ist aus hygienischen Rücksichten nicht zu empfehlen. — Ausnahmen von dem Beginn des schulpflichtigen Alters mit vollendetem 6. Lebensjahre sind zu machen für Kinder,

die in ihrer körperlichen Entwicklung zurückgeblieben sind,
die an sog. Entwicklungs- oder anderen Krankheiten leiden,
die in körperlicher oder geistiger Beziehung erblich belastet sind,
die nicht die für den Schulunterricht nötige geistige Reife zeigen,
deren Schulwege zu weit sind und
die der sozialen Verhältnisse der Eltern wegen zu häuslichen Verrichtungen dringend gebraucht werden.

(Litt. Nr. 31, 32, 33.)

III. Forderungen, die sich aus dem Beginn der Schulpflicht mit vollendetem sechsten Lebensjahre ergeben.

Wenn der Beginn der Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre im allgemeinen gut geheissen werden kann, so sind doch einige Bedenken laut geworden, die zwar die Festsetzung der Schulpflicht für die Allgemeinheit nicht beeinflussen konnten, die aber doch wichtig genug sind, um besonders beachtet zu werden. Bei allseitiger Betrachtung werden sich aus diesen Bedenken bestimmte Forderungen ergeben, die zu erfüllen Schule, Gemeinde und Staat die unabweisbare Pflicht haben.

Bei dem Wachstum des Kindes haben wir gesehen, daß der Prozeß der körperlichen Entwicklung ein stetig zunehmender ist. Weder ein Sprung, noch ein Anhalten oder gar ein Rückschritt ist in der Entwicklung des gesunden, normalen Kindes zu bemerken. In dieser allmählichen Zunahme der körperlichen Kraft, in diesem Naturgesetz von dem stetig fortschreitenden Wachstum liegt der Hinweis, daß die Schule mit ihren Zumutungen an den kindlichen Organismus nicht plötzlich und mit voller Kraft einsetzen darf, sondern möglichst allmählich das Kind an die Anstrengungen gewöhnen muß, die das Lernen mit sich bringt. „Durch den Eintritt des Kindes in die Schule verändern sich die Lebensverhältnisse eines bisher dem elterlichen Hause zugehörigen Kindes sehr wesentlich. An die Stelle ungebundener Freiheit der Bewegung ist die Notwendigkeit getreten, für gewisse Stunden auf einem Platze ruhig zu verharren; der bisher im kindlichen Spiele selbstthätige Geist wird in bestimmter Richtung beeinflusst, und die Aufmerksamkeit, welche früher nur wenige Minuten hindurch einem einzelnen Gegenstande sich widmete, um sofort abzuspringen und sich einem neuen Gegenstande zuzuwenden, wird jetzt für längere Zeit für dieselbe Sache inanspruch genommen. Mit dem Bewußtsein der Pflichterfüllung schwindet die ursprüngliche Harmlosigkeit und Sorglosigkeit . . . Nicht wenige Kinder bangen auch in der ersten Zeit des Schulbesuches nach Eltern und Geschwistern und verfallen einer Art von Heimweh. Diese psychischen Einflüsse, vereint mit der Hemmung der Muskelthätigkeit, dazu die Entbehrung der frischen Luft gerade in den Stunden des Vormittags, welche sonst wohl im Freien zugebracht wurden, die Unregelmäßigkeit der Atmung, welche bei geistiger Anregung und bei der auf einen Gegenstand gerichteten Aufmerksamkeit auch oberflächlich wird, endlich die

höhere Temperatur der geatmeten Luft, deren Einfluß sich am ehesten zur Geltung bringt, wenn die Kinder mit Beginn der Sommerzeit zur Schule gebracht werden, sind allerdings geeignet, den Appetit zu verringern, die Verdauung zu hemmen und Blässe der Wangen mit folgender Abmagerung hervorzurufen.“ Das Fettpolster verliert sich, die Muskulatur wird schlaff, die Munterkeit und Regsamkeit des kindlichen Geistes verschwindet. Um diese Störungen der Gesundheit auf einen möglichst geringen Grad zu beschränken, ist es notwendig, daß jener Übergang von der Freiheit zum gezwungenen Schulleben nur ein allmählicher ist und mit möglichster Schonung vollzogen wird. Daher ist die 1. Forderung, die sich aus dem Beginn der Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre ergibt, diese: Allmähliche und möglichst schonende Gewöhnung der Kinder an das Schulleben.

Wie überall, „so giebt es auch bei den Kindern eine große Reihe von Organismen, welche sich den veränderten Lebensbedingungen alsbald akkomodiert, die Störungen überhaupt nur wenig zur Geltung kommen läßt oder alsbald ausgleicht. Bei andern entweder von Hause aus schwächlich veranlagten Kindern, bei Kindern mit ererbten Konstitutionsanomalien oder bei solchen, deren Ernährung schon vom ersten Lebensjahre an nicht die geeignete war, bei solchen endlich, deren erste Lebensperiode durch eine Kette von Leiden sich unglücklich gestaltet hatte, kommt der Ausgleich nicht zu stande.“ Die Störungen, die in dem Schulbesuch ihre Ursache haben, führen dann zu schweren Gefährdungen der Gesundheit. Für solche Kinder ist es notwendig, daß sie auf einige Zeit vom Schulbesuch befreit werden. Die Dispensation auf $\frac{1}{2}$ bis 1 Jahr wird in der Mehrzahl der Fälle eine Besserung des Gesundheitszustandes zur Folge haben. Die 2. Forderung lautet also: Genaue Beobachtung des Gesundheitszustandes der neu aufgenommenen Schüler; Befreiung solcher Kinder vom weiteren Schulbesuch, die während der ersten Schulzeit andauernd kränklich sind.

Um zu bestimmen, welche Kinder wegen ihrer geringen körperlichen Entwicklung vom Schulbesuch befreit werden müssen, ist es notwendig, daß die Durchschnittsmasse für Körperlänge, Körpergewicht, Brustumfang und Körperkraft festgestellt werden. Dies ist aber nur dadurch möglich, daß entsprechende Messungen und Wägungen an Kindern vorgenommen werden und zwar in größerem Umfange als bisher. Ausführlich ist diese Angelegenheit im ersten Teile dieser Arbeit besprochen worden. Die 3. auf den Beginn der Schulpflicht bezügliche Forderung ist hiernach: Feststellung der Durchschnittsmasse; darum Vornahme von umfangreichen Messungen und Wägungen an Kindern.

Fast alle unsere Kinder sind äußerst arm an Vorstellungen, an Naturanschauungen, wenn sie mit vollendetem 6. Lebensjahre zur Schule kommen. Namentlich fehlt ihnen der größte Teil derjenigen Vorstellungen, welche der erste Unterricht, wie er bei uns geübt wird, voraussetzt. Das Kind bringt zwar eine gewisse Summe brauchbarer Vorstellungen mit, der erste Unterricht aber setzt eine Reihe anderer Vorstellungen voraus und baut nicht auf jener naturgemäßen Grundlage, sondern auf dieser falschen Basis weiter. Wenn seine Erfolge mangelhafte sind, so ist es nur zu erklärlich. Es ist eben einer der größten Fehler bei dem jetzigen ersten Schulunterricht, daß die Abhängigkeit, welche zwischen dem von den neueintretenden Kleinen mitgebrachten Vorstellungsschatze und dem Inhalte des ersten Unterrichts herrschen muß, nicht beachtet wird.

Diese Übelstände zu beseitigen, giebt es zwei Möglichkeiten, je nachdem man entweder die bei dem bisherigen ersten Unterricht vorkommenden Begriffe oder den Vorstellungsschatz, den das Kind bei seinem Eintritt in die Schule mitbringt, als bestimmenden Faktor ansieht.

Wird der Inhalt des üblichen ersten Unterrichts als bestimmendes Moment angenommen, so folgt daraus, daß das Kind schon vorher, ehe es den Unterricht empfängt, die meisten — oder noch besser: alle — grundlegenden Vorstellungen aufgenommen haben muß; denn nur in diesem Falle kann der Schulunterricht als ein pädagogisch richtiger angesehen werden und wird wirklichen Nutzen haben. Hierzu ist zunächst erforderlich, daß die in dem bisherigen ersten Unterricht vorkommenden Begriffe, die man als „die konstanten Begriffe des ersten Unterrichts“ bezeichnen kann, aufgesucht und festgestellt werden. Wir besitzen so viele pädagogische Veröffentlichungen, aber diese Angelegenheit wartet noch immer ihres Bearbeiters. Erst wenn wir eine solche Statistik haben, kann zur Vergleichung mit den konstanten Vorstellungen im kindlichen Gedankenkreise geschritten werden.

Wann soll nun das Kind in den Besitz derjenigen Vorstellungen, die den konstanten Begriffen des ersten Unterrichts entsprechen, gelangen? Natürlich vor Beginn des eigentlichen Unterrichts. Für die Erreichung dieser Aufgabe giebt es verschiedene Wege. — Im vorschulpflichtigen Alter ist das Kind in der Familie. Von dieser dürfen wir aber nicht eine so ausreichende und zweckentsprechende Beschäftigung mit dem kindlichen Geiste erwarten, daß der Vorstellungsschatz der Kinder die für den ersten Schulunterricht erforderliche Ausbildung erfährt. — Jenes Ziel ließe sich auch wohl dadurch erreichen, daß alle Kinder dem Kindergarten überwiesen würden, damit hier die Ergänzung und

weitere Ausbildung des Vorstellungsschatzes erfolge. Wenn dieser Zweck schon gegenwärtig als eine der wesentlichsten Aufgaben des Kindergartens angesehen und durch Vorführung und Besprechung von Gegenständen und Abbildungen, sowie durch Nachbildung der Formen und Nachahmung der verschiedenen Thätigkeiten zu erreichen gesucht wird, so dürfte diese Aufgabe für die Zukunft nur noch mehr hervorgehoben werden und die Bekanntgabe der konstanten Begriffe des ersten Schulunterrichts erfolgen, um auf diese Weise die Kleinen im Kindergarten in zweckmäßiger Weise für den Schulunterricht vorzubereiten. Eine derartige Beschäftigung und Unterweisung der Kinder in den Kindergärten würde mit dem Charakter dieser Anstalten nicht in Widerspruch stehen. Soll aber diese erweiterte Aufgabe von den Kindergärten erfüllt werden, so müßte der Besuch derselben obligatorisch gemacht werden; denn nur dann käme der Nutzen des bezeichneten Vorbereitungs-Unterrichts allen Kindern zu gute. Es müßte also der Schulzwang auch auf den Kindergarten ausgedehnt werden. Dieser wäre somit eine Stufe der allgemeinen Volksschule und würde sich nur durch den Charakter seiner Beschäftigung der Kinder von der eigentlichen Schule unterscheiden. Ein solcher Plan macht aber tiefeinschneidende Veränderungen in dem ganzen Schulorganismus erforderlich und ist daher seine praktische Durchführung nicht so bald zu erwarten. Das vorschulpflichtige Alter bietet uns also nur geringe Hoffnungen, daß die Vervollkommnung und Durchbildung des Vorstellungsschatzes der Kinder in dieser Zeit erfolgen wird.

Um diese Aufgabe zu erreichen, giebt es aber noch einen andern Weg, der dazu noch den Vorzug hat, daß seiner Durchführung nur geringe Hindernisse entgegenstehen. Die Schule selbst vermag diese Arbeit zu thun. In der Schule kann nämlich vor Beginn des eigentlichen Unterrichts, wie er bisher sogleich bei Eintritt der Kinder in die Schule angefangen wurde, erst die Vervollständigung des von den Kleinen mitgebrachten Vorstellungsschatzes und seine weitere Ausbildung im Einzelnen erfolgen. Die erste Unterweisung in der Schule müßte hiernach sich darauf beschränken, dem Kinde einen Schatz brauchbarer, auf Anschauung gegründeter Vorstellungen zu geben, und bei der Auswahl des Stoffes für diesen Zweck immer darauf sehen, daß zunächst die Vorstellungen zu den konstanten Begriffen des ersten Unterrichts den Schülern übermittelt werden. Der Schule wird es in den meisten Fällen leicht sein, durch einen zweckmäßig gestalteten Anschauungs-Unterricht dies Ziel zu erreichen. Zur praktischen Ausführung dieser Aufgabe ist nur erforderlich, daß der Termin für den Beginn des eigentlichen Unterrichts um einen entsprechend großen Zeitraum hinausgeschoben wird. Natürlich müßte dann das für das erste Schuljahr bestimmte Pensum, dessen Inhalt und Anordnung kaum der Änderung bedürften, dementsprechend vermindert werden.

Die vorstehenden Darlegungen geschahen unter folgender Voraussetzung: Inhalt und Form des bisherigen ersten Schulunterrichts bleiben unverändert; die konstanten Begriffe des ersten Unterrichts sind der bestimmende Faktor, so daß ihnen entsprechend der Vorstellungsschatz der Kinder seine Durchbildung erfahren muß.

Die Übelstände zu beseitigen, welche der bei den sechsjährigen Kindern vorhandene Mangel an brauchbaren Vorstellungen zur Folge hat, giebt es noch eine weitere Möglichkeit. Der einzuschlagende Weg ergibt sich aus dem Umstande, daß man die konstanten Vorstellungen des Kindes bei seinem Schuleintritt als bestimmenden Faktor ansieht. In diesem Falle muß der erste Unterricht so gestaltet werden, daß er nur auf diejenigen Vorstellungen sich gründet, welche bei den Kindern vorhanden sind. Um diese Forderung zu erfüllen, ist zuerst notwendig, daß die konstanten Erscheinungen des kindlichen Vorstellungsschatzes für jeden Ort, bzw. für jedes Gebiet, in dem die Lebensbedingungen gleich sind, ermittelt werden. Soll der Unterricht sich an die auf diese Weise als vorhanden konstatierten Vorstellungen anschließen, so wird dadurch eine Reform des ersten Schulunterrichts zur Notwendigkeit. Diese Reform würde sich als Verminderung des Pensums und als teilweise Ausscheidung vorhandener und Einführung neuer, noch nicht allgemein angewandter Unterrichtsgegenstände und Methoden darstellen. Die nähere Ausführung der angedeuteten Reformen ist an dieser Stelle nicht möglich.

Die Nachteile, die sich daraus ergeben, daß die sechsjährigen Kinder mit einem mangelhaften Vorstellungsschatze in die Schule eintreten, lassen sich also ohne tiefeinschneidende Veränderungen des Schulorganismus dadurch beseitigen, daß entweder die erste Schulzeit der Ergänzung und Ausbildung des kindlichen Vorstellungsschatzes entsprechend den konstanten Begriffen des ersten Schulunterrichts gewidmet ist, oder daß der erste Schulunterricht nach Inhalt und Form so umgestaltet wird, daß er sich an die konstanten Vorstellungen des Kindes anschließt. Die 4. Forderung, die sich aus dem Beginn der Schulpflicht mit vollendetem sechsten Lebensjahre ergibt, lautet somit: Ergänzung und Ausbildung des Vorstellungsschatzes der Kinder in der ersten Schulzeit oder Umgestaltung des ersten Schulunterrichts. Als Nebenforderungen ergeben sich hieraus: Feststellung der konstanten Begriffe des ersten Unterrichts; Feststellung der konstanten Vorstellungen des Kindes bei seinem Eintritt in die Schule.*)

Es ist erwähnt, daß viele Eltern der gegenwärtigen sozialen Verhältnisse wegen nicht in der Lage sind, ihre Kinder in zweck-

*) Dr. Hartmann nennt letztere Forderung „Analyse des kindlichen Gedankenkreises.“ Ausführliches in Hartmanns Buch mit diesem Titel (L. 30).

entsprechender Weise zu beaufsichtigen und zu beschäftigen. Dies gilt zunächst für solche Kinder, die das schulpflichtige Alter noch nicht erreicht haben. Seitens der Schule können in dieser Beziehung keine besonderen Maßnahmen getroffen werden; denn es ist mit den Zwecken unserer Schulen absolut unvereinbar, wenn ihr die Kinder in einem Alter zugewiesen werden, in welchem sie noch nicht genügend unterrichtsfähig sind; auch würde der nur auf wenige Stunden täglich sich ausdehnende Aufenthalt in der Schule nicht das erfüllen können, was für diese Kinder notwendigerweise gefordert werden muß. Aber es bestehen in den Krippen, Kinderbewahranstalten und Kindergärten Einrichtungen, welche für solche aufsichtslosen Kleinen einen zweckentsprechenden Aufenthalt mit geeigneter Beschäftigung gewähren.

Krippen und Bewahranstalten sehen ihren Zweck hauptsächlich in der Beaufsichtigung und Körperpflege (Ernährung) der im zarten Alter stehenden Kinder; die Aufgabe der Kindergärten besteht dagegen wesentlich in einer auf die Entwicklung des geistigen Lebens gerichteten Beschäftigung. Zuweilen ist in solchen Kindergärten, in denen die Kleinen längere Zeit des Tages verweilen, auch Gelegenheit geboten, einige Mahlzeiten zu verabreichen. Um ihren Zweck vollkommen zu erfüllen, können die Kindergärten nur etwas ältere Kinder (3—6jährig) aufnehmen.

Krippen, Kinderbewahranstalten und Kindergärten sind Notanstalten. Sie sollen nur da schützend und nachhelfend eintreten, wo die Eltern die ihnen in und mit ihren Kindern überkommenen Aufgaben der Pflege und Erziehung nicht selbst übernehmen können. Sie sollen nur der erwiesenen Not abhelfen und die wirklich gefährdeten Kinder bewahren und versorgen, nicht aber der Bequemlichkeit und Trägheit der Eltern oder ihrem ungezügelten Erwerbstriebe Vorschub leisten. Das Hindrängen auf die Errichtung und Benützung solcher Anstalten verleitet offenbar die Eltern, sich immer mehr der natürlichen Verpflichtungen gegen ihre Kinder zu entschlagen. Das elterliche Haus sollte aber, so lange es irgend möglich ist, die Kinder in unmittelbarer Obhut und Pflege behalten; denn eine selbst nur leidlich genügende häusliche Fürsorge ist meist besser als eine sorgsame Anstalts-erziehung. Wer für die Aufrechterhaltung des Familiensinnes und der häuslichen Tugenden eintreten will, muß alles zu verhüten suchen, wodurch die Eltern systematisch ihrer natürlichen Verpflichtung noch mehr entfremdet werden und sich gewöhnen, die Fürsorge für ihre Kinder fremden Personen zu überlassen. Das Vorwärtsdrängen zu immer größerer Entlastung der Familien zerstört das sittliche Verhältnis, das Eltern und Kinder verbindet, und ist ein augenscheinlicher Weg zum Sozialismus.

Krippen, Bewahranstalten und Kindergärten sind also nur dort einzurichten, wo sie durch die Notlage der Eltern gefordert

werden. Namentlich wird dies in den Gegenden geschehen müssen, die industriell und landwirtschaftlich stark beschäftigt sind, so daß häufig alle Erwachsenen der Familie dem Erwerbe außer dem Hause nachzugehen verpflichtet sind. Besonders aber sollten die Besitzer industrieller Etablissements und großer Landwirtschaften derartige Anstalten für die Kinder ihrer Arbeiter einrichten. Geschieht dies nicht, so liegt die Pflicht hierzu den betreffenden Gemeinden ob. Die Einrichtung und Unterhaltung dieser Anstalten seitens besonderer Vereine, wie es bisher fast ausschließlich der Fall war, kann nicht als ausreichend erachtet werden.

Wenn Krippen, Bewahranstalten und Kindergärten auch besonders nur zur Unterstützung solcher Eltern eingerichtet werden, die unglücklicher häuslicher Verhältnisse wegen ihren Kindern nicht die notwendige Aufsicht und Fürsorge widmen können, so darf doch nicht so streng verfahren werden, daß alle übrigen Kinder ausgeschlossen bleiben. Sind Eltern vorhanden, die wegen Gleichgiltigkeit und Bequemlichkeit nicht ihre Pflichten den Kindern gegenüber erfüllen, so muß auch diesen Kindern der Besuch erwähnter Anstalten gestattet sein. Nicht die Rücksichtnahme auf die pflichtvergessenen Eltern, sondern nur das Interesse für das Gedeihen der Kinder zwingt uns zu dieser Erlaubnis. Von solchen Eltern könnte eine entsprechende Bezahlung gefordert werden.

Es ist erwähnt, daß einzelne Kinder mit vollendetem 6. Lebensjahre nicht unterrichtsfähig sind, weil sie in ihrer geistigen und sprachlichen Entwicklung weit hinter den übrigen Kindern zurückgeblieben sind. Die Eltern haben sich nicht verpflichtet gefühlt oder auch nicht die Zeit oder die Fähigkeit gehabt, den kindlichen Geist zu beschäftigen. Wenn solche Kinder noch nicht das schulpflichtige Alter erreicht haben, so ist für sie der Kindergarten der geeignetste Platz. Hier befinden sie sich in hellen und freundlichen Räumen, wo sie geistig angeregt, mit Liebe behandelt und nicht als überflüssige Last angesehen werden. Durch die zweckmäßige pädagogische Beschäftigung der Kleinen in den Kindergärten wird der Schatz der brauchbaren Vorstellungen vergrößert, die Sprache geübt, der Gesang gepflegt und im Spiel die leibliche Ausbildung gefördert. So vermag der Kindergarten mit seiner zweckmäßigen Beschäftigung in gewisser Beziehung die von gewissenlosen Eltern verabsäumte geistige und sprachliche Ausbildung zu ersetzen bzw. zu ergänzen. Ihm sind daher alle diejenigen Kinder zu überweisen, deren häusliche Erziehung in dieser Hinsicht bedenkliche Mängel aufweist. Die 5. auf die Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre bezügliche Forderung heißt demnach: Einrichtung und Förderung von Krippen, Kinderbewahranstalten und Kindergärten für solche noch nicht schulpflichtigen Kinder, die unter widrigen häuslichen Verhältnissen leben.

Aber auch für das schulpflichtige Alter ist die Errichtung von Notanstalten wünschenswert. Da es eine ganze Reihe von Familien, namentlich Witwen und Witwer, giebt, deren Glieder während des ganzen Tages dem Erwerb außer dem Hause nachgehen müssen, so sind die Kinder aus solchen Familien außer der Schulzeit sich selber überlassen. Ihre freie Zeit verbringen sie zumeist auf der Straße, wodurch sie mehr und mehr verwahrlosen. Für solche außer der Schulzeit aufsichtslosen Kinder sind an einzelnen Orten sogen. Kinderhorte eingerichtet, in denen sie während ihrer freien Tageszeit beaufsichtigt und in nützlicher Weise beschäftigt werden (Anfertigung der Schularbeiten, Spiel, Handarbeit, Gartenarbeit u. s. w.). Je nach Umständen werden diesen Kindern auch einzelne Mahlzeiten verabreicht. Für die während des ganzen Tages sich selbst überlassenen schulpflichtigen Kinder sind die Kinderhorte ein Segen. Die allseitige Förderung dieser Anstalten ist daher zu empfehlen. Hieraus ergibt sich als 6. Forderung: Einrichtung von Kinderhorten für solche Kinder, denen außer der Schulzeit die elterliche Aufsicht fehlt.

Bei Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse der Eltern haben wir die Ausschließung einer Reihe von Kindern vom Schulbesuch mit vollendetem 6. Lebensjahre empfohlen, wenn der Schulweg ein zu weiter ist und wenn die Klassen überfüllt sind. Dieser Gründe wegen sollten aber eigentlich keine Kinder vom Schulbesuch befreit bleiben, da die Ursachen sich durch Einrichtung neuer Schulen und Schulklassen in den zu ausgedehnten und überfüllten Schulbezirken beseitigen lassen. Sind die Gemeinden nicht leistungsfähig, so muß der Staat mit seiner Hülfe eintreten. Die 7. aus dem Beginn der Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre abgeleitete Forderung heißt also: Einrichtung ausreichender Schulen und Schulklassen, damit wegen zu weiter Schulwege oder wegen Überfüllung der Klassen kein Kind vom Schulbesuch mit vollendetem 6. Lebensjahre zurückgestellt werden braucht.

Als Forderungen, die sich aus dem Beginn der Schulpflicht mit vollendetem 6. Lebensjahre ergeben, sind folgende aufgestellt:

1. Allmähliche und möglichst schonende Gewöhnung der Kinder an das Schulleben.
2. Genaue Beobachtung des Gesundheitszustandes der neu aufgenommenen Schüler; Befreiung solcher Kinder vom Schulbesuch, die während der ersten Schulzeit andauernd kränklich sind.
3. Feststellung der Durchschnittsmasse; darum Vornahme von umfangreichen Messungen und Wägungen an Kindern.

4. Ergänzung und Ausbildung des Vorstellungsschatzes der Kinder in der ersten Schulzeit oder Umgestaltung des ersten Schulunterrichts.

Nebenforderungen:

- a. Feststellung der konstanten Begriffe des ersten Unterrichts.
 - b. Feststellung der konstanten Vorstellungen des Kindes bei seinem Eintritt in die Schule.
5. Einrichtung und Förderung von Krippen, Kinderbewahranstalten und Kindergärten für solche noch nicht schulpflichtigen Kinder, die unter widrigen häuslichen Verhältnissen leben.
 6. Einrichtung von Kinderhorten für solche Kinder, denen außer der Schulzeit die elterliche Aufsicht fehlt.
 7. Einrichtung ausreichender Schulen und Schulklassen.
(Litt. 21, 28, 30 u. a.).

IV. Geschichtliches.

Die erste amtliche Festsetzung über den Beginn der Schulpflicht findet sich in den „Principia regulativa oder General-Schulen-Plan, nach welchem das Landschulwesen im Königreich Preußen eingerichtet werden soll.“ § 9 dieser von Königsberg i. Pr., den 30. Juli 1736 datierten Verordnung bestimmt: „Jedes Schulkind à 5 bis 12 Jahren inkl. giebt dem Schulmeister jährlich, es gehe zur Schule oder nicht, 15 gr. prfs. oder 4 ggr.“ König Friedrich Wilhelm I. bestätigte am 1. August 1736 diesen Schulplan und befahl, „dafs das ganze Werk, sobald als möglich, zuerst in Littauen und dann auch im deutschen Departement zustande kommen möge.“ — Der Zwang des Schulgeldzahlens schlofs für die Eltern das Recht in sich, ihre Kinder während der festgesetzten Zeit in die Schule zu schicken. Die Pflicht, dies nun auch wirklich zu thun, ist in dem General-Schulen-Plan an keiner Stelle ausgesprochen.

Während diese Verordnung auf die altpreuussischen Landesteile sich beschränkte, erhielt das nächstfolgende Gesetz Geltung für alle zum Königreich Preußen gehörenden Gebiete. Gleich nach Beendigung des siebenjährigen Krieges erließ König Friedrich II.

am 12. August 1763 das „Königlich Preussische General-Landschul-Reglement“, das in § 1 bestimmt: „Zuvörderst wollen Wir, daß alle unsere Unterthanen ihre eigenen sowohl als ihrer Pflege anvertrauten Kinder, Knaben und Mädchen, wo nicht eher, doch höchstens vom 5. Jahre ihres Alters in die Schule schicken.“

Für die römisch-katholischen Bewohner von Schlesien und der Grafschaft Glatz wurde am 3. November 1765 eine besondere Verordnung, das „Katholische Schul-Reglement für Schlesien“, erlassen. § 25 lautet: „Wir setzen hierdurch fest, daß alle Kinder der Einwohner der Städte sowohl als der Dörfer ohne Unterschied, die Eltern mögen das Schulgeld zu bezahlen imstande sein oder nicht, sobald sie das 6. Jahr vollendet haben, zur Schule geschickt werden.“ Obwohl die Bestimmungen des „General-Land-Schul-Reglements“ und des „Katholischen Schul-Reglements“ durchweg fast dieselben sind, zeichnen sich die Forderungen des letzteren durch größere Milde aus, und zwar sowohl was den Beginn als auch das Ende der Schulpflicht und die zeitweilige Befreiung vom Schulbesuch anbetrifft.

Durch das am 5. Febr. 1794 publizierte „Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten“ wurden auch die Verhältnisse der Schulpflicht von neuem geregelt. Teil II Titel XII dieses Gesetzes bestimmt:

§ 43. Jeder Einwohner, welcher den nötigen Unterricht für seine Kinder in seinem Hause nicht besorgen kann oder will, ist schuldig, dieselben nach zurückgelegtem 5. Jahre zur Schule zu schicken.

§ 44. Nur unter Genehmigung der Obrigkeit und des geistlichen Schulvorstehers kann ein Kind länger von der Schule zurückgehalten werden.

Durch die „Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 14. Mai 1825“ wurde auch „für diejenigen Landesteile, in welchen das Allgemeine Landrecht bisher noch nicht eingeführt war, in Übereinstimmung mit den Vorschriften desselben“ die Dauer der Schulpflicht einer Regelung unterzogen. Die betreffenden Paragraphen stimmen fast wörtlich mit den Anordnungen des Allgemeinen Landrechts überein.

§ 1. Eltern oder deren gesetzliche Vertreter, welche nicht nachweisen können, daß sie für den nötigen Unterricht der Kinder in ihrem Hause sorgen, sollen jedes Kind nach zurückgelegtem 5. Jahre zur Schule schicken.

§ 3. Nur unter Genehmigung der Obrigkeit und des geistlichen Schulvorstehers kann ein Kind länger von der Schule zurückgehalten werden.

Die Preussische Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 bestimmte in Art. 26: Ein besonderes Gesetz regelt das ganze

Unterrichtswesen. — Zufolge des Artikels 112 der Übergangsbestimmungen „bewendet es bis zum Erlaß des in Art. 26 vorgesehenen Gesetzes hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei den jetzt geltenden Bestimmungen.“ Die Forderungen des Allg. Landrechts blieben also in Giltigkeit.

Trotzdem durch § 43 des Allg. Landrechts Teil II Titel 12 und die Kabinetts-Ordre vom 14. Mai 1825 eine Gleichheit geschaffen war, wurde doch nach § 44 A. L.-R. und § 3 dieser Kabinetts-Ordre den einzelnen Schulaufsichtsbehörden das Recht zugestanden, in Fällen des Bedürfnisses den Zeitpunkt für den Beginn der Schulpflicht zu verändern.

Im Ministerial-Erlaß vom 14. Januar 1862 wird in dieser Hinsicht ausgeführt:

Wenn auch § 43 Allg. Landrechts Teil II Titel 12 und die Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 14. Mai 1825 § 1 das zurückgelegte 5. Lebensjahr als Anfangspunkt der Schulpflichtigkeit festsetzen, so ist dadurch — wie der § 44 A. L.-R. Teil II Titel 12 und der § 3 der vorgenannten Kabinetts-Ordre ergeben — für die Schulaufsichtsbehörden die Befugnis nicht ausgeschlossen, in Fällen des Bedürfnisses den Beginn der Schulpflicht auf ein späteres Lebensalter hinauszurücken. Darf hiernach das Recht der Kgl. Regierung zu der getroffenen anderweitigen Feststellung des schulpflichtigen Alters nicht in Abrede gestellt werden, so muß ich derselben auch darin beistimmen, daß für den dortigen Schulbezirk ein Bedürfnis vorliegt, die Schulpflicht erst gegen den Beginn des 7. Jahres eintreten zu lassen. Denn den jüngeren Kindern aus N. sowohl, als aus den städtischen Abbauten kann nicht zugemutet werden, den Weg bis zum Schulhause in einer Entfernung von 2000—2300 Schritten bei jeder Witterung und Jahreszeit regelmäßig zurückzulegen.

Von dieser Befugnis haben die Schulaufsichtsbehörden vielfach Gebrauch gemacht, so daß nicht nur in den einzelnen Provinzen, sondern sogar auch in den Regierungsbezirken verschiedene Bestimmungen über den Zeitpunkt für den Beginn der Schulpflicht vorhanden sind. Teils sind Spezialgesetze für einzelne Landesteile gegeben, teils ist diese Angelegenheit durch Verfügungen der Kgl. Regierungen und Provinzial-Schul-Kollegien geordnet, teils sind, namentlich in den in neuerer Zeit mit dem preussischen Staate verbundenen Provinzen, noch ältere Gesetze in Giltigkeit. Einzelne Beispiele mögen die Verschiedenartigkeit dieser Bestimmungen erläutern.

Schulordnung für die Elementarschulen der Provinz Preußen, von Friedrich Wilhelm IV. am 11. Dezember 1845 als Gesetz bestätigt: Jedes Kind kann schon nach vollendetem 5., soll aber nach vollendetem 6. Lebensjahre zur Schule geschickt werden.

Verfügung der Regierung zu Königsberg vom 27. März 1883: Die Aufnahme der schulpflichtigen Kinder in

ein- und zweiklassige Schulen findet jetzt nur einmal zu Ostern statt und zwar für die Kinder, die vom 1. Okt. bis 30. Sept. das 6. Lebensjahr vollenden.

Erlaß des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien vom 29. Juli 1832: Die Dauer des Schulbesuches wird derartig festgestellt, daß die Kinder beider Konfessionen nach dem zurückgelegten 5. Lebensjahre mit dem darauffolgenden nächsten Termine zur Aufnahme, Ostern und Michaelis, zum Schulbesuch angemeldet werden und in den Unterricht eintreten.

Ministerial-Erlaß vom 14. Juli 1870: Der Oberpräsidial-Erlaß vom 29. Juli 1832 bestimmt für die dortige Provinz die Zeit vom 5. bis 14. Jahre als schulpflichtiges Alter. Durch das Ministerial-Reskript vom 21. Mai 1859 wurde diese Bestimmung dahin modifiziert, daß die Schulpflicht erst mit dem vollendeten 6. Jahre beginnen sollte, während es zulässig blieb, die Kinder auch mit dem 5. Jahre zur Schule zu schicken. Wenn Ew. etc. bisher darauf gehalten haben, daß diejenigen Kinder, welche im Laufe des Jahres 6 Jahre alt werden, bei der zu Ostern stattfindenden Eröffnung des neuen Schuljahres in die Schule eintreten, so kann ihre diesfallsige Bemühung nur gebilligt werden. Nach den bestehenden Bestimmungen ist es aber unzulässig, die Eltern zu zwingen, ihre Kinder früher als vor vollendetem 6. Jahre in die Schule zu schicken.

Erlaß des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 26. Januar 1880: § 1. Die Schulpflichtigkeit beginnt mit dem zurückgelegten 6. Lebensjahre. § 2. Kinder, welche außerhalb des Schulorts in einer Entfernung von mehr als 2 km von der Schule abwohnen und erst in den letzten 3 Monaten vor dem Aufnahmetermin das 6. Lebensjahr vollendet haben, können auf Antrag der Eltern oder deren Stellvertreter bis zu dem nächstfolgenden Aufnahmetermin zurückgestellt werden.

Publikandum der Regierung in Trier vom 11. April 1817: Das Alter, innerhalb dessen die Kinder zum Schulbesuch verbunden sind, wird festgesetzt: es soll mit dem Anfange des 7. Jahres beginnen.

Verordnung der Regierung zu Düsseldorf vom 30. Okt. 1825: Kinder, welche das 5. Jahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht zur Schule zugelassen werden.

Rheinischer Provinzial-Landtags-Abschied vom 26. März 1839: Wir wollen die nach § 3 des Gesetzes vom 14. Mai 1825 den Lokalbehörden zuständige Dispensationsbefugnis dahin ausdehnen, daß die Regierung der Rheinprovinz nach örtlichen Verhältnissen in ganzen Gemeinden oder größeren Distrikten alle Kinder, die das 6. Jahr noch nicht zurückgelegt haben, von der Schulpflichtigkeit entbinden mögen.

Publikandum der Regierung zu Stettin vom 29. September 1826: Vom zurückgelegten 6. Jahre ist,

nach pommerscher Observanz, jedes Kind schulpflichtig, aber schon von seinem vollendeten 5. Jahre an schulfähig oder schulberechtigt.

Allgemeine Schulordnung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein am 24. Aug. 1814: Die Schulpflichtigkeit der Kinder hebt vom Anfange des 6. oder spätestens 7. Jahre an.

Landschulordnung des Herzogtums Lauenburg vom 10. Oktober 1868: Die Schulpflicht der Kinder beginnt für diejenigen, welche in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni ihr 6. Lebensjahr zurückgelegt haben, mit dem dazwischen liegenden Ostertermin, für diejenigen, welche in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezbr. jenes Alter erreichen, mit dem dazwischen liegenden Michaelisttermin.

Hannöversches Gesetz vom 26. Mai 1845 und Instruktion zur Ausführung dieses Gesetzes vom 31. Dezbr. 1845: Das schulpflichtige Alter beginnt mit dem vollendeten 6. Lebensjahre. Unser Ministerium der geistl. und Unterrichtsangelegenheiten ist jedoch befugt, die Hinausschiebung des schulpflichtigen Alters zu gestatten. Die Zulassung von Kindern vor zurückgelegtem 6. Lebensjahre zur Schule ist zwar gestattet, jedoch nur soweit nach den bestehenden Schuleinrichtungen jedes Orts keine Unzuträglichkeiten daraus erwachsen.

Edikt vom 24. März 1817, betreffend die öffentlichen Unterrichtsanstalten im Herzogtum Nassau und Nassauische Schulordnung von 1817: Die allgemeine Verpflichtung zum Besuchen der Elementarschulen beginnt für die Kinder mit dem 6. Jahre. Mit Genehmigung des Schulinspektors dürfen Eltern ihre Kinder vor oder nach diesem Zeitpunkt in die Schule schicken.

u. s. f.

So herrscht bis zur Zeit die größte Mannigfaltigkeit in den Bestimmungen über den Zeitpunkt für den Beginn der Schulpflicht. Durch ein Gesetz, wie es im Art. 26 der Preussischen Verfassungs-urkunde vom 31. Jan. 1850 angekündigt wird, ist diese Angelegenheit nur für die Provinz Preußen geregelt. In den übrigen preussischen Provinzen, für welche das Allgem. Landrecht durch seine Veröffentlichung und durch die Kab.-Ordre vom 14. Mai 1825 Geltung hat, sind entweder die Bestimmungen des Allg. Landrechtes oder die Anordnungen der Schulaufsichtsbehörden, welche nach § 44 A. L.-R. Teil II Titel XII und § 3 obiger Kab.-Ordre gesetzmäßig sind, maßgebend. Für die in neuerer Zeit mit dem preussischen Staate verbundenen Provinzen gelten teils die in den betreffenden Landesteilen bei ihrer Einverleibung zu recht bestehenden Gesetze, teils die späterhin ordnungsmäßig ergangenen Vorschriften der preussischen Behörden. In einem Erkenntnis des Kgl. Kammergerichts zu Berlin vom 9. Febr. 1885 wird über die rechtlichen Verhältnisse dieser Bestimmungen in der Provinz

Schleswig-Holstein folgendes, das unter Voraussetzung der notwendigen Modifikationen auch für die übrigen neueren Provinzen gilt, ausgeführt: Durch Gesetz vom 24. Dezember 1866 sind die Herzogtümer Schleswig und Holstein mit der preussischen Monarchie vereinigt worden und der König von Preußen hat durch Patent vom 12. Januar 1867 von den gedachten Herzogtümern Besitz ergriffen. Der König hat in Ausübung des ihm bis zu dem Zeitpunkte des Inkrafttretens der Verfassung, welcher für die genannten Herzogtümer durch das vorerwähnte Gesetz vom 24. Dezbr. 1866 auf den 1. Okt. 1867 festgesetzt war, zustehenden unbeschränkten Gesetzgebungsrechtes durch die vorschriftsmäßig publizierte Verordnung vom 13. Mai 1867 dem Minister der geistlichen etc. Angelegenheiten die Ermächtigung erteilt, für die neu erworbenen Landesteile in Schul-Angelegenheiten in demselben Masse Verfügung zu treffen, wie ihm solches in den älteren Landesteilen der Monarchie ressortmässig zukommt. Somit sind die auf ordnungsmässigem Wege nach der Einverleibung erlassenen Bestimmungen gesetzlich. Nach dem im Art. 112 der Übergangsbestimmungen des Allg. Landrechts Teil II Titel 12 bewendet es bis zum Erlaß eines Unterrichtsgesetzes hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Die Schulpflicht ist sonach in Gemäßheit dieses Artikels 112 für Schleswig-Holstein auch nach den in dieser Provinz bei dem Inkrafttreten der Verfassung geltend gewesenen Vorschriften zu bemessen. Als eine solche ist mit Recht die schleswig-holsteinische Schulordnung vom 24. Aug. 1814 anzusehen.

Im Laufe der Zeit hat sich, wie aus den mitgeteilten Anordnungen zu ersehen ist, eine Verschiebung des Lebensalters für den Eintritt in die Schule vollzogen. Derselbe geschieht jetzt trotz entgegenstehender alter Vorschriften, welche ihn an den Beginn des 6. Lebensjahres setzen, fast überall erst mit der Vollendung desselben. Aber doch herrscht gegenwärtig noch eine solche Unklarheit in den Bestimmungen, eine solche Mannigfaltigkeit derselben, daß eine gesetzliche einheitliche Regelung des Zeitpunktes für den Anfang der Schulpflicht dringend notwendig ist.

Zu den verschiedenen Zeiten ist der Versuch gemacht, diese Materie auf gesetzmässigem Wege in möglichst einheitlichem Sinne zu regeln. In allen Entwürfen zu dem lange verheißenen Unterrichtsgesetze finden sich Bestimmungen über die Zeit für den Beginn der Schulpflicht; aber wie bis jetzt kein Entwurf zum Gesetz geworden ist, so fehlt auch in unserer Frage bis zur Zeit noch jede gesetzliche Ordnung. Wegen der Gleichartigkeit der Bestimmungen in den verschiedenen Schulgesetzentwürfen kann auf deren Wiedergabe verzichtet werden; nur auf die Unterrichtsgesetzentwürfe der Minister v. Mühler 1869 und v. Gofsler 1890 möge der Motive wegen näher einzugehen gestattet sein.

v. Mühlher führte aus: Nach den Bestimmungen des A. L.-R. beginnt das schulpflichtige Alter von dem zurückgelegten fünften Lebensjahre an. Nach den seit Erlaß dieser Bestimmungen gemachten Erfahrungen haben indes Kinder mit dem 5. Lebensjahre noch nicht die hinreichende körperliche und geistige Reife erlangt, um mit Erfolg für ihre Ausbildung und ohne Gefährdung ihrer körperlichen Entwicklung schon einen mehrstündigen ununterbrochenen, geordneten Unterricht empfangen zu können. Es ist dem Kinde förderlicher, wenn dasselbe bis zum 6. Lebensjahre lediglich der häuslichen Erziehung überlassen bleibt, oder wo die Verhältnisse es wünschenswert machen, sog. Spielschulen oder Kleinkinderbewahranstalten übergeben wird. Die Leistungen der Schule aber können nur gewinnen und fruchtbarer werden, wenn ihr die Kinder nicht in unreifem Alter überwiesen werden. Der Anfang des schulpflichtigen Alters ist daher auf das vollendete 6. Lebensjahr festgesetzt worden. Wo auch dieser Termin in einzelnen Fällen zu früh erscheint, kann auf dem Wege der Dispensationen geholfen werden.

v. Gofslers Entwurf bestimmte in § 84: Die Schulpflicht eines Kindes beginnt mit dem auf das vollendete 6. Lebensjahr folgenden Aufnahmeterrnin. — Kinder, welche innerhalb dreier Monate nach einem Aufnahmeterrnin das 6. Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Eltern oder deren Stellvertreter in die öffentliche Volksschule aufgenommen werden, wenn sie die für den Schulbesuch erforderliche körperliche und geistige Reife besitzen. — Der Beginn des schulpflichtigen Alters kann von der Schulaufsichtsbehörde für bestimmte Bezirke aus örtlichen Gründen bis zur Dauer eines Jahres und aus persönlichen Gründen für körperlich oder geistig nicht genügend entwickelte Kinder auf angemessene Zeit hinausgeschoben werden.

In der Begründung dieses Gesetzentwurfes heißt es inbezug auf § 84: Nach den Bestimmungen des A. L.-R. beginnt das schulpflichtige Alter mit dem zurückgelegten 5. Lebensjahr. Auch nach § 65 der Schulordnung für Schleswig-Holstein vom 24. Aug. 1814 hebt die Schulpflichtigkeit der Kinder auf dem Lande vom Anfange des 6. (oder spätestens 7.) Jahres an. Nach § 1 der Schulordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen vom 11. Dezember 1845 kann jedes Kind schon nach vollendetem 5., soll aber nach vollendetem 6. Lebensjahre zur Schule geschickt werden. — Nach den seitdem gemachten Erfahrungen haben indes Kinder mit dem 5. Lebensjahre in der Regel noch nicht die hinreichende körperliche und geistige Reife erlangt, um mit Erfolg für ihre Ausbildung und ohne Gefährdung ihrer körperlichen Entwicklung schon einen mehrstündigen ununterbrochenen, geordneten Unterricht empfangen zu können. Thatsächlich werden denn auch bisher schon in fast allen Provinzen die Kinder erst mit Vollendung des 6. Lebensjahres zur Schule geschickt, und die jüngeren werden nicht zwangsweise

zur Schule angehalten. Der Gesetzentwurf hält daher an diesem Termine fest. Eine weitere Hinausschiebung der Schulpflicht unterschiedslos für alle Kinder, welche von mancher Seite gefordert wird, würde in den meisten Fällen eine Belästigung des Elternhauses, außerdem auch eine Gefahr für die spätere Schulerziehung mit sich führen, da begabte und kräftige Kinder nicht ohne Schaden für ihre Gesittung bis zum vollendeten 7. Lebensjahre ohne Unterricht bleiben können. Die preussische Gesetzgebung würde sich damit auch in Widerspruch mit derjenigen der anderen deutschen Staaten setzen. — Es kann aber eine solche Hinausschiebung in besonderen Fällen nicht nur für einzelne schwächliche Kinder, sondern wegen der Beschaffenheit der Schulwege oder aus klimatischen Gründen für ganze Ortschaften oder Bezirke geboten sein. Dieser Möglichkeit wird durch die Bestimmungen des § 84 Absatz 3 Rechnung getragen.

Der Gofslersche Schulgesetzentwurf ist zu den Akten gelegt und damit die gesetzliche Regelung der Schulpflicht wieder bis auf weiteres verschoben.

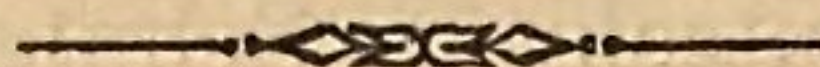
Im Interesse der Schule, der Eltern und der Behörden ist aber eine einheitliche und auf gesetzmäßigem Wege vollzogene Ordnung der Schulpflicht dringend notwendig. Hoffen wir, daß dieselbe in Kürze geschieht, damit nicht das Jahrhundert sich vollende, das seit der letzten allgemeinen gesetzlichen Regelung dieser Materie durch das Allg. Landrecht bald verflossen ist.

V. Litteratur-Verzeichnis.

1. **Vierordt**, Grundriss der Physiologie. Tübingen 1861.
2. **Axel Key's** Schulhygienische Untersuchungen. Deutsch von Burgerstein. Hamburg 1889.
3. **Landsberger**, Das Wachstum im Alter der Schulpflicht. Archiv für Anthropologie. Bd. XVII.
4. **Axel Key**, Die Pubertätsentwicklung und das Verhältnis derselben zu den Krankheitserscheinungen der Schuljugend. Berlin 1890.
5. **Moleschotts** Untersuchungen XII, 1. 1878.
6. **Hertel**, Neuere Untersuchungen über den allgemeinen Gesundheitszustand der Schüler und Schülerinnen. Zeitschrift für Schulgesundheitspflege 1888.
7. **Carstädt**, Über das Wachstum der Knaben vom 6. bis zum 16. Lebensjahre. Zeitschr. f. Schulgesundheitspflege 1888.

8. **Arztliches Gutachten über das Elementarschulwesen Elsaß-Lothringens.** Straßburg 1884.
9. **Oppenheimer,** Über die Wachstumsverhältnisse des Körpers und der Organe. Inaug.-Dissert. München 1888.
10. **Centralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung** 1884.
11. **Parreidt,** Die Zähne und ihre Pflege. Leipzig 1883.
12. **Ranke,** Der Mensch. Leipzig 1887.
13. **Kirchner,** Unters. über die Entstehung der Kurzsichtigkeit. Zeitschr. f. Hygiene. Bd. VII. 1889.
14. **Schmidt-Rimpler,** Die Schulkurzsichtigkeit. Leipzig 1890.
15. **Cohn,** Über den Einfluß hygienischer Maßnahmen auf die Schulmyopie. Hamburg 1890.
16. **Stilling,** Untersuchungen über die Entstehung der Kurzsichtigkeit. Wiesbaden 1887.
17. **Hippel,** Über den Einfluß hygienischer Maßnahmen auf die Schulmyopie. Gießen 1889.
18. **Centralblatt für allgemeine Gesundheitspflege.** Bonn 1883.
19. **Engelhorn,** Schulgesundheitspflege. Stuttgart 1888.
20. **Rembold,** Schulgesundheitspflege. Tübingen.
21. **Baginsky,** Handbuch der Schulhygiene. Stuttgart 1883.
22. **Löwenthal,** Grundzüge einer Hygiene des Unterrichts. Wiesbaden 1887.
23. **Gast,** Ärztliche Beiträge zur Reform des Schulwesens in Sachsen. 1863.
24. **Hornemann,** Über die Gesundheitspflege in den Schulen. Journal für Kinderkrankheiten 1867.
25. **Pelman,** Nervosität und Erziehung. Bonn 1888.
26. **Schreiber,** Ein ärztlicher Blick in das Schulwesen. Leipzig 1858.
27. **Bogumil Goltz,** Buch der Kindheit. Berlin 1854.
28. **Sigismund,** Kind und Welt. Braunschweig 1856.
29. **Preyer,** Die Seele des Kindes. Leipzig 1890.
30. **Hartmann,** Die Analyse des kindlichen Gedankenkreises. Annaberg 1890.
31. **Der Beginn der Schulpflicht.** Pädag. Ztg. Nr. 9. 10/1889.
32. **Bericht über die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus** 1889. Voss. Ztg. Nr. 86. 87/1889.
33. **Centralblatt f. d. ges. Unterrichtsverwaltung** 1867 u. ff.
34. **Die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens in Preußen.** Vom Jahre 1817—1868. Berlin 1869.
35. **Clausnitzer,** Geschichte des preussischen Unterrichtsgesetzes. Berlin 1891.
36. **Entwurf eines Gesetzes, betreffend die öffentliche Volksschule, nebst Begründung.** (Vorlage für das Abgeordnetenhaus) 1890.
37. **Schneider und v. Bremen,** Das Volksschulwesen im preussischen Staate. Berlin 1886.

u. s. f.



A. Helmich's Verlag in Bielefeld.

Etymologisches Wörterbuch der Geographie Rheinlands.

Für die Schule bearbeitet von Schell. 60 Pfg.

Der Charakter.

Eine Untersuchung seines Wesens etc. Von Freymark. 60 Pfg.

Die Kinderhorte und deren erziehliche Bedeutung.

Von H. Franken, Lehrer. 40 Pfg.

Das Lehrer-A-B-C.

Gewidmet allen Lehrern, deren Freunden und Förderern der Volksbildung.

Von A. Treu, Seminarlehrer in Münster.

2. Aufl., 50 Pfg., in eleg. Geschenksband 1 Mark.

Schulreform und Turnunterricht. Eine turnpädagogische Streitschrift. Der Verfasser ist ein bekannter Schulmann; die Mahnworte desselben werden Aufsehen erregen. Preis 1 Mk.

Feierstunden. Gedenkbuch für deutsche Lehrer. Zum Besten des Jütting-Denkmal. — 3 Mk., hocheleg geb. 4 Mk.

Sammlung von Ansprachen, Reden und Trinksprüchen bei patriotischen Feiern und Gedenktagen und sonstigen festlichen Gelegenheiten in Gemeinden, Schulen und Vereinen. 1 Mark, geb. 1,25 Mark.

Geschichtliches zum Entwurf des neuen Volksschulgesetzes. Von H. Heindrichs. 25 Pfg.

Vereinfachung der Rechtschreibung. Von M. Wald. 40 Pfg.

Die Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer in mehr als 300 Städten Deutschlands nebst ausführlichen Angaben über Art und Anzahl der Schulen daselbst.

Bearbeitet von Henck und Ischerland. 1,25 Mk. Kart. 1,50 Mk.

Ein vom Herrn Kreisschulinspektor Polack und der gesamten pädagog. Presse warm empfohlenes Werkchen.

Die Gehaltsverhältnisse der rheinischen Landlehrer.

Herausgegeben vom Lehrerverband „Kreuznach-Land.“

50 Pfg. 10 Ex. 3 Mark.

Die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den Volksschulen in Köln und den Vororten.

Herausgegeben von einer Kommission des Kölner Lehrer-Verbandes.
50 Pfg.

Denkschrift der Volksschullehrer des Münsterlandes in der Lehrerbessoldungsfrage.

Herausgegeben im Auftrage der Lehrerversammlung in Coesfeld.
50 Pfg., 10 Ex. 3 Mark.

Lage und Besoldungsverhältnisse der Volksschullehrer in der Eifel.

Preis 50 Pfg. 10 Ex. 3 Mk.

Sammlung pädagogischer Vorträge.

Herausgegeben von *W. Meyer-Markau*.

Erscheint in monatlichen Heften, von welchen jedes mindestens einen vollständigen Vortrag enthält, und von denen 12 einen Band bilden.

Preis des Bandes 3 Mark 60 Pfg., unter Streifband bezogen 4 Mark.

Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlg. u. Postanstalten an.

Inhaltsverzeichnis von Band III–IV. III. Band: I. Heft: **Herbarts Lehrjahre**, von Dr. E. von Sallwürk, 60 Pfg. — II. Heft: **Ad. Diesterweg**, von Bartholomäus, 60 Pfg. — III. Heft: **Zur Fürsorge für die Schwachsinnigen**, von Dr. Brandenburg, 50 Pfg. — IV. Heft: **Über eine neue deutsche Schule**, von Prof. Dr. Preyer, 60 Pfg. — V. Heft: **Die neueren Bestrebungen des Unterrichts in der deutschen Sprachlehre**, von E. Wilke, 50 Pfg. — VI. Heft: **Über den schädlichen Einfluss der behinderten Nasenatmung auf die geistige und körperliche Entwicklung des Kindes**, von Dr. med. R. Lenzmann, 50 Pfg. — VII. Heft: **Über den Helferdienst der Schule bei Heilung der socialen Schäden**, von Fr. Polack, 75 Pfg. — VIII. Heft: **Ursachen, Ziele und Wege der Reformbestrebungen des Naturgeschichts-Unterrichts in der Volksschule**, von Wilhelm Machold, 50 Pfg. — IX. Heft: **Der Handfertigkeits-Unterricht in der Volksschule**, von J. Scherer, 40 Pfg. — X. Heft: **Zur Lehrerbildungsfrage**, von A. Günther, 60 Pfg. — XI. Heft: **Was kann die Schule thun, um den sozialistischen und communistischen Ideen der Umsturzparteien entgegen zu arbeiten?** Von Rudolf Protzen, 75 Pfg. — XII. Heft: **Das Schulwesen Englands**, von Carl Grundscheid, 75 Pfg.

IV. Band: I. Heft: **Temperament und Temperamentsbehandlung**, von Geheimrat Prof. Dr. Jürgen Bona Meyer, 50 Pfg. — II. Heft: **Was uns eint**, von Wilhelm Meyer-Markau, 40 Pfg. — III. Heft: **Welche Anforderungen stellt unsere Zeit an die Organisation der Volksschule?** von H. Scherer, 40 Pfg. — IV. Heft: **Der Geschichtsunterricht in der Volksschule**, von van Ekeris, 50 Pfg. — V. Heft: **Das Rechnen auf der Oberstufe**, von F. Rath, 60 Pfg. — VI. Heft: **Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in der Volksschule**, von Hopp, 40 Pfg. — VII. Heft: **Comenius als Mensch, Pädagog und Christ**, von Dr. A. Nebe, 50 Pfg. — VIII. Heft: **Was unsere Kinder lesen**, von Chr. Hamann. **Klassen- und Massenlektüre**, von F. Aberle, 40 Pfg.

Von verschiedenen Regierungen, „Kommissionen zur Prüfung von Jugendschriften“, vielen Lehrerzeitungen und belletristischen Zeitschriften zur Anschaffung für Schülerbibliotheken empfohlen:

In die Natur! Biographien aus dem Naturleben für die Jugend und ihre Freunde. Von Herm. Wagner. Mit Illustrationen von G. Süß. I. und II. à 1,20 Mk., III. 1,50 Mk., I.–III. eleg. geb. 4 Mk.

„Ein köstliches Büchlein für unsere Schüler- u. Volksbibliotheken.“ (Aus d. Schule — für d. Schule)

Die Hermannsschlacht. Eine histor. Erzählung für Jung und Alt. Von W. Fricke. Mit 1 Abbild. des Hermannsdenkmales. 1 Mk., geb. 1,60 Mk., kart. 1,25 Mk. — „Die Erzählung ist anschaulich und interessant geschrieben. Sie eignet sich vorzüglich zur Anschaffung für Schülerbibliotheken.“ (Allg. d. Schulztg.)

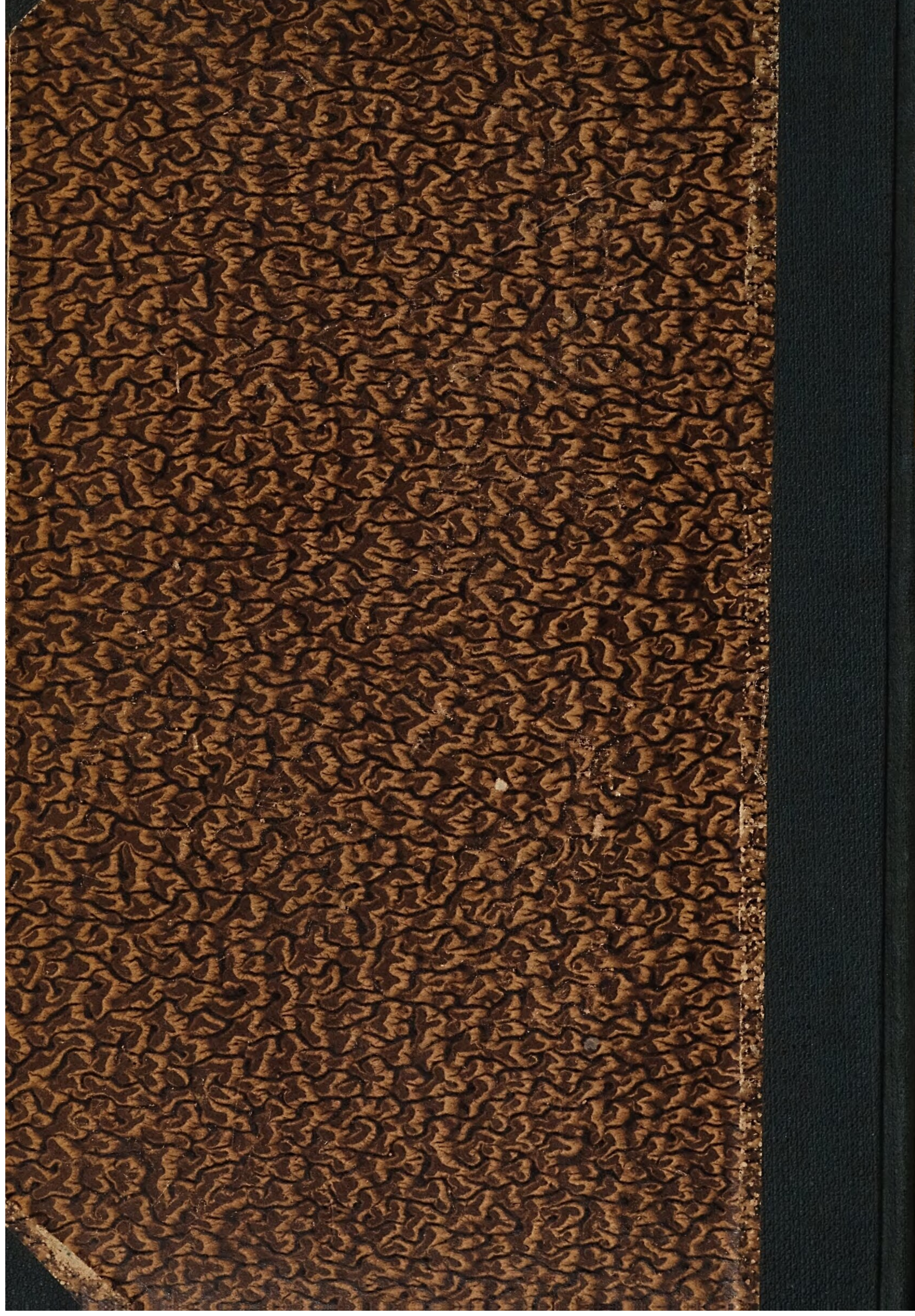
Kaiser Wilhelm II. Ein Lebensbild für Jung und Alt von F. Kerper. 60 Pfg., eleg. gebd. 1,25 Mk. — „Von den uns bisher zu Gesicht gekommenen Lebensbildern gehört das vorliegende zu den besten.“ (Preuss. Lehrerztg., Spandau).

Historische Erzählungen aus dem Leben der Hohenzollern. Von A. Gillwald. Mit 12 Abbildungen gebunden 1 Mk. „Für Schülerbibliotheken empfohlen von Preuss. Schulztg., Samml. pädagog. Vorträge, Päd. Ztg., Päd. Litteraturbl., Preuss. Lehrerztg.“

Magdalenen. Eine Sage aus Heisterbach. Novelle v. C. Montanus. 1,50 Mk., hocheleg. geb. 2,50 Mk., einf. Ausg. 1 Mk. — „Empfohlen u. a. von Volks- und Jugendschriftenanz., herausgeg. vom Vorst. der westf. Provinziallehrerver., Aus d. Schule für d. Schule, Fränk. Courier, Rhein. westf. Ztg. u. Barm. Ztg., Kieler Ztg. etc. Demnächst erscheint, zu Geschenken und für Schulbibliotheken geeignet:

Drei Hohenzollern ohne Gleichen. Von G. Heims, Lehrer. Geb. 1 Mk.

A. Helmich's Verlag (Hugo Anders) in Bielefeld.



Janke, Otto G. F.,

Der Beginn der Schulpflicht ein Beitrag zur Erörterung dieser Frage

Bielefeld 1891

Paed.th. 2187

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11870339-0